PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Telefon 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 50 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhoter Str.29, Telefon 0621 / 36 014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 18.909.05 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 958.37-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 20. Mai 1975, fertiggestellt.

22. Mai 1975 Jg. 3 Nr. 20 50 Pfennig

Lohnraub durch indirekte Steuern

Die Bundesregierung plant Steuererhöhung

Die Bundesregierung hat für das nächste Jahr die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 4 % vorgesehen.

Das kann man in allen Zeitungen lesen, aber nicht von der Regierung selbst. Von der Regierung hört man nur Sätze wie: "Gäbe es im nächsten Jahr keinen Aufschwung, dann wäre es natürlich völlig unsinnig, im nächsten Jahr die Steuern zu erhöhen." Die "Frankfurter Rundschau" stellt dazu fest: "Nur ein Anhalten des Konjunkturdesasters könnte letztlich den Bürger vor neuen Steuererhöhungen bewahren." Das heißt also, nur wenn die Krise im nächsten Jahr weitergeht, kann die Regierung keine Steuererhöhungen riskieren und wird stattdessen wie schon heute weitere Schulden aufnehmen.

Gegenwärtig werden schon 20 % des Bundeshaushaltes aus Krediten finanziert. Die Zinsen, die jährlich bezahlt werden, machen schon 6 % des gesamten Bundeshaushalts aus.

Steuererhöhungen werden also mit Sicherheit beschlossen werden. Es ist nur noch eine Frage der Wahltaktik, wann die Bundesregierung die Katze aus dem Sack läßt.

Die Wirtschaftswissenschaftsinstitute und namhafte Bankenvertreter veröffentlichen ständig Stellungnahmen, um die Entscheidung der Bundesregierung für Steuererhöhungen öffentlich vorzubereiten. So forderte der Vorstandsvorsitzende der Westdeutschen Landesbank, Ludwig Poullain, Steuererhöhungen und der Sparkassenpräsident Geiger sagte: "Die seit Wochen nicht zu dämpfende Sparwut zeigt doch, daß die Leute zuviel Geld haben. Warum sollte ihnen das durch höhere Steuern nicht abverlangt werden?" Tatsächlich spart jeder, der noch sparen kann, weil die Lage unsicher ist. Doch kommen die großen Sparbeträge von den Kapitalisten, die wegen Überproduktion nicht investieren. Die sollen jedoch keineswegs zur Steuer gebeten werden.

So sicher, wie die Steuererhöhungen kommen, so sicher ist auch, wer sie bezahlen wird. Auf alle Fälle nicht die Kapitalisten, die im Gegenteil mit Investitionsprämien und Lohnzuschüssen derzeit mehr versorgt werden, als sie abnehmen können.

An der Lohn- und Einkommenssteuer wird nichts geändert werden. So offen kann die Regierung die "Segnungen der Steuerreform", die ohnehin durch höhere Sozialabgaben aufgebraucht sind, nicht wieder kassieren. Und außerdem ist in die Lohnsteuer schon die automatische Steuerprogression eingebaut, die bei jeder Lohnerhöhung – auch wenn sie unter der Preissteigerungsrate bleibt – für automatisch wachsendes Abschröpfen sorgt.

Bleiben die indirekten Steuern. Zuerst sollen die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer erhöht werden. Da wird die Regierung noch erzählen, sie wolle nur der Gesundheit dienen. Doch hier ist es so, daß Tabak- und Branntweingenuß in der Krise ohnehin zurückgehen. Viel kommt also bei dieser Steuererhöhung nicht in die Regierungskasse.

Der Nettolohn wird nochmals besteuert durch die indirekten Steuern

Bleibt die Mehrwertsteuer. Man sieht sie nicht und spürt sie doch am meisten. Bei jedem Lebensmittel, bei jedem Einkauf für den notwendigsen Lebensbedarf kassiert der Staat schon jetzt 11 % Mehrwertsteuer, dazu die anderen indirekten Steuern auf Kaffee, Tee, Zucker, Salz, Glühbirnen, Benzin, Heizöl usw.

Die Mehrwertsteuer soll also um 4 % erhöht werden. Das bedeutet **4 % mehr Abzug vom Nettolohn**. Denn die indirekten Steuern sind Abzug vom Nettolohn.

Gegenwärtig bleibt vom Bruttolohn nach Abzug von Lohnsteuern und Sozialabgaben 72 % im Durchschnitt als sogenannter Nettolohn. Doch vom Nettolohn gehen insgesamt an indirekten Steuern nochmal etwa 25 % ab. Und dazu sollen nochmal 4 % dazukommen.

Die indirekten Steuern, die angeblich für alle gleich sind, treffen die Ärmsten am härtesten, denn wer schon nicht mehr das Notwendigste zum Leben hat, muß sie beim Kauf eines jeden Lebensmittels noch bezahlen. Die Steuerprogression, die die Reichen höher besteuern soll als die Armen, wird durch die indirekten Steuern wieder aufgehoben.

Die indirekten Steuern und vor allem die Mehrwertsteuer treffen gezielt die Lohnabhängigen, nämlich diejenigen, die ihr Einkommen fast ausschließlich für den täglichen Lebensunterhalt ausgeben müssen. Die Kapitalisten müssen nämlich keine Mehrwertsteuern zahlen bei allen Einkäufen von Produktionsanlagen, Maschinen, Fabrikhallen, Rohstoffen usw. Für diese Käufe können sie die bezahlte Mehrwertsteuer nämlich in Abzug bringen von den Mehrwertsteuern, die sie einnehmen und an die Finanzkasse abführen müssen. Wer also sein Geld nicht für den Lebensbedarf, sondern zur Erzielung von Profit einsetzen kann, der braucht dafür keine Mehrwertsteuer zu zahlen.

Mehrwertsteuer – übelste Form der Steuerausplünderung

Die Mehrwertsteuer, die die Regierung erhöhen will, weil diese Erhöhung am unsichtbarsten scheint und scheinbar alle gleich trifft, ist die übelste Form der Steuerausplünderung.

Die Abschaffung aller indirekten Steuern wurde schon vor über hundert Jahren im Kommunistischen Manifest gefordert. Den Kampf gegen die Steuerausplünderung durch den kapitalistischen Staat führt die Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen. Ohnehin schafft die Arbeiterklasse allen gesellschaftlichen Reichtum, von dem die Kapitalistenklasse auch ihren staatlichen Unterdrückungsapparat finanziert. Die Kapitalistenklasse hat ein großes Interesse daran, ihren Staat als Staat des ganzen Volkes auszugeben, für den jeder zahlen müsse. Dagegen muß die Arbeiterklasse einen klaren Trennungsstrich ziehen gegenüber dem Staat der Kapitalisten, der immer schwerer auf der Arbeiterklasse lastet – nicht nur die Ausbeuterordnung für die Kapitalisten schützt, sondern die Lohnabhängigen zusätzlich zur Ausbeutung durch die Kapitalisten immer stärker ausplündert.

Der Kampf gegen die Steuerpläne der Regierung muß geführt werden unter den Forderungen:

Keine Mehrwertsteuererhöhung!
Weg mit allen indirekten Steuern!
Bestreitung der Staatskosten ausschließlich aus der progressiven Besteuerung von Einkommen, Erbschaft und Vermögen!
Einkommen bis mindestens 1 500 DM netto steuerfrei!

–bb–



Bremen: Über 3 ooo auf der DGB- Demonstration gegen Jugendarbeitslosigkeit

Das Ergebnis der Mayaguez - Provokation :

Rückzug des US-Imperialismus auf der ganzen Linie

Ihre Provokation und Aggression gegen das befreite Kambodscha in der vergangenen Woche stellt die Ford-Kissinger-Regierung als großen Sieg heraus.

Der amerikanische Adler habe seine Krallen gezeigt, heißt es in der bürgerlichen Presse. Der US-Präsident verglich den Mut der Marinesoldaten, die auf der kambodschanischen Insel Koh Tang die Aggression gegen die Marine der Roten Khmer ausführen mußten, mit den amerikanischen Revolutionären von vor 200 Jahren! Aber die eingesetzten GIs waren gerade das Gegenteil von Revolutionären. Sie waren Instrumente der Konterrevolution gegen das revolutionäre Kambodscha. Der US-Kriegsminister Schlesinger sprach unmittelbar nach der Militäraktion davon, daß die US-Marine die "Freiheit der Meere" gesichert habe (Süddeutsche Zeitung vom 15. Mai). Und am Pfingstmontag erklärte er gegenüber der Presse, Amerika werde nun wieder in allen Krisengebieten härter vorgehen. Besonders warnte er Nordkorea und die arabischen Staaten.

Um Stärke zu zeigen, um verlorene Zeit wieder gut zu machen, hat die US-Regierung den Mayaguez-Vorfall in den Hoheitsgewässern des befreiten Kambodscha provoziert. Um sich erneut die Anerkennung als einer der beiden Oberherren der Welt zu versichern, hat die US-Regierung die militärische Aggression gegen Kambodscha selbst dann noch befohlen, als die kambodschanische Regierung bereits die Rückgabe des Frachters über Rundfunk bekanntgegeben hatte. Aber das Ergebnis der Militäraktion ist gerade das Gegenteil!

Militärisch bezog der US-Imperialismus Prügel von den Roten Khmer!

Die Roten Khmer konnten die militärische Aggression des US-Imperialismus zurückweisen. Wie geschlagene Hunde mußten sie sich von der Insel Koh Tang zurückziehen. Sie gaben erst nach und nach die Verluste bekannt: Nach allem, was man bis jetzt weiß, sind mindestens 8 Marineinfanteristen gefallen, weitere 18 werden noch vermißt, und über 80 sollen verletzt sein. Das ist hoch, wenn man bedenkt, daß die US-Militärs im Handstreich die Insel nehmen wollten. Außerdem haben die Roten Khmer 4 Hubschrauber des Landekommandos zerstört und 1 US-Flugzeug abgeschossen. Die US-Imperialisten mußten mit ihrem Rückzug von der Insel anerkennen, daß die Insel Koh Tang zum kambodschanischen Staatsgebiet gehört. Ein Ziel ihrer Militäraktion, die Roten Khmer von der Insel zu vertreiben, haben sie nicht erreicht. Dennoch reden sie großspurig von der "Kapitulation" der Roten Khmer. So heißt es am 15.5. in der Süddeutschen Zeitung: *"Wie Verteidigungsminister Schlesinger später mitteilte, nahm nur fünf Minuten nach Beginn des Luftangriffs auf Ream ein kambodschanisches Kanonenboot mit der weißen Kapitulationsflagge Kurs auf den US-Zerstörer Wilson."* Tatsächlich war das Boot der Marine der Roten Khmer weit entfernt davon zu kapitulieren: Es hatte den größten Teil der Besatzung der Mayaguez an Bord und die Absicht, entsprechend der kurz zuvor im Rundfunk gemachten Ankündigung der kambodschanischen Regierung, die Besatzung dem Zerstörer zu übergeben. In solchen Fällen ist es international vereinbarter Brauch, zum Zeichen der friedlichen Absicht die weiße Flagge zu zeigen, denn die weiße Flagge ist nicht die Flagge der Kapitulation, sondern es ist die Flagge des Unterhändlers. Das lernt jeder Soldat in der Grundausbildung. Weil die US-Regierung aber die Stärke ihrer militärischen Macht zeigen wollte, braucht sie mutige Soldaten und einen Gegner, den diese Soldaten niedergerungen haben. Als der militärische Erfolg ausblieb, verwandelte Schlesinger die Flagge des Unterhändlers in die Flagge des Kapitulierenden!

Diplomatisch verabreichte die thailändische Regierung dem US-Imperialismus eine saftige Ohrfeige

Während die US-Imperialisten von den roten Khmer ein weiteres Mal Prügel bezogen, erhielten sie von der thailändischen Regierung eine saftige diplomatische Ohrfeige. Mit der Befreiung der Völker Indochinas vom Joch des US-Imperialismus ist auch in Thailand die Empörung des Volkes gegen die Anwesenheit amerikanischer Truppen und gegen die Abhängigkeit vom US-Imperialismus mächtig gewachsen. Seit Wochen reißen die anti-amerikanischen Demonstrationen der Studenten, Schüler und Arbeiter in der thailändischen Hauptstadt Bangkok und in den anderen Zentren des Landes nicht mehr ab. Einen großen Aufschwung aber hat diese Bewegung gegen den US-Imperialismus in Thailand mit Bekanntwerden der Verwicklung Thailands in den Mayaguez-Zwischenfall erreicht: Die US-Regierung hatte am Montag letzter Woche rund 1 100 Marineinfanteristen von ihrem Stützpunkt auf der japanischen Insel Okinawa auf den Stützpunkt Utapo in Thailand verlegt für einen Einsatz auf dem kambodschanischen Festland. Unter dem Druck der Massen forderte die thailändische Regierung die sofortige Rückverlegung der US-Soldaten. Als die amerikanische Regierung überhaupt nicht reagierte, sondern vielmehr durch Außenminister Kissinger die thailändische Regierung noch brüskieren ließ, indem er erklärte, daß ein Verbündeter der USA so etwas ertragen müsse, stellte die thailändische Regierung ein Ultimatum und drohte mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und

Fortsetzung Seite 2

RAF-Prozess

Machtdemonstration des bürgerlichen Staatsapparats hinter Beton-Mauern

Mit einem Aufwand, der nur mit den Nürnberger Prozessen nach Kriegsende vergleichbar ist, beginnt der Prozeß gegen vier Mitglieder der Roten Armee Fraktion (RAF) in Stuttgart-Stammheim. Angeklagt sind keine Kriegsverbrecher und Völkermörder, sondern vier Anarchisten, denen 2 Bombenanschläge auf Einrichtungen der US-Besatzungstruppen in Westdeutschland, Banküberfälle, Widerstand gegen die Staatsgewalt, dabei Tötung von Polizisten, sowie Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen werden.

Für diesen Prozeß, der als Staatsschutzverfahren vor dem Oberlandesgericht stattfindet, wurde für mehr als 12 Millionen DM ein Riesen-Beton-Bunker als Gerichtssaal gebaut, der von 500 Polizisten, darunter zwei Mobilen Einsatzkommandos, bewacht wird; für diesen Prozeß wurden Gesetze außer Kraft gesetzt und neue Gesetze geschaffen, die Verteidiger der Angeklagten ausgeschaltet, ihre Unterlagen eingesehen, ihre Büros durchsucht, Verteidigerrechte per Gesetz außer Kraft gesetzt und die Gerichtsordnung so geändert, daß der Richter bestimmen kann, was zur Verteidigung vorgebracht werden darf.

Gegenüber einer politischen Gruppierung, deren "harter Kern" von den Staatsschutzbehörden auf 50, deren Umkreis auf 300 Mann geschätzt wird, verrät dieser gewaltige Aufwand, um den Schein der Allmacht des bürgerlichen Staates unter Beweis zu stellen, die Schwäche des bürgerlichen Staates, der auf das Volk sich nicht stützen kann.

Die Schwäche dieses Staates beruht darauf, daß er die Interessen der Kapitalistenklasse vertritt, das Eigentum an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln in den Händen einer Handvoll Kapitalisten schützt, und ihnen das Recht verteidigt, die arbeitende Mehrheit der Gesellschaft auszubeuten.

Doch stärker als dieser Staat ist allein die Arbeiterklasse, die sich vereint, um die Ausbeutung abzuschaffen, und die Volksmassen zusammenschließt, um den Staat der Kapitalistenklasse zu stürzen.

Indem sie die gesellschaftlichen Produktionsmittel der Kapitalistenklasse entreißt, ist die Arbeiterklasse in der Lage, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung auf-
zubauen. Hierzu muß sie den kapitali-
in der Lage, eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung auf-
zubauen. Hierzu muß sie den kapitalistischen Staat stürzen, der die Herrschaft der Kapitalistenklasse garantiert.

Zu diesem Ziel hat die RAF nichts beigetragen. Weil ihre Aktionen dem revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes nicht dienen, weil sie mit den Kämpfen der Arbeiterklasse nichts zu tun hat, sondern einen Krieg gegen den kapitalistischen Staat auf eigene Faust führt, muß sie selbst unterliegen.

So ist es kein Zufall, daß die Aktionen der RAF nur noch die Verteidigung ihrer eigenen Existenz zum Inhalt haben. Mit keinem Verzweiflungsschlag kann sie aus der Niederlage rauskommen.

Umgekehrt sind aber die Gegenschläge des bürgerlichen Staates nicht nur auf die Vernichtung der RAF gerichtet, sondern auf den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates und die Beseitigung von allgemeinen Rechten. Die Rechte, die der Staatsapparat den RAF-Angeklagten entzogen hat, kann er in allen politischen Prozessen entziehen. Die Aufrüstung von Polizei, Bundesgrenzschutz und Verfassungsschutz, die Einrichtung von Mobilen Einsatzkommandos dienen der Unterdrückung und Verfolgung all derer, die für den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse eintreten. Die Einschränkung des Demonstrationsrechts, die im "Rahmen der Terrorbekämpfung" mitbeschlossen werden soll, richtet sich wohl kaum gegen die RAF.

Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft wird immer wieder Einzelne in ausweglose Kämpfe mit dem staatlichen Unterdrückungsapparat treiben, an denen der kapitalistische Staat seine Allmacht zu demonstrieren versucht.

Nicht verhindern aber kann der bürgerliche Staat den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf gegen Ausbeutung und für Rechte mit dem Ziel, die Kapitalistenherrschaft zu beseitigen. Überall, wo sich die Arbeiter und das Volk zusammenschließen und ihre Interessen zur Geltung bringen, lernen sie schnell, daß es mit der Allmacht der kapitalistischen Staatsmacht nicht weit her ist. —b—

Fortsetzung:

Mayaguez-Provokation

der Überprüfung sämtlicher Militärverträge mit den USA. Aber erst als sie ihre Botschafter von Washington nach Thailand zurückbeorderte, lenkte die US-Regierung ein. Sie gab die Rückverlegung der Marineinfanteristen entsprechend dem Ultimatum bekannt und entschuldigte sich in einer diplomatischen Note dafür, daß die Aktion gegen Kambodscha von thailändischem Territorium geführt worden sei.

"Ami go home" – Der US-Imperialismus ist ein Papiertiger

Die US-Imperialisten haben damit die Neutralitätspolitik Thailands gegenüber Kambodscha und Vietnam hinnehmen müssen. Und nachdem sie bereits vor einigen Wochen die Zusage machten, binnen 12 Monaten sämtliche 25 000 US-Soldaten aus Thailand abzuziehen, werden sie nach dieser Entwicklung keine Möglichkeit haben, den Abzug zu verzögern. Das thailändische Volk, das in Bangkok in mächtigen Demonstrationen forderte: "Ami go home!" und das während der Ereignisse der letzten Tage immer wieder Puppen verbrannte, die den US-Präsidenten Ford darstellten, ist nicht mehr bereit, die Herrschaft des US-Imperialismus über sein Land länger hinzunehmen. Zu Demonstrationen gegen den US-Imperialismus ist es neben Thailand besonders in Japan während der Ereignisse der letzten Wochen gekommen. Als in Japan bekannt geworden war, daß die nach Thailand verlegten Marinesoldaten aus Okinawa stammten, gab es große Massendemonstrationen in Tokio, die die Auflösung der amerikanischen Stützpunkte in Japan forderten und sich dagegen wandten, daß die USA von japanischem Territorium aus gegen Indochina operierten.

Die Bilanz des Mayagüez-Zwischenfalls also ist eine weitere Niederlage für den US-Imperialismus in Südostasien und eine weitere Stärkung der Völker im Kampf für Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität. Der Zwischenfall, der von den US-Imperialisten angezettelt wurde und mit ihrem Zurückweichen auf der ganzen Linie endete, zeigt: Der US-Imperialismus hat zwar Krallen, aber es sind die Krallen eines Papiertigers. Strategisch können die Völker ihn verachten, taktisch aber erfordern seine Aktionen die höchste Aufmerksamkeit der Völker, wenn sie ihnen erfolgreich begegnen wollen.

Sowjetunion meldet Ansprüche an auf die Früchte des Sieges

Der rasche Zusammenbruch des Thieu-Regimes und der überwältigende Sieg des vietnamesischen Volkes durch die Befreiung Saigons, hatte den Politikern und Journalisten in Moskau zunächst die Sprache verschlagen. Die Befreiung Saigons hatte die Prawda erst auf der fünften Seite gemeldet. Ein Kommentar fiel dem Zentralorgan der revisionistischen KPdSU nicht ein. In allen späteren Kommentaren vermied es die SU sorgfältig, die USA als geschlagenen Aggressor zu erwähnen. Die Tatsache, daß in Vietnam ein kleines Volk einer der beiden Supermächte eine vernichtende Niederlage beigebracht hat, ist der SU unangenehm, denn dieser Sieg eines kleinen Landes über die Aggression einer der beiden Supermächte beweist, daß die Tage des Imperialismus und des Hegemonistrebens der beiden Supermächte gezählt sind. Deshalb wurde auch auf den Mai-Feiern in Moskau anders als in der ganzen übrigen Welt der Sieg des vietnamesischen Volkes nicht gefeiert und in der Mai-Ansprache von Breschnew überhaupt nicht erwähnt.

Dies ist kein Wunder. Die SU hatte alles getan, um diesen Sieg zu verhindern und den Kampf des vietnamesischen Volkes ihrem Entspannungsschwindel zu opfern. So hatte Chruschtschow seinerzeit Kennedy versichert, die USA und die SU gemeinsam seien gut in der Lage, jeden Kriegsfunken auszutreten. Dabei meinte er den Funken des Befreiungskampfes in Südvietnam. Dieser Funke konnte jedoch nicht ausge-
freiungskampfes in Südvietnam. Dieser Funke konnte jedoch nicht ausge-
treten werden. Er hat sich zu einem Steppenbrand entwickelt und der Irrglauben an die Allmacht irgendwelcher Supermächte ist in diesem Steppenbrand aufgegangen.

Inzwischen haben die Politiker und Journalisten der SU ihre Sprache wiedergefunden. Nachdem der Sieg des vietnamesischen Volkes unbestreitbar geworden ist, melden sie ihren Anspruch auf die Früchte des Sieges an. Die Prawda schreibt: "Die gerechte Sache des vietnamesischen Volkes hat triumphiert, weil sie von Anfang an von der materiellen Kraft und vom moralisch-politischen Prestige der Sowjetunion, der sozialistischen Weltgemeinschaft und der internationalen kommunistischen Bewegung unterstützt wurde." Die Sowjetunion sei "der Organisator der sozialistischen Hilfe für das vietnamesische Volk" gewesen.

Dies läuft auf nichts anderes hinaus, als dem vietnamesischen Volk den entscheidenden Anteil an seinem Sieg über den US-Imperialismus abzusprechen. Gleichzeitig wird die sowjetische Hilfe maßlos übertrieben und wird die Tatsache verwischt, daß die SU in jeder Phase des Kampfes versucht hat, den siegreichen Vormarsch des vietnamesischen Volkes zugunsten ihres Entspannungsschwindels zu stoppen (vgl. KVZ Nr. 17).

Die Behauptung der Prawda ist jedoch nicht einfach eine Lüge. Sie stellt direkt eine Drohung gegen das unabhängige Vietnam dar. Mit denselben Argumenten versucht die SU, ihre Hegemonieansprüche gegenüber
ben Argumenten versucht die SU, ihre Hegemonieansprüche gegenüber
den Staaten des Warschauer Paktes und neuerdings gegenüber Jugoslawien zu rechtfertigen. Hier soll ein Recht auf Einmischung zur Geltung gebracht werden, wie es die SU in ihrem Großmacht-Chauvinismus immer deutlicher beansprucht. Damit wird die SU in Vietnam jedoch auf Granit beißen

Das vietnamesische Volk hat nicht dafür jahrzehntelang für seine Unabhängigkeit und Freiheit gekämpft, zuletzt gegen die Supermacht USA, um sich diese Unabhängigkeit und Freiheit hinterrücks durch die andere Supermacht wieder rauben zu lassen. Das schwindelhafte Selbstlob der SU wird niemanden über ihre Absichten hinwegtäuschen.

Bundesregierung soll Regierung Kambodschas anerkennen

Hamburg. Auf einer Vollversammlung am 13. 5. haben 800 Studenten der Hamburger Universität die sofortige Anerkennung der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) gefordert sowie die Fortführung der an das gestürzte Lon Nol-Regime gewährten Unterstützung durch die Bundesregierung. Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Universität wurde aufgefordert, eine Spendensammlung durchzuführen und eine Informationsveranstaltung mit Vertretern des kambodschanischen Volkes.
tretern des kambodschanischen Volkes.

Hinter den diplomatischen Manövern der Supermächte verbirgt sich das Ringen um die Vorherrschaft in der Welt

Zum ersten Mal seit der Niederlage der USA in Kambodscha und Vietnam und nach dem vorläufigen Scheitern der Schritt-für-Schritt-Diplomatie Kissingers im Nahen Osten, haben sich der amerikanische Außenminister und der Außenminister der SU zu Gesprächen in Wien getroffen.

Vor diesen Gesprächen haben beide Supermächte jeweils mächtig auf die Pauke gehauen. Die USA haben die "Mayaguez"-Provokation gegen Kambodscha durchgeführt und haben in Fortsetzung dieser Provokation kriegerische Aktionen gegen Kambodscha veranstaltet. Ford, Kissinger und US-Kriegsminister Schlesinger haben getönt, daß sie damit ihr Prestige als Supermacht vor den Augen aller Welt wiederhergestellt hätten. Schlesinger kündigte an, in Zukunft würden die USA sich nicht in lange Kriege verwickeln lassen, sondern den Gegner von vorneherein vernichten, als ob sie nicht gerade deshalb in einen langwierigen Krieg in Vietnam, Kambodscha und Laos verwickelt worden wären, weil sie die dortigen Befreiungsbewegungen vernichten wollten. Die Völker Indochinas haben bewiesen, daß der US-Imperialismus tatsächlich ein Papiertiger ist, den die Völker der Welt besiegen können. Die Aggressionsakte gegen Kambodscha erinnern die Völker der Welt daran, daß die Gefährlichkeit des US-Imperialismus nach wie vor hoch geachtet werden muß.

Die Sowjetunion hat durch ihre lügenhafte Behauptung, der Sieg des vietnamesischen Volkes sei ihr Verdienst, zu verstehen gegeben, daß sie entschlossen ist, die Niederlagen des US-Imperialismus zugunsten ihrer Weltherrschaftspläne zu nutzen. Kossygin hat bei seiner Reise nach Libyen klar gemacht, daß nach seiner Ansicht nur eine Nah-Ost-Regelung zulässig ist, die die Position im Nahen Osten stärkt. In der Berlin-Frage sind sich die beiden Supermächte in der Auslegung der geltenden Abkommen erneut in die Haare geraten, wobei es ihnen jeweils um Positionen im Kampf um die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent geht. Dem Donnergrollen, das ihrem Treffen voranging, ließen sie bei dem Wiener Treffen wieder ihren Entspannungsschwindel folgen.

Kissinger vermeldete, die Gespräche seien in herzlicher Atmosphäre verlaufen, und Gromyko stimmte lachend zu. Dann scherzten sie gemeinsam für das Fernsehen.

So versuchen die beiden Supermächte, die Völker der Welt im unklaren darüber zu halten, daß sie unter dem Deckmantel der Entspannung den Krieg vorbereiten. Dieser Schwindel wird jedoch immer weniger verfangen. Immer deutlicher erkennen die Völker die Gefahr, die von dem Ringen der beiden Supermächte ausgeht. Damit stellt sich für die Völker immer klarer die Aufgabe, ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen und sich gegen das Treiben der beiden Supermächte zusammenzuschließen.

Während die beiden Supermächte ihren Schwindel verbreiten, entlarvt die Volksrepublik China diesen Schwindel und warnt die Völker. Vizepremierminister Deng Hsiao-Ping hat bei seinem Besuch in Frankreich erneut die Gelegenheit ergriffen, die Auffassungen der VR China zur gegenwärtigen Lage darzulegen. Er hat festgestellt:

"Gegenwärtig ist die internationale Lage ermutigend. Die Welt schreitet vorwärts und die Völker kommen voran. Alle Länder in der Welt, die sich weigern, sich der Aggression, der Kontrolle und der Einmischung durch die Supermächte zu unterwerfen, kämpfen dafür, die nationale Unabhängigkeit zu erreichen und zu verteidigen. Von Schwierigkeiten zuhause und auswärts befallen, kommen die Supermächte immer schlechter zurecht. Zahlreiche Tatsachen beweisen, daß ein kleines Land, das in einem gerechten Kampf ausharrt, eine Supermacht besiegen kann, die eine Aggression gegen es unternimmt und es schikaniert. Diese Tendenz wird sich weiterhin entwickeln. Einstweilen können wir doch unsere Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß unsere Welt keineswegs ruhig ist. Die Supermächte kämpfen um die Weltherrschaft und insbesondere in Europa wird ihre Rivalität schärfer und schärfer und verursacht ein ständiges Anwachsen der Faktoren für den Krieg. Dies hat die Aufmerksamkeit einer steigenden Zahl von Leuten erregt. Die Leute sind sich auch darüber im klaren, von wem die Kriegsdrohung für die Welt und vor allem für Europa ausgeht. Die europäischen Völker, die zwei Weltkriege erlebt haben, wünschen Frieden und Sicherheit, und das chinesische Volk kann das vollkommen verstehen. Auch wir wünschen eine relativ günstige internationale Umgebung, sodaß wir unseren Aufbau vorantreiben können. Aber die Bäume mögen die Ruhe lieben, der Wind wird weiterwehen, und oft entwickeln sich die Dinge unabhängig vom Willen des Menschen. Während wir nach einer besseren internationalen Umgebung streben, sollten wir gleichzeitig ausreichend auf einen plötzlichen Wechsel in der Situation gefaßt sein und wirksame Vorbereitungen treffen. Nur so werden wir unangreifbar sein können."

Unbesiegbar gegenüber den Aggressionsbestrebungen der beiden Supermächte können die Völker der Welt nur werden, wenn sie ihre Sache in die eigene Hand nehmen. Für die Völker Europas bedeutet dies, daß sie unter der Führung der Arbeiterklasse ihre eigene Macht errichten müssen.

Wieder Benzinpreiserhöhung

Benzin wird wieder teurer. Die Ölmonopole nutzen die Reisezeit, um höhere Preise durchzudrücken. Seit Monaten geben die Konzerne Millionen für einen Werbefeldzug aus, in dem sie behaupten, daß die Mineralölindustrie für alle Produkte im Durchschnitt 5 Pfennig weniger als die Kosten erlöse.

Den Vorreiter für die Preiserhöhung macht die Aral AG. Sie ist im Besitz des von der Bundesregierung mit Steuermitteln neu geschaffenen westdeutschen Ölkonzerns VEBA-Gelsenberg. Die Unternehmerzeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt dazu: *"Den multinationalen Gesellschaften BP, Esso, Shell und Texaco dürfte es bestimmt nicht unangenehm sein, daß die Aral den Anfang macht. Immer wieder heißt es, die Bundesregierung werde über die Bundesbeteiligung am VEBA-Konzern auch unmittelbar genauestens informiert, wie verlustreich das Mineralölgeschäft in den vergangenen Monaten gewesen sei."*

Die Bundesregierung hat eben ein Herz für die Ärmsten!

Jugendliche Strafgefangene schaden dem Ansehen des Bundestages

Die Bundestagspräsidentin Renger, SPD, hat entschieden, daß jugendliche Strafgefangene nicht an einer Bundestagssitzung als Zuschauer teilnehmen dürfen. Die zehn jugendlichen Strafgefangenen im Alter von 16 bis 19 Jahren nehmen an einem "Modellversuch" teil, den auch einige SPD-Abgeordnete unterstützten. "Sie machen ihren Hauptschulabschluß nach, um nach ihrer Entlassung .. bessere Startchancen zu haben", wie die Frankfurter Rundschau schreibt. Schulausbildung im Jugendstrafvollzug gibt's also nur in "Modellversuchen", mit denen einige SPD-Abgeordnete ihre "Fortschrittlichkeit" vorführen wollen. Daß die jugendlichen Modell-Strafgefangenen auch einer Bundestagssitzung zuhören, verbot Frau Renger mit "möglichen negativen Auswirkungen für das Ansehen des Parlaments"!

Spanien 2 000 Festnahmen

Spanien 2 000 Festnahmen im Baskenland

Mehr als 2 000 Menschen sollen aus politischen Gründen im Baskenland seit dem 25. April festgenommen worden sein. Am 25. April wurde der Ausnahmezustand vom Franco-Regime über diese Provinz verhängt. Viele der Festgenommenen sind von der Polizei gefoltert und brutal zusammengeschlagen worden. Das berichteten Rechtsanwälte, deren Bericht am Montag in der in London erscheinenden 'Times' veröffentlicht wurde. Der Times-Korrespondent berichtet weiter, daß in Bilbao, dem industriellen Zentrum des Baskenlandes, zeitweise die Stierkampfarena in ein Gefangenenlager verwandelt wurde. Die französische Zeitung 'Le Monde' berichtet weiter, daß gerade in Bilbao im Windschatten des Polizeiterrors die Faschisten ihren Terror entwickeln.

US-Regierung verhängt Handelsembargo gegen Kambodscha und Südvietnam

Am 16. Mai hat die amerikanische Regierung gegen Kambodscha und Südvietnam ein Handelsembargo verhängt. Das heißt, die Ford-Kissinger-Regierung hat den amerikanischen Kapitalisten verboten, mit diesen beiden Ländern Handel zu treiben, die Regierung wird keine Exportlizenzen für amerikanische Waren in diese Länder genehmigen. Damit ist der gesamte Handels- und Geldverkehr zu diesen Ländern unterbrochen, nachdem bereits sämtliche Bankguthaben von Kambodschanern und Vietnamesen gesperrt wurden, sofern sie nicht in den USA wohnen. Kambodscha und Südvietnam sind für die USA "Feindstaaten", genau wie Nordvietnam, Nordkorea und Kuba, mit denen ebenfalls jeder Handels- und Zahlungsverkehr verboten ist.

Bauernfunktionäre und Staat unter einer Decke

Als im Herbst Hunderttausende von Bauern demonstrierten, verkauften sie unter anderem Fleisch direkt an die Verbraucher.

Mit diesen Verkaufsaktionen wollten sie darauf hinweisen, daß sie nicht schuld sind an den steigenden Fleischpreisen, sondern daß ihre Erzeugerpreise für Schweine und Rinder sinken. Nach langem Abwiegeln und Zögern stellte sich die Führung des Bauernverbandes an die Spitze dieser Bauernbewegung. Sie betonte dabei, daß sich diese Demonstrationen "nicht gegen andere Wirtschaftsbereiche" richten sollten und sie bezeichnete die Handelskapitalisten und Verarbeitungskonzerne sogar als die Bündnispartner der Bauern.

Schon damals schrieben Jungbauern in einem Flugblatt: "Sollte diese Inschutznahme von Industrie und Genossenschaften durch Bauernverbandsvertreter etwas damit zu tun haben, daß alle führenden Bauernverbandsfunktionäre hohe Posten bei Genossenschaften, Banken, Industrieverbänden haben?"

Daß diese Vermutung berechtigt ist, wurde kürzlich enthüllt am Beispiel der "Nordfleisch"-Genossenschaft: Wie an vielen anderen kapitalistischen Firmen ist der Bauernverband auch an dieser Tochtergesellschaft des Hamburger Genossenschaftskonzerns "Schleswig-Holsteinische Viehzentrale" zu 25 % beteiligt. Der schleswig-holsteinische Bauern verbandsführer Klinker (CDU) sitzt im Aufsichtsrat dieser Firma, die in Schleswig-Holstein führend ist auf dem Gebiet des Fleischhandels und der Schlachterei. An sie liefern viele Bauern ihr Vieh ab. Als nun die Erzeugerpreise der Bauern für Vieh sanken und die Verbraucherpreise im Laden für Fleisch stiegen, da machte die "Nordfleisch" kräftig mit bei der Schröpfung der Bauern und Verbraucher. Sie nutzte dabei ihre Stellung in der staatlichen Einfuhr- und Vorratsstelle (EVSt) weidlich aus:

Mauschelei in der Vorratsstelle

Diese Einfuhr- und Vorratsstelle hat der Staat im Rahmen der EG-Marktordnungen eingerichtet. Bekanntlich werden in Brüssel alljährlich die staatlich garantierten Mindestpreise für Agrarprodukte beschlossen. Wenn auf den landwirtschaftlichen Märkten die Marktpreise unterhalb dieser Garantiepreise sinken, dann "intervenieren" diese Vorratsstellen auf dem Markt, d. h. sie kaufen beispielsweise das Fleisch zu den garantierten "Interventionspreisen" auf. Das Fleisch wird dann in Kühlhäusern mit Steuergeldern gelagert und (teilweise verbilligt) wieder verkauft, wenn die Marktlage wieder günstiger ist.

Davon haben aber die meisten Bauern recht wenig, weil diese Interventionspreise nur für Großhandel, Schlachtereien, Molkereien und Zuckerfabriken gelten: So werden beispielsweise 25 % aller von der Einfuhr- und Vorratsstelle aufgekauften Tiere von nur zwei Firmen geliefert! Nur diesen kauft der Staat ihre Produkte ab – ganz gleich, ob diese Firmen diesen Vorteil an die Bauern weitergeben oder nicht (in Form höherer Erzeugerpreise).

In einer Bauernversammlung sagten Jungbauern richtig: "Das, was in Brüssel an Preisen erhöht oder gesenkt wird, ist nicht der Erzeugerpreis von uns Bauern, sondern der Großhandelspreis von zumeist schon verarbeiteten Agrarprodukten. Es geht nicht um die Milch, sondern um Butter und Magermilchpulver. Es geht nicht um die Zuckerrübe, sondern um den Zukker. Es geht nicht um die Sau, sondern um das Kotelett."

Im Verwaltungsrat dieser staatlichen Vorratsstellen sitzen dementsprechend auch keine Bauern, sondern vor allem Firmen- und andere Interessenvertreter. Und der Vorsitzende des Fleisch-Fachausschusses ist rein zufällig der Generaldirektor der "Nordfleisch", Hahlbrock. Dieser feine Herr setzte im Verwaltungsrat gemeinsam mit anderen Nahrungskonzernen eine geheime Regelung durch, wonach ab 1974 die Vorratsstelle nur noch von solchen Firmen Fleisch abkauft, die über 1 500 Tiere jährlich abliefern. Und zwar sollten die Lieferrechte für die Einfuhr- und Vorratsstelle danach verteilt werden, wieviel die jeweiligen Firmen im Vorjahr geliefert hatten. Die Großfirmen hielten nun diese Regelung geheim, um sich selbst für 1974 eine gute Ausgangsstellung gegenüber anderen Händlern zu verschaffen. Sie kauften Fleisch in großen Mengen auf und lieferten es 1973 an die Einfuhr- und Vorratsstelle, um auch 1974 so viel liefern zu dürfen. Sie importierten beispielsweise große Fleischmengen aus dem Ostblock. Daß dadurch die bäuerlichen Erzeugerpreise für Vieh weiter sanken, konnte ihnen nur recht sein: denn so erhöhte sich ihre Gewinnspanne zwischen den Rinderpreisen, die sie den Bauern bezahlten, und den Interventionspreisen, die sie von der Einfuhr- und Vorratsstelle bekamen.

Was das für die Bauern bedeutete, zeigt folgende Aussage eines Bauern: "Für das Ferkel mußte ich 90 DM zahlen, das Futter kostet mich knapp 160 DM – für meine Arbeit bleibt nichts übrig!" Nur in Großbetrieben, wo die Kosten je Schwein niedriger liegen, konnten die Kosten für Stall, Tierarzt, usw. noch gedeckt werden. Die vielen kleinen Bauern mit ihren kleinen und aufwendigeren Ställen machten lange Zeit Verlust. Gleichzeitig stiegen die Verbraucherpreise für Fleisch stark an, so daß viele Arbeiterfamilien ihren Fleischverbrauch einschränken mußten! Auf Kosten von Bauern und Verbrauchern erhöhte so die "Nordfleisch" wie andere Konzerne ihre Profite, der Umsatz beispielsweise stieg damals um 18 %!

Schlachthof zur Hälfte aus Steuergeldern finanziert!

Aber damit noch nicht genug: Für ihren neuesten Schlachthof in Lübeck erhielt die "Nordfleisch" 45 % ihrer Investitionen aus Steuergeldern. Klinker und die Landesregierung waren bei der Einweihung Ehrengäste. Weitere Vorteile ziehen die "Nordfleisch" und andere Verarbeitungskapitalisten aus dem staatlichen "Marktstrukturgesetz". Das sieht so aus, daß die Bauern Erzeugergemeinschaften bilden sollen, in denen sie ihre Produktion vereinheitlichen. Den Vorteil hiervor haben aber vor allem die Verarbeitungskapitalisten, denn den bäuerlichen Erzeugergemeinschaften ist durch Gesetz verboten, eigene Verarbeitungsbetriebe zu errichten. Das müssen sie den Verarbeitungsbetrieben überlassen, die mit den Bauern langfristige Abnahmeverträge schließen und dafür vom Staat noch mit Fördermitteln belohnt werden!

Die Bundesregierung will mit diesem "Marktstrukturgesetz" die "landwirtschaftliche Erzeugung an die Erfordernisse des Marktes anpassen" (Agrarbericht 1975). Doch solange Konkurrenz und Markt bestehen, solange zerstört das große kapitalistische das kleine, bäuerliche Eigentum der Kleinbauern, solange frißt der Große den Kleinen, solange kommt es immer wieder zum Chaos auf dem Markt. Und die Zwangsgesetze der Konkurrenz zwingen die Genossenschaften dazu, daß sie sich verhalten wie jeder andere Kapitalist. Deshalb dürfen die Kleinbauern nicht auf Genossenschaften hoffen und auch nicht auf die Großbauern in deren Vorständen. Sie müssen sich mit der Arbeiterklasse zusammenschließen zum Sturz der Kapitalistenherrschaft und zum Aufbau des Sozialismus. Erst wenn alle Produzenten nach gemeinsamem Plan produzieren und die Produktion mit den Verbrauchern abstimmen, erst dann wird es eine Landwirtschaft geben im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten und des ganzen Volkes! –E.N.

VW-Manager Loderer verteidigt sich vor den Kollegen

Der IG-Metall-Vorsitzende Loderer, der als Mitglied des Aufsichtsrates von VW die Massenentlassungen mitbestimmt hat, versucht nun das zerstörte Image der Mitbestimmung wieder aufzupolieren. Denn mit den Massenentlassungen werden zwar der VW-Konzern und die Profite erhalten, das *"Sinnbild des Wirtschaftswunders"* und der *"Sozialpartnerschaft"* aber zerstört. Mit dem Zusammenfall dieser Fassade wird auch die ganze Kapitalistendienerei der Gewerkschaftsführer sichtbar. Mit einem Interview in der Zeitschrift *"der Gewerkschafter"* versucht nun Loderer, die Spuren zu verwischen, indem er einen Widerspruch zwischen der Mehrheit der SPD und IG Metall im Aufsichtsrat und dem VW-Vorstand konstruiert. Dieser Versuch scheitert kläglich.

Worin bestanden die Unterschiede in den Plänen der IG Metall und dem VW-Vorstand?

Wir haben der Geschäftsleitung zugestimmt, was den Abbau der Beschäftigtenzahlen um etwa 15 000 Arbeitnehmer durch Nichtersetzung der aufgrund der üblichen Fluktuation Ausscheidenden, durch Vorziehen der Altersgrenzen und das erneute Anbieten von Aufhebungsverträgen anbetrifft. Diese Zahl schien uns unter den gegebenen Umständen realistisch..." (Der Gewerkschafter, Nr. 5/75, Seite 18). In dieser Frage unterscheidet sich der IGM-Plan von dem Plan des Vorstandes und dem Beschluß des Aufsichtsrates also um nichts. Darüberhinaus ist die IGM-Führung für Entlassungen von 4 700 Arbeitern eingetreten. Durch den Beschluß des Aufsichtsrates sollen jetzt 20 000 "freigesetzt" werden. Das sind 800 mehr, als der Plan der IG Metall vorsieht. Im Prinzip waren sich Vorstand und IGM-Führung also einig, nur daß Loderer die Entlassungen etwas milder haben wollte. Davon haben aber die Entlassenen nichts. Und sicherlich wird dieser Plan nicht dazu beitragen, das Ansehen der IGM bei den VW-Arbeitern zu verbessern. Loderer ist auch gleich mit einer Erklärung parat: *"Das unerfreuliche an diesen Vorgängen ist, daß die notwendigen Anpassungsmaßnahmen stets auch die Arbeitnehmer treffen. Dagegen gibt es bis heute kein Patentrezept."* Da kann man nichts machen, da müssen die Arbeiter durch, und einige von ihnen bleiben auf der Strecke.

Wie erklärt sich Loderer die Krise des VW-Konzerns?

"Man hat sich bedenkenlos in eine einseitige Exportabhängigkeit begeben." "Von einem so hoch bezahlten Management muß man Weitsicht er-





warten können." "Wir als Arbeitnehmer haben stets gewarnt, die Zahl der Beschäftigten zu stark auszuweiten." 'Bedenkenlos' hat das Managment bestimmt nicht gehandelt, als es den US-Export aufgenommen hat, es hat den Gesetzen des Profits gehorcht. Im Sinne des Kapitals ein äußerst weitsichtiger Schritt. Marx hat im "Kapital" festgestellt:

"Die ungeheure, stoßweise Ausdehnung des Fabrikwesens und seine Abhängigkeit vom Weltmarkt erzeugen notwendig fieberhafte Produktion und darauf Überfüllung der Märkte, mit deren Kontraktion (Verengung) Lähmung eintritt." (Das Kapital, S. 476) Genau das ist bei VW eingetreten. Die Logik der Kapitalisten ist es dementsprechend, Arbeiter rauszusetzen: **"Krisen, worin die Produktion unterbrochen und nur kurze Zeit, wenige Tage in der Woche gearbeitet wird, ändern natürlich nichts an dem Trieb, den Arbeitstag zu verlängern. Je weniger Geschäfte gemacht werden, desto größer soll der Gewinn auf das gemachte Geschäft sein. Je weniger gearbeitet wird, desto mehr Mehrarbeitszeit soll gearbeitet werden."** (S. 249) Gerade das erleben die VW-Arbeiter am eigenen Leib. Und alles das nennt der Vorsitzende (nicht von Gesamtmetall, sondern) von der IG Metall "unerfreulich" und ohne "Patentrezept" dagegen. Loderer versteigt sich sogar darin, das als unternehmerische Fehlentscheidungen zu bezeichnen: *"Den betroffenen Arbeitnehmern wird dann klar, daß unternehmerische Fehlentscheidungen und nicht schicksalhafte Fügungen sie in die heutige Lage gebracht haben."* Für die Arbeiter besteht der ganze Kapitalismus aus "unternehmerischen Fehlentscheidungen". Jede Entscheidung eines Kapitalisten ist eine Entscheidung gegen sie, für sie eine Fehlentscheidung. Aber meint das Loderer?

Planungsfehler und organisatorische Mängel sollen die Wurzel allen Übels sein!

"Planungsfehler und organisatorische Versäumnisse in der Vergangenheit sind nicht zu bestreiten." Es ist also nicht das Gesetz des Kapitalismus, das die Krisen immer wieder hervortreibt, sondern Fehler in der Leitung der Geschäfte. Treten diese Fehler nicht auf, so kann es nach Loderer zu einem guten Auskommen zwischen Kapitalismus und Arbeitern kommen, so kann es den Arbeitern gut gehen im Kapitalismus. Kommen die Millionen Arbeitslose und die vielen Kurzarbeiter vielleicht nur auf Grund von Fehlentscheidungen einzelner Manager zustande? Was wären das für Funktionäre des Kapitals, die soviel Ausbeutungsobjekte auf der Straße liegen lassen, wo sie sie doch viel nutzbringender an ihren Maschinen einsetzen könnten. Für so unfähig wird wohl keiner diese bestausgebildetsten Manager halten. Aber daß der Kapitalismus es selbst ist, der diese Verhältnisse hervorbringt, das darf Loderer nicht eingestehen, sonst wäre seine Politik des Ausgleichs und der Mitbestimmung nicht mehr glaubwürdig genug.

Eine SPD-Mehrheit im VW-Aufsichtsrat gibt es angeblich nicht!

Jahrelang haben die sozialdemokratischen Metall-Funktionäre auf ihre gute Position im Aufsichtsrat verwiesen, und was sich damit bei VW alles machen läßt. Das ging nur solange gut, wie es dem Konzern auch gut ging. Jetzt versucht Loderer, die faktische Mitbestimmung bei VW zu leugnen. Auf die Frage: *"Man redet so gern von der 'Roten Mehrheit' im Aufsichtsrat bei VW"* antwortet er: *"Dieses Gerede ist Teil der allgemeinen Hetzkampagne gegen die Gewerkschaften. Nur ein Drittel des Aufsichtsrates sind Arbeitnehmervertreter. Die vier Vertreter der öffentlichen Hand ... können nicht ohne weiteres zu den Arbeitnehmervertretern gerechnet werden. Wer diese beiden Gruppen einfach addiert, beweist, daß er das politische Augenmaß verloren hat. ... Ich kann mir vorstellen, daß die CDU- oder FDP-orientierten Vertreter wenig glücklich darüber sind, wenn man sie der 'Roten Mehrheit' zurechnet.*

Schließlich beweist auch die Entscheidung des Aufsichtsrats, daß es die 'Rote Mehrheitsfraktion' nicht gibt."

Richtig ist, daß ein Drittel von der Belegschaft gewählte Gewerkschafter sind. Was aber ist mit dem Vertreter der gewerkschaftseigenen "Bank für Gemeinwirtschaft" Hesselbach? Er hat ja wohl nicht einmal für den IG-Metall-Vorschlag gestimmt. Ist Hesselbach nicht Gewerkschafts- und SPD-Mitglied? Oder Kasimier, SPD-Wirtschaftsminister in Niedersachsen, kommt er nicht aus der Gewerkschaft? Was ist mit den Staatssekretären der Bundesregierung, kommen sie nicht aus einer SPD-Regierung? Sicherlich gibt es keine 'Rote Mehrheitsfraktion' im VW-Aufsichtsrat und wird es auch nie geben, aber eine SPD-Mehrheitsfraktion, die gibt es im Aufsichtsrat. Da kann Loderer noch so sehr drum rum reden. Genützt hat den Arbeitern diese Mehrheit allerdings nichts. Hier hätten die Sozialdemokraten zeigen können, was ihre Mitbestimmung den Arbeitern bringt. Sie haben es: **nichts Gutes!**

Mitbestimmung kann nur fordern, wer sich mit dem Kapitalismus ausgesöhnt hat!

Loderer will die Mitbestimmung, um damit Fehler des Managements zu verhindern. Nicht mal dazu ist die Mitbestimmung in der Lage. Aber daran kann die Arbeiterklasse auch kein Interesse haben. Nicht Fehler der Kapitalisten verhindern müssen die Arbeiter, sondern von den Kapitalisten und ihrem Staat Rechte erkämpfen. Forderungen müssen **gegen** die Kapitalisten erkämpft werden, das haben die VW- und NSU-Arbeiter erfahren und gezeigt. Dabei haben die IGM-Funktionäre im Aufsichtsrat nichts genutzt, im Gegenteil, sie haben ihnen geschadet. Deshalb, weil diese "Arbeitnehmervertreter" an den Entscheidungen der Konzernleitung teilgenommen haben und somit die gewerkschaftliche Organisation, als es darauf ankam, den Kampf aufzunehmen, geschwächt haben.

VW zeigt nicht nur, daß ein "Sinnbild des Wirtschaftswunders" zerstört wurde, sondern auch die Untauglichkeit der sozialdemokratischen Mitbestimmungsideologie im Kampf der Arbeiter für ihre Forderungen gegen die Kapitalisten. –db–

Zwei neue VW-Werke wurden in Nigeria eröffnet

Während in der BRD 26 000 VW-Arbeiter entlassen werden sollen, hat der VW-Konzern im westafrikanischen Nigeria allein im Monat März 1975 zwei neue Montage-Werke aufgemacht. Am 21. März wurde das zweite Werk vom nigerianischen Militärregierungschef Gowon und VW-Chef Schmücker gemeinsam in Lagos eröffnet.

Es soll 1 100 Arbeiter beschäftigen und einen Ausstoß von 60 VWs täglich bringen.

Die VW-AG und die Deutsche Industrie-Bank halten zusammen 51 Prozent der Anteile, die nigerianische Bundesregierung nur 35 Prozent.

Unter solchen Bedingungen kann sich die Staatsbeteiligung kaum anders auswirken, als daß die Arbeiter mit dem Hinweis auf Staatsinteressen diszipliniert werden.

Die Geschäftsaussichten für VW sind glänzend. Fette Extraprofite sind zu erwarten: In Nigeria haben mindestens 70 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen von umgerechnet weniger als 800 DM im Jahr!

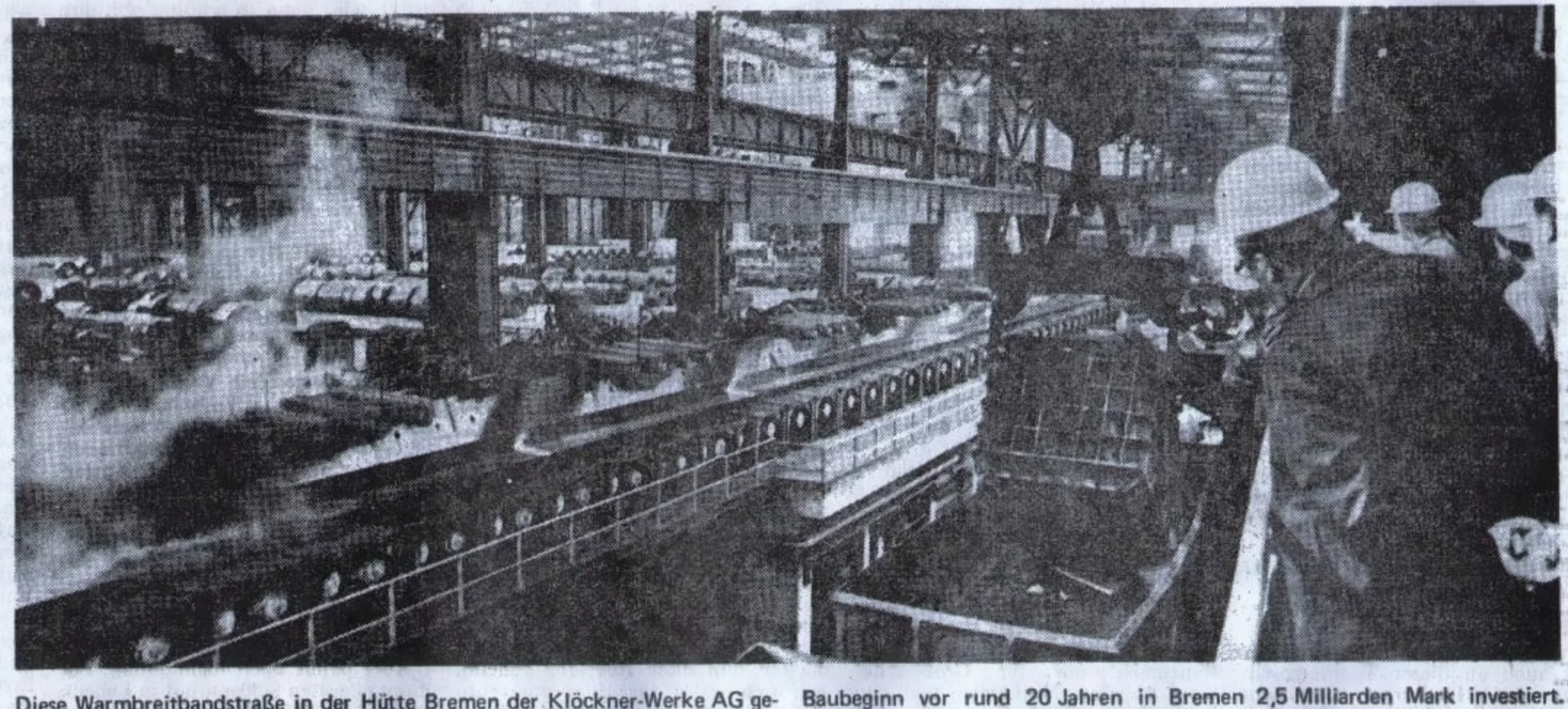
–M., Hamburg–

(nach einer Meldung aus Daily Times, Lagos/Nigeria vom 21.3.1975)

Erneute Kurzarbeit bei Klöckner/Bremen

Der Kampf gegen die Krisenmaßnahmen muß jetzt geführt werden!

Bremen. Ende Mai wäre die jetzt anlaufende Kurzarbeit im Warmbereich der Hütte zu Ende gegangen. Damit ist jedoch jetzt nichts. Bis Ende Juli soll jetzt weiter so kurzgearbeitet werden, daß die Kollegen 32 statt 40 Stunden die Woche schaffen.



Diese Warmbreitbandstraße in der Hütte Bremen der Klöckner-Werke AG gehört zu den modernsten der Welt. Die 1972 fertiggestellte Anlage gehört zur dritten Ausbaustufe der Hütte an der Weser. Insgesamt hat Klöckner seit dem Baubeginn vor rund 20 Jahren in Bremen 2,5 Milliarden Mark investiert. 7 000 Kollegen arbeiten hier. Die jährliche Zuwachsrate bei der Rohstahlerzeugung betrug fast 16 Prozent.

Darüberhinaus gibt es eine einschneidende Verschärfung: Für zwei Wochen, vom 23. Juni bis zum 4. Juli, soll das ganze Werk stillstehen. Nur ein "Notdienst" wird kräftig ranhauen müssen, damit Reparaturen und Rationalisierungen fertig werden.

Was hat das zu bedeuten, was kommt danach?

Daß ihre Existenz zunehmend unsicherer wird, das spüren die Kollegen deutlich. Ursache dafür ist: Die Lage in der Stahlindustrie hat sich verändert.

Die Konzerne haben zwar noch riesige Gewinne eingesackt. Doch die Zeiten, wo ein unersättlicher Markt hohe Preise und jedem Konzern einen wachsenden Absatz garantierte, sind vorbei. Jetzt bestimmt die Überproduktionskrise das Bild. Hier muß jeder Konzern versuchen, dem anderen seinen Anteil abzujagen, ihn als Konkurrenten auszuschalten, um selbst zu überleben und weiterhin Riesenprofite zu machen.

Die Arbeiter sollen bei dieser Entwicklung auf der Strecke bleiben. Jeder Schritt der Kapitalisten dient dem Ziel, für jeden Pfennig Lohn, den sie zahlen müssen, ein doppeltes und dreifaches an Arbeitsleistung herauszuholen. So wächst die Arbeitsqual. Die Gesundheit und das Leben der Arbeiter werden ruiniert. Die Bedrohung ihrer Existenz nehmen die Arbeiter nicht hin.

So waren die letzten Monate auf der Klöckner-Hütte auch keineswegs ruhig

Als die erste Kurzarbeitsperiode

Als die erste Kurzarbeitsperiode April/Mai von der Direktion angekündigt wurde, beschwichtigte sie sofort: "*Das ist nur vorübergehend und bald geht's wieder normal.*" Doch die Belegschaft war mißtrauisch. Von ihren Erfahrungen mit diesen Herren her weiß sie, daß diese sich noch nie Sorgen um die Existenz der Arbeiter gemacht haben. So hat auch die Mehrheit des alten Betriebsrates seine Zustimmung zur Kurzarbeit nicht gegeben. Sie wollte zumindest einen Ausgleich zwischen dem Lohn und dem Kurzarbeitsgeld von den Kapitalisten. Doch die Belegschaft wartete noch ab, so daß die Kapitalisten die Kurzarbeit durchsetzten. Die vorhandene Empörung machte sich aber Luft auf einer Betriebsversammlung, wo die Direktion schlecht dastand.

Anfang April begann die Kurzarbeit im Warmbereich der Hütte

Schnell wurde deutlich, was gespielt wurde. Immer waren einzelne Kollegen auf Kurzarbeit. Die verringerten Schichten sollten dasselbe mit weniger Leuten schaffen. Dagegen erhob sich der Widerstand.

In einem Kleinkrieg stemmten sich einzelne Kollegen und verschiedene Schichten dagegen. Ein Beispiel für viele. In einem Leitstand lag tagelang ein Zettel, der die Kollegen ermahnte: **"Langsam fahren!"** Der Widerstand wurde von den Vertrauensleuten Anfang April in einer Resolution zusammengefaßt. Neben verschiedenen Forderungen wurde gefordert:

Keine Kurzarbeit bei Unterbesetzung!
90 % Lohnausgleich!

Der neue Betriebsrat

Der neue Betriebsrat

Inzwischen hatte sich der neue Betriebsrat konstituiert. Die Kräfte um Pöpke (DKP), die gegen die Kurzarbeit angegangen waren, hatten eine knappe Mehrheit.

Die Kapitalisten holten zum Gegenschlag aus. Über ihre Agenten im Betriebsrat, die von Arbeitsdirektor Sporbeck (SPD) fest an der Leine geführt werden, sabotierten sie die Betriebsarbeit, indem sie mit jedem Scheißdreck vors bürgerliche Gericht zogen. Zusätzlich warf der Christliche Metallarbeiterverband dem Betriebsrat Knüppel zwischen die Beine.

Seine Wahlanfechtung hatte Erfolg. Es bestand die Gefahr, daß die Belegschaft gänzlich ohne Betriebsrat dastehen würde. Das konnte jedoch verhindert werden.

Unsere Betriebszelle machte in dieser Situation einen entscheidenden Fehler. Sie konzentrierte sich auf eine allgemeine Propaganda für den 1. Mai sowie auf die Auseinandersetzung mit der rechten SPD und dem Christlichen Metallarbeiterverband in Hinblick auf die Neuwahl des Betriebsrates.

Die anderen politischen Kräfte, die vor einigen Jahren die Belegschaft in ihren Kämpfen geführt hatten, wie die DKP und die Gruppe "Arbeiterpolitik", wollen Posten im Betriebsrat, um stellvertretend für die Belegschaft etwas herauszuholen. Sie haben nur die Neuwahl des Betriebsrates im Auge und nicht die Aufgabe des Zusammenschlusses der Belegschaft gegenüber dem Feind.

Der keimende Widerstand bleibt vereinzelt und ohne Führung. Die einzelnen Widerstandsaktionen konnten sich nicht verbreitern. Die Resolution der Vertrauensleute mit den Forderungen wurde nicht genutzt zum Zusammenschluß der gesamten Belegschaft. Vielmehr ebbten die spontanen Rebellionen wieder ab.

So gewannen die Kapitalisten an

So gewannen die Kapitalisten an Boden. Sie setzten die Steigerung der Arbeitshetze zunächst durch. Befriedigt haben sie sich gerade über die trotz Kurzarbeit erbrachte hohe Produktionsleistung geäußert.

Die Direktion nutzte die Situation, um den nächsten Schlag, die zweite Kurzarbeitsperiode, vorzubereiten.

Durch diese Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten ist die Mehrheit des Betriebsrates gegenüber den Rechten vollständig in die Defensive geraten. Zwei kleine Zugeständnisse, die den Massen nichts bringen und mit denen der Werksvorstand den Widerstand gegen die Folgen der Kurzarbeit spalten will, haben sie zur Zustimmung veranlaßt. Sie hatten Furcht, die Rechten könnten ihnen nachher damit kommen, sie hätten wegen ihrer "ideologisch begründeten" kompromißlosen Haltung mögliche Erfolge verspielt.

Die Kapitalisten hatten das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändert. Sie konnten es sich sogar leisten, die Durchführung einer Vertrauensleuteversammlung in der Zeit, als der Betriebsrat über die Kurzarbeit beriet, zu verbieten, ohne daß ihnen hier viel Widerstand entegegengesetzt wurde.

Mit dieser Situation können sich die Arbeiter jedoch nicht abfinden. Denn es geht im ihre Existenz.

Die Kollegen, die schon länger kurzarbeiten, wissen das. Jedoch viele von denen, die jetzt kurzarbeiten, warten noch ab. "Das Beste daraus machen", so sagen viele. Doch die Wut und Empörung, daß mit den Arbeitern nach Gutdünken der Kapitalisten verfahren wird, ist überall da. Und die Unsicherheit über das, was kommen wird.

Wie können die Klöckner-Arbeiter ihre gegenwärtige Schwäche in Stärke verwandeln?

Die Frage, soll man abwarten oder soll man den Kampf aufnehmen, ist noch nicht entschieden. Woran es mangelt, das ist das Vertrauen in die eigene Kraft und ein Weg, wie die Kraft gefunden und der Kampf geführt werden kann.

Unsinnig wäre es, die zweite Kurzarbeitsperiode umschmeißen zu wollen. Dazu reicht die Kraft nicht. Das würde die Belegschaft jetzt nicht einigen sondern noch mehr entzweien. Das würde sich auch nur an der Kurzarbeit festmachen, was nicht die Hauptfront ist. Vielmehr muß an den Rationalisierungen und der Steigerung der Arbeitshetze, was jetzt verstärkt weitergeht und womit Entlassungen vorbereitet werden, der Widerstand erneut errichtet werden.

Wenn drei die Arbeit von sechs machen sollen, dann muß den Herren demonstriert werden, daß das nicht geht. Und es muß gefordert werden, daß wieder sechs Mann hermüssen. Wenn die Anlage schneller laufen soll, Wenn die Anlage schneller laufen soll, dann muß gezeigt werden, daß das nur zu Ausschuß und Bruch führt. Wenn mehr gemacht werden soll, dann müssen auch mehr Leute her.

Die Aktionen gegen die Steigerung der Arbeitshetze müssen wieder aufgenommen und im ganzen Werk als Beispiele bekannt gemacht werden und davon ausgehend konkrete Forderungen an die Direktion gestellt werden.

Die Belegschaft braucht Klarheit über das, was in den nächsten Monaten auf sie zukommt

Die Klöckner-Herren müssen jetzt dazu gebracht werden, Farbe zu bekennen. Sie müssen Auskunft geben, was die Belegschaft erwartet und wie sie zu den Forderungen der Kollegen stehen. Bei alledem haben die gewerkschaftlichen Vertrauensleute eine große Verantwortung. Ihre Aufgabe ist es, den Widerstand in der Belegschaft zusammenzufassen und die Einheit im Kampf gegen die Krisenmaßnahmen zu schmieden. Auf der Versammlung am Dienstag hat sie ihre Forderungen noch einmal bekräftigt und vom Werksvorstand Antwort auf die Fragen der Belegschaft gefordert: keine weitere Kurzarbeit und keine Entlassungen. Eine Resolution zeigte, daß die Belegschaft und ihre Vertreter noch nicht zu Kreuze gekrochen sind. Diese Resolution wird überall im Werk den Widerstandswillen neu entfachen.

Am 10. Juni ist Betriebsversammlung

Wenn von den Kollegen in den einzelnen Werken und von den Vertrauensleuten jetzt diese Schritte gegangen werden, dann ist die Belegschaft für diese Versammlung gut gerüstet. Sie weiß dann, was sie will.

Sie kann sich dann auf dieser Versammlung zusammenschließen und mit ihrer ganzen Kraft ihren Feinden entgegentreten. Dann werden die entgegentreten. Dann werden die Herren Direktoren Federn lassen müssen.

Wenn diese Schritte im Kampf gegen die Krisenmaßnahmen gegangen werden, dann ist das auch die beste Vorbereitung der Betriebsratswahl im Juli.

Wenn die Belegschaft schon im Kampf steht, um konkrete Ziele gegenüber den Kapitalisten zu erreichen, dann ist es am einfachsten, die Kollegen herauszufinden und zu wählen, die nicht nur schwätzen, sondern die in der Tat an der Spitze des Kampfes stehen.

Dann können die spalterischen Kräfte am besten isoliert und geschlagen werden. Dann kann ein einheitlicher und starker Betriebsrat herausgebildet werden.

Wenn es allerdings nicht gelingt, das gegenwärtige Kräfteverhältnis wieder zugunsten der Arbeiter zu verändern, dann wird es auch bei der Betriebsratswahl erneut schwer, diese für den weiteren und festeren Zusammenschluß der Belegschaft gegenüber den Kapitalisten zu nutzen.

Deswegen muß auch vom Gesichtspunkt der Betriebsratswahl aus alles getan werden, um im Kampf gegen die Krisenmaßnahmen der Klöckner-Kapitalisten die gegenwärtige Schwäche der Arbeiter zu überwinden.

—U., Bremen—

Die Vertrauensleute-Vollversammlung der Köckner-Hütte hat am Dienstag, den 20.5., einstimmig in einer Resolution ihre Forderungen – insbesondere: Keine Kurzarbeit bei Unterbesetzung und Ausgleichszahlung bei Kurzarbeit bis zu 90 % des Einkommens – bekräftigt.

In der Resolution wird weiter besonders darauf hingewiesen, daß Rationalisierungsmaßnahmen nicht hingenommen werden können.

Vom Werksvorstand wird klare Auskunft über seine weiteren Pläne, insbesondere über mögliche Entlassungen, verlangt.

Die Resolution schließt "Keine weitere Kurzarbeit! Keine Entlassungen!"

Solidarität mit dem Streik in Erwitte

Die Vertrauensleute-Vollversammlung der Klöckner-Hütte Bremen hat ohne Gegenstimme eine Solidaritätserklärung mit dem Streik der Kollegen in Erwitte beschlossen.

Das Beispiel des Streiks in Erwitte sei besonders für die Klöckner-Hütte wichtig, weil es zeige, **"daß Kurzarbeit und Entlassungen nicht hingenommen werden müssen".**

Beschlossen wurde, aus der Vertrauensleute-Kasse 500 DM nach Erwitte zu schicken. Über 120 DM wurden darüber hinaus auf der Vertrauensleute-Versammlung gesammelt.

Kurzarbeit bei Krupp

Wenige Tage nach dem Ende des NRW-Wahlkampfes

Bochum. Vom 16. Mai an werden im Kaltwalzwerk und in der Warmbreitbandstraße bei Krupp nur noch 32 Stunden wöchentlich gefahren.

1 200 Kollegen sind davon betroffen.

Die Kurzarbeit für diesen Bereich soll erst der Anfang sein. Nach dem Bericht des Vorstandsvorsitzenden Mintrop auf der letzten Vorstandstagung sollen in diesem Jahr bei Krupp als "Bremshebel zum Zwecke von Aufwands- und Kostenersparnis gezogen werden".

Für das Geschäftsjahr 1974 konnte der Vorstand noch von traumhaften 26,5 % Gewinnsteigerung sprechen, die ihm die Ausbeutung der Krupp-Arbeiter eingebracht hatte. Jetzt hat sich das Blatt gewendet.

Schon Anfang des Jahres berichtet Vorstandsvorsitzender Mintrop von "rezessionsähnlichen Auftragsrückgängen" und zog daraus die Konsequenz, daß alle *"Arten von Aufwendungen auf das geringstmögliche Maß"* zurückgeführt werden müßten.

Interessant ist, daß die Kurzarbeit bei Krupp wenige Tage nach dem Ende des NRW-Wahlkampfes eingeführt wird, obwohl die Vorstandspläne schon seit Monaten feststehen. Klar, daß die Sozialdemokraten im Krupp-Vorstand den Sozialdemokraten im Parteivorstand bei deren Aufschwungbeschwörungen vor der Wahl nicht hinderlich sein wollten.

Vor allem angesichts der bevorstehenden Ausweitung der Kurzarbeit auf andere Abteilungen müssen die Kollegen von Krupp gemeinsam fordern:

–Bei Kurzarbeit voller Lohnausgleich!–

—h./Red.—

Betriebsratswahl Opel Bochum

Opelarbeiter wollen den selbständigen Kampf

Verluste für die Vertreter der Partnerschaftspolitik

Bochum. Die jetzt stattgefundenen Betriebsratswahlen waren starker Ausdruck des Kampfeswillen der Belegschaft. Zur Wahl standen drei Listen. Eine Liste, die unter dem Namen der IG Metall kandidierte, die Liste für die Belegschaftsforderungen und eine Liste, die von einem Mitglied der DAG angeführt wurde.

Bei einer Wahlbeteiligung von 83 % erhielt die Liste 1 23 Sitze, die Liste 2 12 und die dritte Liste bekam 2 Sitze. Gegenüber der letzten Betriebsratswahl hat die IGM-Liste 5 Sitze verloren und die Liste 2 mehr als doppelt so viele gewonnen (von 5 auf 12). Zieht man noch hinzu, daß der Betriebsrat aufgrund der geringeren Belegschaftsgröße um 2 Sitze weniger hat als vor vier Jahren, so erkennt man den Erfolg der Liste 2 noch deutlicher.

Die Liste 1 hat nur einen Namen

Die Liste 1 kandidierte ohne Programm, aber mit dem Namen der Gewerkschaft. Das war im Grunde genommen ihre einzige Stärke. Denn sonst haben sich viele Personen, insbesondere der Listenführer Perschke,
besondere der Listenführer Perschke,
die auf der Liste kandidierten, als untauglich gezeigt, die Interessen der Kollegen zu vertreten.

Gerade in der letzten Auseinandersetzung zwischen Opel-Kapitalisten und der Belegschaft um die Sonderschichten haben sie darauf verzichtet, die Forderungen der Belegschaft zu vertreten.

So hatten sich die Arbeiter auf den letzten Belegschaftsversammlungen klar darauf geeinigt, daß sie nur dann den Sonderschichten zustimmen, wenn sie bei Kurzarbeit vollen Lohn erhalten. Monatelang hat der Opel-Kapitalist seine Schwierigkeiten auf dem Markt auf dem Rücken der Kollegen durch Kurzarbeit mit Lohneinbuße gelöst. Damit sollte Schluß gemacht werden.

Aber Perschke und Co. hielten sich nicht an den Willen der Belegschaft, sondern stimmten auch so den Sonderschichten zu. Daß sie trotzdem so viele Stimmen erhalten haben, liegt daran, daß viele Arbeiter und Angestellte auf die Gewerkschaft als ihre Organisation bauen. Das war dann auch das einzige Argument, was von Perschke im Wahlkampf gebracht wurde, nämlich, daß er die Gewerkschaft darstelle und alle anderen Spalter seien.

Weiterhin ist die Liste 1 eng mit den bürgerlichen Parteien – insbesondere der SPD – verbunden, was ihr in der Wahlzeit wahrscheinlich auch nicht Stimmen gebracht hat.

Die Liste 2 kandidierte unter Forderungen, denen viele Kollegen zustimmen. Wahrscheinlich schlägt sich diese Zustimmung zu Forderungen wie "Voller Lohn bei Kurzarbeit", "Für die Bezahlung der Pausen", "Ausreichende Klimaanlagen und bessere sanitäre Einrichtungen" noch nicht einmal voll in dem Wahlergebnis nieder.

Die Liste 2 vertritt die Forderungen der Belegschaft

Denn diesen Forderungen stimmten fast alle Kollegen zu. Die letzten Belegschaftsversammlungen haben gezeigt, daß diese Forderungen eine breite Basis in der Belegschaft haben. Der Erfolg der Liste 2 ist deshalb in erster Linie Ausdruck für den Kampfeswillen der Opel-Arbeiter und ein Zeichen, daß sie der Betriebsratsarbeit und der Arbeit der Vertrauensleute der Liste 2 stärker vertrauen als der Arbeit der Perschke-Clique.

Die Ausgangssituation für den selbständigen Kampf der Arbeiter hat sich durch diese Betriebsratswahl verbessert, aber nicht entschieden verändert. Noch immer halten Perschke und seine Mannen die Mehrheit im Betriebsrat und – was noch entscheidender ist – kontrollieren die Vertrauensleute und damit die Gewerkschaftspolitik im Betrieb. Dies kann nur gebrochen werden, wenn durch die Mobilisierung der Arbeiter diese ihre Vertrauensleute auf die Forderungen der Kollegen festlegen.

Nach: Ortsbeilage Bochum der KVZ 19/1975

Solidaritätsveranstaltung

Bremer Kollegen unterstützen den Kampf der Erwitter Kollegen

Bremen. Mehrere Betriebsräte und Vertrauensleute von Klöckner und Vulkan veranstalteten eine Solidaritätsveranstaltung mit den streikenden Erwitter Seibel-Kollegen.

Knapp 400 Teilnehmer waren erschienen, von ihnen viele Arbeiter aus den Bremer Großbetrieben. Stürmisch begrüßt wurden die Solidaritätserklärungen des Vulkan-Vertrauenskörpers und der Versammlung der Bremer IGM-Vertrauenskörperleitungen. Sie bezeichneten den Kampf der Erwitter Kollegen gegen die drohende Arbeitslosigkeit als berechtigt und beispielhaft.

Die Vulkan-Vertrauensleute übergaben zusätzlich 1 000 DM Spende. Weiter solidarisierten sich die Bremer Jusos sowie die Ortsgruppe des KBW in Grußadressen.

Nach dem lebendigen Bericht der Erwitter Kollegen entspann sich eine breite Debatte, in der alle Redner dem Streik ihre Unterstützung und Bewunderung für die Entschlossenheit und den Mut der Erwitter Arbeiter ausdrückten.

So wurde die Veranstaltung zu einer großen Manifestation der Arbeitersolidarität.

STREIK STIMME



MITTEILUNGEN DER **Belegschaft Seibel & Söhne**

Unser Spendenkonto:
Belegschaft der Firma Seibel & Söhne
Volksbank Erwitte, Konto-Nr.: 6499

Während ihres Streiks gibt die Belegschaft von Seibel/Erwitte diese Mitteilung heraus.
Die Zementarbeiter in Erwitte streiken jetzt in der 11. Woche. Sie haben nach einem Urteil, das die Entlassungen aufhob, die Besetzung aufgegeben, führen aber den Streik weiter. Der Kapitalist Seibel hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.
Der Gesamtbetrag der Solidaritätsspenden beläuft sich bis jetzt auf 150 000 DM.

Streiks

Duisburg. In der letzten Woche legten 250 Kollegen bei Thyssen Niederrhein während der Früh- und Mittagsschicht die Arbeit nieder.

Sie streikten gegen die geplante Stillegung des Werks in Duisburg. In der nächsten Zeit ist die Stillegung von zwei Feineisenstraßen geplant. 300 Arbeiter sind davon betroffen. In der Zeit vom 11. Mai bis 7. Juni müssen 300 Beschäftigte kurzarbeiten, statt 40 Stunden in der Woche 28 Stunden. Vom 12. bis 17. Mai wurde die Produktion völlig stillgelegt.

Keine Verlagerung, keine Stillegung

Mannheim. Bei Standard Elektrik Lorenz, SEL, streikten die 950 Beschäftigten am Freitag, den 16.5., gegen die geplante Stillegung des Mannheimer Werkes.

Zunächst sollen einzelne Abteilungen in andere SEL-Werke verlagert werden. Dieser Plan wurde dem Betriebsrat am Donnerstag auf einer Wirtschaftsausschuß-Sitzung mitgeteilt.

Der Betriebsrat ist der Ansicht, daß der Erhaltung der Arbeitsplätze "Vorrang vor den Gewinninteressen der SEL zukommt". Es sei nicht einzusehen, "daß mit Produktionsverlagerung und Kündigung die Erhaltung und Steigerung des Gewinns betrieben werden soll" (Mannheimer Morgen vom 17.5.).

Schon vorher war die Belegschaft im Werk Mannheim von 1 700 auf 950 verringert worden. In Mannheim werden vorwiegend Aufträge der Bundeswehr und der Post ausgeführt.

Die SEL-Kapitalisten planen, Werke zusammenzulegen, um ihren Profit noch weiter zu erhöhen.

1974 wurde die Belegschaft um 5,3 % auf 37 575 verringert und gleichzeitig der Umsatz um 11,5 % gesteigert. Die Dividende für das letzte Jahr betrug wieder 16 %, außerdem wurden dazu noch einmal 30 % auf jede Aktie den Kapitalisten in den Schoß geschüttet.

Fliesenleger streiken in Bayern gegen schlechteren Tarifvertrag

70 bis 80 Prozent der Arbeit der Fliesenleger besteht darin, die Wandplatten in den Mörtel einzusetzen. Nach dem alten Vertrag waren 2,65 Stunden pro Quadratmeter vorgesehen. Diese Zeit wollen die Kapitalisten jetzt auf 1,95 Stunden pro Quadratmeter verkürzen. Das entspricht einer Lohnkürzung zwischen 17 und 53 %.

Die Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden erklärte in München, daß seit Anfang dieser Woche weitere Kollegen in Regensburg, Rosenheim, Landshut und Kempten in den Streik treten.

Das Baureferat der Stadt München hatte, wie schon in KVZ Nr. 19 gemeldet, einige Fliesenleger als Streikbrecher angeheuert. Das Baureferat hatte behauptet, daß zwischen der Stadt und der Gewerkschaft eine Ausnahmeregelung für die termingerechte Fertigstellung des "Ratskellers" vereinbart worden sei. Die IG Bau, Steine, Erden bezeichnete das als bewußte Irreführung.

Betriebsversammlung bei den Essener Eisenwerken

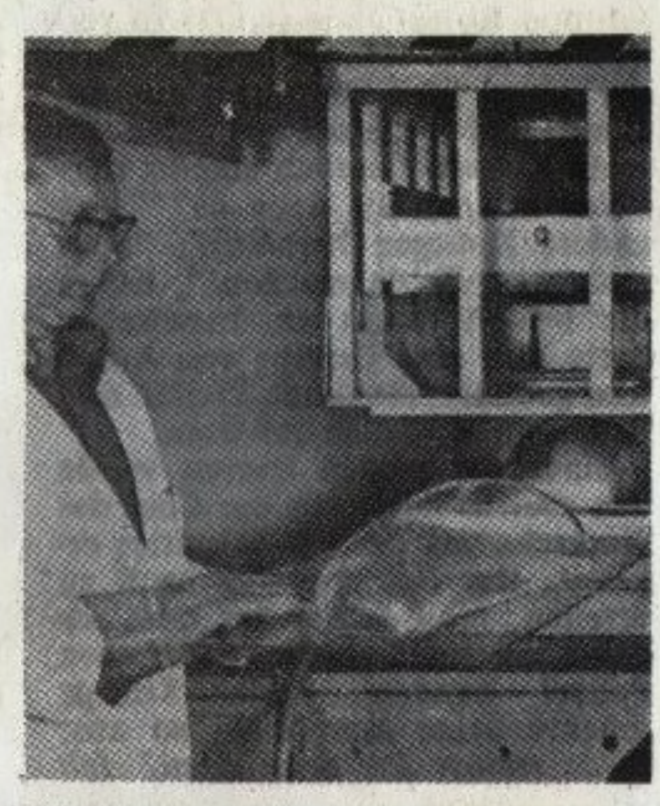
Essen. Am 16. Mai fand eine Betriebsversammlung der Eisenwerke statt. Die angedrohten 130 Entlassungen, gegen die Kollegen zehn Tage zuvor noch gestreikt hatten, sind zurückgenommen worden. Stattdessen sollen die 440 Arbeiter zwei Tage Kurzarbeit in der Woche machen.

Die Kollegen des zum Passavant-Konzerns gehörenden Werks zeigten auf, welchen Zweck die Entlassungen haben sollten. Das Essener Werk soll ganz geschlossen werden. Seit 1969 wird der Personalbestand ständig abgebaut. 1969 betrug die Beschäftigtenzahl 1 000, jetzt 440 Arbeiter. Die Produktion ist zum Teil in andere Werke des Konzerns verlagert worden. In der letzten Zeit ist bewußt nichts mehr investiert worden.

Die Geschäftsleitung von Röhm will die Belegschaft hinhalten

Sie muß auf der Betriebsversammlung zur Rede gestellt werden

Darmstadt. In der letzten KVZ berichteten wir über die schon durchgeführten und weiter geplanten Rationalisierungsmaßnahmen der Röhm-Geschäftsleitung.



Bei Röhm werden unter anderem Teile aus Plexiglas und anderen Kunststoffen hergestellt. Hier eine Lampenabdeckung, hergestellt in einer Presse, die mit Strahlern bestückt wurde.

Diese Maßnahmen waren: 1. Kurzarbeit, 2. Einstellungsstopp und dadurch Abbau der Belegschaft, 3. Abbau von sozialen Leistungen und sogenannten "freiwilligen Zulagen", 4. geplante Rationalisierungen durch Einführung von Maschinen, die Arbeitskräfte einsparen sollen in allen Bereichen der Firma.

Weiter hatte die Geschäftsleitung gegenüber dem Betriebsrat die Notwendigkeit von Entlassungen verlauten lassen.

Nachdem durch die Betriebszeitung des KBW die Entlassungspläne veröffentlicht wurden, ging die Sache folgendermaßen weiter:

Die Betriebsräte des Werks Worms der Firma Röhm (dort sind etwa 1 000 Kollegen beschäftigt) und die Betriebsräte des Darmstädter Betriebs wurden zu verschiedenen Zeitpunkten zur Geschäftsleitung zitiert – zu einem informativen Gespräch, an dem kein Vertreter der Gewerkschaft teilnehmen konnte.

Am Dienstag, dem 13.5. teilte die Geschäftsleitung dem Wormser Betriebsrat folgendes mit: Es sollen 45 Kollegen aus dem Bereich des Wormser Betriebs entlassen werden. Auf die Forderung nach einer Betriebsversammlung ging sie nicht ein – dies würde zuviel Unruhe im Betrieb schaffen.

Am Donnerstag wurde dem Darmstädter Betriebsrat mitgeteilt: Auch in Darmstadt und in dem in der Nähe gelegenen Werk Weiterstadt sollen 45 Kollegen entlassen werden. Kriterien für die Entlassungen sollen sein: der **Krankenstand** der Kollegen, die Betriebszugehörigkeit (unter den Entlassungen soll keiner dabei sein, der über 7 Jahre für die Firma Röhm arbeitet) und die "weniger Fleißigen". Zur Abfindung der Kollegen bot die Firma 1/2 Monatslohn pro Jahr der Betriebszugehörigkeit.

In dem Gespräch kündigte die Geschäftsleitung weiter die Möglichkeit der Ausdehnung der Kurzarbeit in den Angestelltenbereichen an.

Durch ein "Röhm informiert" wurde dann den Kollegen diese Entlassungen von seiten der Firma mitgeteilt und daß die Ausweitung der Kurzarbeit auf die Angestellten sehr wahrscheinlich unumgänglich sei.

In der letzten Woche hat die Röhm-Belegschaft viel gelernt.

Glaubten bisher noch viele, daß die Geschäftsleitung sich um das Wohl der Kollegen sorgt – so sind sie jetzt eines Besseren belehrt worden.

Dafür waren verschiedene Punkte ausschlaggebend:

1. Noch vor einem Monat tönte die Geschäftsleitung auf den Betriebsversammlungen: "Die Firma Röhm kann auch ein Jahr mit Verlust durchhalten." Einige Tage später tanzte sie beim Betriebsrat an und teilte mit, daß wieder Kurzarbeit eingeführt wird.

Zwei Wochen später teilte sie den Betriebsratsvorsitzenden der beiden Werke mit, daß die Belegschaft ausgedünnt werden soll. Die Belegschaft würde über all dies über die Betriebszeitung informiert.

Es wurde klar, daß die Geschäftsleitung ihre Pläne vor der Belegschaft nicht offenlegen will.

2. Auf die berechtigte Forderung der Kollegen aus dem Kurzarbeiterbereich nach Aufhebung der Kurzarbeit geht die Geschäftsleitung erst gar nicht ein, sondern sie überlegt, wie weitere Kurzarbeit in anderen Bereichen eingeführt werden kann.

Durch die Forderung der Kollegen kam aber zutage, daß Kurzarbeit nicht nur Lohnverlust bedeutet, sondern auch mehr Arbeit mit weniger Leuten und in weniger Zeit. Fast die gleichen Mengen werden in weniger Tagen in der Woche produziert.

3. Auch die Beteuerungen der Geschäftsleitung, daß die Entlassungen der zusammengenommen 90 Kollegen eine einmalige Angelegenheit seien, kann die Belegschaft nicht beruhigen. Sie hat schlechte Erfahrungen mit den Beteuerungen der Geschäftsleitung gemacht.

Vertrauensleuteversammlung

Zum Donnerstag, dem 15.5. hatte die Gewerkschaft zu einer Vertrauensleuteversammlung eingeladen, auf dieser sollte die Situation bei Röhm diskutiert werden.

Diese Versammlung wurde tagelang vorher im Betrieb vorbereitet.

Sehr viele Vertrauensleute diskutierten in den Abteilungen eine Resolution, die von einigen Kollegen vorgeschlagen worden war. In vielen Abteilungen konnte so eine Übereinstimmung über die Situation und welche Schritte notwendig sind, hergestellt werden.

Die in der gewerkschaftlichen Vertrauensleuteversammlung verabschiedete Resolution lautete:

"Wir sind nicht bereit, daß die Krise auf unserem Rücken ausgetragen wird, weil wir sie nicht verursacht haben.

Wir können es deshalb nicht zulassen, daß die Firma, die jahrelang hohe Gewinne gemacht hat, plant, Kollegen zu entlassen, wenn sie Gewinneinbußen hat. Deshalb treten wir dafür ein, daß die geplanten Entlassungen nicht hingenommen werden. Wir fordern den Betriebsrat auf, den Entlassungen nicht zuzustimmen.

Es muß eine Betriebsversammlung stattfinden, wo die Kollegen von der Geschäftsleitung über das Ausmaß der geplanten Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen informiert werden und wo festgehalten wird, was die Belegschaft unternimmt."

Weiter hielt die Vertrauensleuteversammlung fest, daß die Betriebsversammlung spätestens bis zum 28. Mai stattfinden muß. Gerüchteweise war nämlich zu hören, daß die Geschäftsleitung erst mal auf Reisen gehen will, wenn sie die Entlassungen hinter sich gebracht hat.

Jetzt muß die Betriebsversammlung vorbereitet werden.

–M.–

Ford

Arbeitshetze steigt weiter

Köln. Die Ford-Kapitalisten konnten in den ersten 3 Monaten des Jahres 1975 mit 54.753 verkauften Autos ihren Absatz um 60,8 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres steigern.

In der Endmontage im Werk Niehl z. B. machten die Kapitalisten zu Zeiten der Absatzflaute die Halle Y-Ost dicht. Dort wurden ca. 150 Autos zusammengebaut. Jetzt, wo der "Autofrühling" ausgebrochen ist, ist diese Halle immer noch nicht geöffnet. Vielmehr müssen die Kollegen in den sonstigen Teilen der Y-Halle diese Autos jetzt mitbauen. Zur Zeit sind das in 2 Schichten 1 250 Stück.

30 ÖTV-Ausschlußverfahren

Kreisvorsitzender und staatlicher Dienstherr in einer Front gegen ÖTV-Kollegen und KBW-Mitglieder

Heidelberg. Auf einer Feier des ÖTV-Kreisvorstandes zu Ehren langjähriger Gewerkschaftsmitglieder sind der ÖTV-Vorsitzende Stein und der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel – ebenfalls Mitglied der ÖTV und oberster Dienstherr der Stadtverwaltung – gemeinsam aufgetreten und haben 30 laufende Ausschlußverfahren aus der ÖTV bekanntgegeben und begrüßt.

"OB Zundel benutzte die Gelegenheit", schreibt die Heidelberger Tagespresse, "radikalen Kräften innerhalb der Gewerkschaft eine klare Absage zu erteilen."

Der Gewerkschaftsvorsitzende Stein und Arbeitgeber OB Zundel singen auf einer Gewerkschaftsversammlung öffentlich im Duett. Das ist neu. Bisher hat das Zusammenspiel von ÖTV-Vorstand Stein mit seinen Direktorfreunden im öffentlichen Dienst immer hinter den Kulissen stattgefunden.

Um 30 Ausschlußverfahren durchziehen zu können, dazu stellt sich der ÖTV-Vorsitzende Stein in eine Front mit dem Arbeitgeber Oberbürgermeister Zundel. Gemeinsam teilen sie der Presse mit: *"Die 30 Ausschlußverfahren richten sich gegen alle ÖTV-Mitglieder, die die Ziele des KBW durch den Verkauf der KBW-Zeitung oder entsprechende Äußerungen unterstützen."*

Die Hälfte der Verfahren richtet sich gegen Gewerkschaftsmitglieder der Ludolf-Krehl-Klinik (Universitätsklinik), die seit Monaten eine Mitgliederversammlung zur Wahl von Vertrauensleuten fordern, deren Einberufung Stein verweigerte. Mit der Wahl von Vertrauensleuten soll die gewerkschaftliche Arbeit an der Krehl-Klinik aufgebaut werden, um gemeinsam gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und die dort herrschenden schlechten Arbeitsbedingungen vorzugehen. Gerade letzte Woche mußte in der Neurologischen Klinik Heidelberg eine Abteilung aus Personalmangel geschlossen werden.

Über die Hälfte der ÖTV-Mitglieder an der Krehl-Klinik hat durch ihre Unterschrift diese Mitgliederversammlung gefordert. Nach der Kreissatzung der ÖTV ist die Kreisverwaltung verpflichtet, eine Mitgliederversammlung durchzuführen, wenn 25 % der Mitglieder es verlangen. Die Mitglieder beschlossen, dieses Recht einzuklagen; daraufhin hat Stein sofort eine Änderung der Kreissatzung vorgenommen: Eine Versammlung kann nur mit Zustimmung der Kreisverwaltung stattfinden, auch wenn 100 % der Mitglieder sie fordern.

Nach dieser Methode ist Stein schon früher vorgegangen, um gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben zu behindern. Von Mitgliedern der Kreisabteilung Wissenschaft und Forschung wurde in der Tarifrunde 1972/73 eine Festgeldforderung für alle in gleicher Höhe in die Delegiertenversammlung (das höchste Beschlußgremium der ÖTV auf Ortsebene) eingebracht und von den Delegierten verabschiedet. Diese Abteilung hat Stein aufgelöst.

Auch auf einer Kreismitgliederversammlung im März 1973 konnten die Kollegen aus der Abteilung Wissenschaft und Forschung und den Kliniken in Anwesenheit des ÖTV-Vorsitzenden Heinz Kluncker große Mehrheiten für ihre Forderungen gewinnen: Mit 300 gegen 10 Stimmen wurde die Forderung nach Abschaffung eines besonderen Dienstrechtes für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgestellt, weil dies weder den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst noch dem gemeinsamen Kampf aller Lohnabhängigen für ihre gleichen Interessen nützt.

Die Versammelten forderten die Gewerkschaftsführung auf, sich für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in Ausbildung und Betrieb einzusetzen. Sie kritisierten den unzureichenden Lohnabschluß und forderten 100 DM pro Monat mehr für alle. 400 Unterschriften aus den Betrieben mit der Forderung nach vorgezogenen Tarifverhandlungen waren zuvor Kluncker überreicht worden. Seither hat es keine Kreismitgliederversammlung mehr gegeben.

Weil die Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit von Stein mit den Dienstherren weit verbreitet ist, versucht er mit allen Mitteln diejenigen, die den Kampf für ihre Interessen aufgenommen haben, zu isolieren. Doch während er es sich bei der Auflösung der Kreisabteilung Wissenschaft und Forschung noch leisten konnte, diese als "unbedeutenden" Bereich abzutun und gegen die "Akademiker" zu hetzen, muß er jetzt gegenüber dem "Heidelberger Tageblatt" feststellen, daß sich die Ausschlußverfahren über *"recht unterschiedliche Bereiche des öffentlichen Dienstes"* verteilen und *"gegen Akademiker und einfache Leute"* gerichtet sind.

Weg mit den Gewerkschaftsausschlüssen

Die Front der Auseinandersetzung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit dem Staat verschärft sich. Die ständige Verschlechterung ihrer Lage zwingt die Lohnabhängigen, dagegen den Kampf aufzunehmen. Dabei stehen ihnen die SPD-Gewerkschaftsführer im Wege, die wie Stein mit den Kapitalisten und den Vertretern des kapitalistischen Staates zusammenarbeiten. In diesen Auseinandersetzungen sind die Kommunisten als konsequente Vertreter der Interessen der Lohnabhängigen und als Organisatoren vieler Kämpfe den Kollegen an den Betrieben bekannt.
Die Gewerkschaftsführung will ihren Einfluß erhalten. Sie behindert den selbständigen Kampf der Mitglieder und mit Hilfe der Unvereinbarkeitsbeschlüsse versucht sie, alle, die den Kurs der Klassenversöhnung nicht mitmachen, aus der Gewerkschaft rauszusäubern.

Dagegen fordern die Kollegen der Krehl-Klinik und andere Gewerkschaftsgruppen, wo Mitglieder von Ausschlüssen betroffen sind:
Zurücknahme der Ausschlüsse

So hat die Gewerkschaftsgruppe am Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg, beschlossen, weiterhin mit dem ausgeschlossenen Genossen Dohm, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und Kandidat des KBW in der Gemeinderatswahl, die gemeinsame Gewerkschaftsarbeit am Betrieb voranzubringen.

–R.–

derversammlung zur Wahl von Vertrauensleuten fordern, deren Einberufung Stein verweigerte. Mit der Wahl von Vertrauensleuten soll die gewerkschaftliche Arbeit an der Krehl-Klinik aufgebaut werden, um gemeinsam gegen die Rationalisierungsmaßnahmen und die dort herrschenden schlechten Arbeitsbedingungen vorzugehen. Gerade letzte Woche mußte in der Neurologischen Klinik Heidelberg eine Abteilung aus

Betätigung in Ausbildung und Betrieb einzusetzen. Sie kritisierten den unzureichenden Lohnabschluß und forderten 100 DM pro Monat mehr für alle. 400 Unterschriften aus den Betrieben mit der Forderung nach vorgezogenen Tarifverhandlungen waren zuvor Kluncker überreicht worden. Seither hat es keine Kreismitgliederversammlung mehr gegeben.
Weil die Unzufriedenheit über die Zusammenarbeit von Stein mit den

Ausschlüssen betroffen sind:
Zurücknahme der Ausschlüsse
So hat die Gewerkschaftsgruppe am Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg, beschlossen, weiterhin mit dem ausgeschlossenen Genossen Dohm, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender und Kandidat des KBW in der Gemeinderatswahl, die gemeinsame Gewerkschaftsarbeit am Betrieb voranzubringen.
–R.–

Kollegen gegen Stelleneinsparung an der Universität

Der Erlaß zur Einsparung von Stellen im öffentlichen Dienst wurde von der Regierung Baden-Württembergs zurückgenommen. Das Ziel des Erlasses, Stellen zu sparen und den Kollegen mehr Arbeit aufzuladen, wird aber weiter befolgt.

Heidelberg. Im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen im öffentlichen Dienst hat die Landesregierung von Baden-Württemberg im Dezember letzten Jahres beschlossen, alle frei werdenden Stellen 6 Monate nicht zu besetzen und dann zu prüfen, ob die Stellen nicht gestrichen werden könnten. Inzwischen hat die Landesregierung bekanntgegeben, daß schon jetzt 1 000 Stellen in Baden-Württemberg nicht besetzt sind.

Gegen diesen Erlaß hatte die Personalversammlung der Universität Heidelberg am 26.2. ohne Gegenstimme in einer Resolution die Zurücknahme des Erlasses gefordert (KVZ 9/75).

Die Universitätsversammlung hat jetzt öffentlich erklärt, der Erlaß zur Einsparung von Stellen sei zurückgenommen. Tatsächlich aber wurde vom Kultusministerium festgelegt, daß bei dem nichtwissenschaftlichen Personal an der Universität Heidelberg 72 Stellen ständig frei bleiben müssen; bei den wissenschaftlichen Angestellten sollen in ganz Baden-Württemberg 550 Stellen nicht besetzt werden.

Man sieht, daß das Ziel des Erlasses, Stellen zu sparen, keineswegs zurückgenommen wurde.

Die Universitätsverwaltung hat den Weg eingeschlagen, da zu kürzen, wo sie am wenigsten Widerstand erwartet: Die Gelder für wissenschaftliche Hilfskräfte und Tutoren wurden um 20 %, die Gelder für Lehrbeauftragte um 40 % gekürzt.

Wegen der Zeitverträge hat dieser Teil des Personals, der etwa ein Viertel des gesamten Personals ausmacht, keinen Kündigungsschutz und seine Personalvertretungsrechte sind stark eingeschränkt. Die Folgen der Gelderkürzung sind für die wissenschaftlichen Hilfskräfte vorzeitige Entlassung und Einstellung von weniger Personal.

Da sie teils zu Verwaltungsaufgaben, teils zur Ausbildung von Studenten eingesetzt werden, bedeutet dies im ersten Fall, daß die übriggebliebenen Kollegen in der Verwaltung mehr arbeiten müssen, im zweiten Fall, daß ein Teil des Unterrichts ausfällt.

Bei den Lehrbeauftragten wurden ebenfalls schon Kündigungen mitten im Semester ausgesprochen, wodurch laufende Lehrveranstaltungen abgebrochen werden müssen.

Der Widerstand regt sich

An zahlreichen Instituten der Universität finden derzeit Versammlungen unter den wissenschaftlichen Hilfskräften, Tutoren und Lehrbeauftragten statt. An einem Institut haben die wissenschaftlichen Hilfskräfte die Universitätsversammlung ultimativ zur Zurücknahme der Kürzung aufgefordert und einen Streik angekündigt. In allen danach stattfindenden Versammlungen wurde ebenfalls über die Durchführung eines zentralen Streiks diskutiert.

Eine Versammlung forderte, daß der Personalrat eine Teilpersonalversammlung für die Angestellten mit Zeitverträgen einberufen soll.

–Zelle Universität/ Studentenhilfe, Heidelberg–

Werkschutz geht vor

Salzgitter. Am Freitag vergangener Woche erzählte mir ein Kollege kurz vor Beginn der Spätschicht bei VW-Salzgitter in der Waschkaue ziemlich empört einen Vorfall, den er gerade miterlebt hatte, als er ins Werk gegangen ist:
An diesem Mittag standen zwei

bin ja in keiner Partei. Aber das können die vom Werkschutz doch gar nicht machen. Der Parkplatz ist doch öffentliches Gelände der Stadt Salzgitter. Da kann doch jeder stehen und seine Zeitung verkaufen. Das ist doch keine Demokratie mehr."

Werkschutz geht vor

Salzgitter. Am Freitag vergangener Woche erzählte mir ein Kollege kurz vor Beginn der Spätschicht bei VW-Salzgitter in der Waschkaue ziemlich empört einen Vorfall, den er gerade miterlebt hatte, als er ins Werk gegangen ist:

An diesem Mittag standen zwei Braunschweiger KSV-Studentinnen vor dem Werk, um die Zeitung der Gruppe Rote Fahne (KPD) zu verkaufen. Zwei Männer in Zivil rissen der einen ihre Zeitungen aus der Hand und zerrissen sie. Erst als mein Kollege ziemlich empört rief: "Was machen Sie denn da?" und andere Kollegen herbeirief: "Seht mal, was die da machen!", ließen die beiden davon ab. Inzwischen hatte sich eine Gruppe von Arbeitern gebildet, die durch Pfeifen und Rufen ihr Mißfallen äußerten.

Einer der beiden Herren wurde von den Kollegen als der Chef des Werkschutzes bei VW-Salzgitter erkannt. Der Beschreibung nach zu urteilen, muß es sich bei dem anderen um einen von der politischen Polizei handeln. Mein Kollege drückte seine Empörung so aus: *"Was meinst Du denn dazu? Ich bin ja in keiner Partei. Aber das können die vom Werkschutz doch gar nicht machen. Der Parkplatz ist doch öffentliches Gelände der Stadt Salzgitter. Da kann doch jeder stehen und seine Zeitung verkaufen. Das ist doch keine Demokratie mehr."*

Dieses Vorgehen des Werkschutzes ist kein Einzelfall. In der Zeit vor und während des Streiks bei VW-Salzgitter bekamen Mitglieder und Sympathisanten des KBW in Salzgitter Drohanrufe.

In diesen Drohanrufen wurden wir aufgefordert, uns bei VW zurückzuziehen. Angerufen wurden auch die, die nicht bei VW arbeiten, woraus die enge Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz deutlich wird.

Diese Drohanrufe hörten schlagartig nach der Betriebsversammlung bei VW-Salzgitter zwei Tage vor dem 1. Mai auf.

Mit allen Mitteln wollen also die Kapitalisten und ihre staatlichen Handlanger im Betrieb Ruhe herstellen.

KBW Sympathisantengruppe Salzgitter

ERST AUSGEQUETSCHT
WIE DIE ZITRONEN –
WILL UNS VW JETZT SO
BELOHNEN
??

VW-Kollegen auf der Kundgebung in Salzgitter am 12.4. 1975

Rationalisierungen bei der Post

Der Hauptvorstand der Postgewerkschaft begrüßt Mehrarbeit der Kollegen

Vom 22. bis 25. April zog sich der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) zu einer viertägigen Klausurtagung in das DPG-Erholungsgebiet Branneburg/Inn zurück.

Sie tauchten mit einer Erklärung zur Situation der Bundespost wieder auf: "die Tatsache, daß die Deutsche Bundespost im Jahre 1974 insgesamt eine Verkehrssteigerungsrate von nahezu 2 % bei 20 000 eingesparten Arbeitsplätzen bewältigte, und die Ankündigung von Bundespostminister Gescheidle, daß die Post anstatt des für 1975 erwarteten Defizits von 300 Millionen DM möglicherweise in die Gewinnzone kommt, muß im Zusammenhang gesehen werden und zu folgendem Schluß führen:

Die Beschäftigten bei der Deutschen Bundespost haben die Arbeit aus 20 000 Arbeitsplätzen mit erledigt und zusätzlich eine um 2 % höhere Leistung erbracht.

Die Deutsche Bundespost und ihre Mitarbeiter haben erneut den Beweis erbracht, daß der öffentliche Dienst zu der vom Bürger erwarteten Leistungsfähigkeit in der Lage ist.

Außerdem ist damit jenen die passende Antwort erteilt worden, die sich ausschließlich negativ und unsachlich über den öffentlichen Dienst im allgemeinen und die Deutsche Bundespost im besonderen äußern." (Aus: Deutsche Post Nr. 9/1975)

Der Hauptvorstand sagt also unumwunden, daß die Postler einen riesigen Haufen Mehrarbeit erledigen. Dann wird die Mehrarbeit mit weniger Arbeitsplätzen als Erfolg gefeiert.

Zu verdanken haben die Beschäftigten die Mehrarbeit zum einen der Einführung der 40-Stunden-Woche, ohne daß auch nur ein Mann neu eingestellt wurde.

Zum einen gibt es in einigen Bereichen eine sogenannte Veränderungssperre. Das heißt, daß in diesen Bereichen keine neuen Kollegen hereinkönnen, nicht mal dann, wenn z. B. ein Kollege pensioniert wird.

Der dritte Grund ist, daß im Moment alle möglichen Rationalisierungsvorhaben durchgeführt werden.

Arbeitsplätze werden wegrationalisiert, ohne daß sich die anfallende Arbeit verringert. Keine neuen Arbeitsmittel erleichtern die Arbeit. Das einzige, was sich verändert hat, sind die Vorgabezeiten, die sich irgendein hochbezahlter Kopf am grünen Tisch ausgedacht hat.

Schluß mit den Rationalisierungen! Gegen die Verschärfung der Arbeitshetze!

–h., Ortsaufbaugruppe Wilhelmshaven–

Fernmeldehandwerker als Briefträger eingesetzt

Konstanz. Am 14. Mai 1975 ist den Fernmeldelehrlingen des 3. Lehrjahres von der Deutschen Bundespost mitgeteilt worden, daß sie nach bestandener Prüfung als Fernmeldehandwerker erst einmal ein halbes Jahr im Postdienst arbeiten müssen, dort werden Arbeitskräfte gebraucht, im Fernmeldedienst nicht.

Im Postdienst werden die jungen Kollegen als Briefträger, als Sortierer usw. eingesetzt. Die dreijährige Ausbildung, die sie bekommen haben, wird also für ein halbes Jahr für die Katz sein und was danach kommt, das ist auch noch nicht abzusehen.

Wie konnte es dazu kommen?

Zwischen der Postverwaltung und der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) fanden Verhandlungen statt über die Weiterbeschäftigung der Fernmeldelehrlinge: Raus kam bei den Verhandlungen, daß den Fernmeldehandwerkern nicht gekündigt werden darf. Der Haken an der ganzen Sache liegt aber darin, daß die ausgelernten Fernmeldehandwerker einen Zusatzvertrag bei Beginn ihres Arbeitsverhältnisses unterschreiben müssen, der folgendes besagt:

Der Fernmeldehandwerker kann auch im Postdienst eingesetzt werden für eine bestimmte Zeit und sein Einsatzort kann in der ganzen BRD liegen.

Der Einsatz der Konstanzer Fernmeldehandwerker liegt also voll auf der Linie dieses Vertrages.

Dieser Vertrag wirkt sich auf die Kollegen im Postdienst zudem noch als Mittel der Spaltung aus. Die Fernmeldehandwerker werden entsprechend dem Tarif bezahlt, den sie erhalten würden, wenn sie als Fernmeldehandwerker eingesetzt wären. Die Arbeiter im Postdienst verdienen jedoch weniger und so werden bei gleicher Arbeit verschiedene Löhne bezahlt.

Der Höhepunkt der Maßnahmen der Postverwaltung besteht darin, daß die Abschlußprüfungen der Lehrlinge des 3. Lehrjahres um 3 Monate vorgezogen werden soll, weil die Fernmeldehandwerker im Postdienst schon zu dieser Zeit gebraucht werden.

Die Fernmeldelehrlinge geben sich mit dieser Situation nicht ab!

Auf der 1. Mai-Kundgebung und Demonstration des DGB in Konstanz haben jugendliche Gewerkschaftler von der Konstanzer Ausbildungsstelle mit Forderungen auf Transparenten protestiert. Es wurden Forderungen mitgetragen wie: "Keine Schließung der Ausbildungsstelle" und "Weiterführung der Ausbildungsstelle mit voller Kapazität".

–d./KBW-Sympathisantengruppe Konstanz–

Wie mit ausländischen Arbeitern umgesprungen wird

Rausschmiß durchs Arbeitsamt

Eine unkonventionelle Methode wendet derzeit die Bundesanstalt für Arbeit an, um langfristig wieder für Vollbeschäftigung zu sorgen: Sie fördert Arbeitslosigkeit. So bot etwa das Arbeitsamt Bad Kreuznach manchen Unternehmen an, die Arbeitserlaubnis von Gastarbeitern dann nicht zu verlängern, wenn dadurch deutsche Arbeitnehmer eingestellt werden können. Die amtliche Offerte bietet den Unternehmen einen gewichtigen Vorteil. Sie erübrigt die Zustimmung des Betriebsrates, der sonst Entlassungen blokkieren kann. Für die Ämter selbst ist der Trick riskant. Das Michelin Reifenwerk in Bad Kreuznach etwa hat zwar von dem Recht auf Rausschmiß kurzernand Gebrauch gemacht, sich aber bislang noch nicht um deutsche Arbeiter bemüht.

Die obenstehende Notiz war im "Spiegel" vom 7. April zu lesen. Der Plauderton, mit dem hier über die sauberen Praktiken der Arbeitsämter – Hand in Hand mit den Kapitalisten – berichtet wird, soll verbergen, daß mit Teilen der Arbeiterklasse umgesprungen wird wie mit Vieh.

Die betroffenen ausländischen Kollegen haben fast immer eine große Familie zu ernähren, ob sie sich nun hier in der Bundesrepublik oder in ihrem Heimatland befindet. Wenn sie in der geschilderten Weise unter Umgehung aller Kündigungsschutzbestimmungen auf die Straße gesetzt werden, befinden sie sich im allgemeinen in einer noch viel übleren Lage als ihre deutschen arbeitslosen Kollegen.

In ihrem Heimatland können sie meist kurzfristig keine Arbeit bekommen. In der Bundesrepublik haben sie zwar genauso wie ihre deutschen Kollegen ihre Versicherungsbeiträge gezahlt und somit Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Bis zur Auszahlung des ersten Arbeitslosengeldes vergeht aber eine lange Zeit – in Bremen etwa zwei Monate. Würden die ausländischen Arbeiter wie ihre deutschen Kollegen für diese Übergangszeit Sozialhilfe in Anspruch nehmen (die nachher auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird), so wäre das nach § 10 Ausländergesetz ein Ausweisungsgrund. Die Sozialämter sind dementsprechend angewiesen, solche Fälle sofort den Ausländerbehörden zu melden.

Die betroffenen Ausländer sind daher in derartigen Situationen fast immer auf die solidarische Unterstützung ihrer Landsleute angewiesen, die noch Arbeit haben.

In jedem Falle droht ihnen bei längerer Arbeitslosigkeit die Ausweisung, und genau das soll mit der Entziehung der Arbeitserlaubnis erreicht werden.

Falls der ausländische Kollege auf eigene Faust (eine ernsthafte Vermittlung durch das Arbeitsamt findet nicht statt) eine neue Arbeitsstelle findet, die er antreten könnte, wird ihm eine Arbeitserlaubnis vom Arbeitsamt im allgemeinen wieder mit der Begründung verweigert, daß diese Arbeit auch von deutschen Arbeitern übernommen werden könne.

Wenn die angebotene Arbeit so übel ist, daß dafür deutsche Arbeiter auch in der jetzigen Krise nicht zu bekommen sind, so hat das Arbeitsamt zwei Möglichkeiten:

Entweder es macht von § 6 der Arbeitserlaubnisverordnung Gebrauch, wonach eine Arbeitserlaubnis zu versagen ist, *"wenn die Arbeitsbedingungen ungünstiger sind als die vergleichbarer deutscher Arbeitnehmer"*.

Oder es erteilt eine Arbeitserlaubnis nur für diesen bestimmten Betrieb. Im zweiten Fall ist dann der ausländische Arbeiter auf Gedeih und Verderb an "seinen" Kapitalisten gebunden. Kündigt er oder riskiert er eine Kündigung durch den Kapitalisten, so erlischt automatisch die Arbeitserlaubnis, und er kann ausgewiesen werden.



Wie hier in Hildesheim haben sich viele ausländische Arbeiter an den 1. Mai- Demonstrationen beteiligt

Ein Beispiel für viele

Mit welcher fast unglaublichen Dreistigkeit solche Situationen, in die der ausländische Kollege vom Staat hineinmanövriert wird, von Kapitalisten ausgenutzt wird, zeigen einige Zitate aus dem Brief eines Hamburger Wurstfabrikanten an einen in seiner Schweinemästerei beschäftigten Jugoslawen, dessen Arbeitserlaubnis nur für diesen Betrieb galt:

"*Lieber S.!* (Das Duzverhältnis ist selbstverständlich nur einseitig)

Ein deutsches Sprichwort sagt: 'Wenn es dem Esel zu wohl wird, geht er aufs Eis tanzen.' Das scheint in der Mästerei der Fall zu sein. (. . .)

Daß Eure Arbeit hart ist, weiß ich. Ich setze jeden Monat in der Mästerei 5 000 DM zu, darin sind nicht einmal die Kosten für Reparatur und Neuanschaffungen enthalten. (. . .)

Wenn ich dann noch sehe, daß Ihr unzufrieden seid, unlustig und Eure Forderungen immer höher steigen, dann werde ich wohl gezwungen sein, die Mästerei zu schließen. Ihr wäret dann ohne Arbeit, Geld und Unterkunft. (. .)

Wenn jemand einen harten Job hat, dann meine Familie und ich. (. . .)

Ihr müßt es doch hoch anerkennen und vor mir den Hut ziehen, daß ich ohne Rücksicht auf meine Gesundheit die Mästerei noch erhalte. Das sollte für Euch ein Ansporn sein. (. . .)

Wenn Ihr wieder unzufrieden seid, dann nehmt diesen Brief und lest ihn immer wieder durch. Ich glaube, dann müßt Ihr zufrieden sein.

Mit bestem Gruß"

Für die schwere Arbeit in der Mästerei bekam der jugoslawische Kollege monatlich 600 DM. Seine Frau, die für sämtliche dort Beschäftigten kochte und reinemachte und der dafür monatlich 500 DM zugesagt waren, bekam während der ganzen Beschäftigungszeit keinen Pfennig zu sehen. Sie mußte das Gehalt, nachdem sie ausgewiesen worden war, über einen deutschen Rechtsanwalt einklagen lassen. Der Mann hat den Brief nicht immer wieder durchgelesen, sondern sich um eine andere Stelle bemüht. Daraufhin erhält er von der zuständigen Ausländerbehörde ebenfalls eine Ausweisungsverfügung.

Von dieser rechtlosen Stellung und der durch diese geprägten Behandlung der ausländischen Arbeiter kann nicht die Hetzpropaganda getrennt werden, die die Bourgeoisie gerade jetzt gegen die Ausländer betreibt.

Diese dient dazu, die Spaltung zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden noch durch die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern zu erweitern. Die Bourgeoisie verfolgt damit zweierlei:

Einmal versucht sie die Ursache der Arbeitslosigkeit zu verschleiern, indem sie von deren Ursprung – nämlich der Krise der **kapitalistischen** Wirtschaft ablenkt und die ausländischen Arbeiter zu Sündenböcken der Arbeitslosigkeit erklärt, die den deutschen Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen.

Zweitens versucht sie mit diesen Maßnahmen die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verschärfen.

Die Arbeiterklasse muß solchen Spaltungsversuchen entgegentreten und unter der Forderung "Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter!" den Zusammenschluß mit den ausländischen Kollegen vorantreiben, um einheitlich als Angehörige einer Klasse mit einem gemeinsamen Ziel den Kampf gegen die westdeutsche Bourgeoisie führen zu können.

N., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Bremen

Fortschrittliche Beschlüsse auf Tagung der " Arbeiterwohlfahrt "

Mit Flickschusterei nicht zufrieden

Siegen. Auf einer Fachtagung der "Arbeiterwohlfahrt", die vom 8. bis 11.5. in Siegen stattfand und an der ca.300 Sozialarbeiter teilnahmen, wurden mehrere fortschrittliche Resolutionen verabschiedet. Darin unterstützen die Teilnehmer Forderungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und zum Schutz vor den Folgen der Arbeitslosigkeit.

Von den Ausrichtern war die Tagung, die unter dem Motto stand: "Sozialarbeit im Spannungsfeld zwischen Humanität und Ökonomie" offensichtlich darauf angelegt worden, die Sozialarbeiter auf die sozialdemokratische Regierungspolitik einzuschwören und diese Politik als die einzig mögliche hinzustellen. Das Eröffnungsreferat des Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD, Ehrenberg, pries jedenfalls die Leistungen der Regierung – "der Himmel über der Ruhr wird immer blauer" – und mühte sich, die Krise als vorübergehende Erscheinung aus dem Blick zu rücken.

"Hunger und Elend" seien den Arbeitslosen ja heute fremd und die Tätigkeit der Sozialarbeiter liege ja auch "immer weniger in der Behandlung materieller Notstände". Als zweiter sprach Brandt viel vom "Reformgeist der Sozialarbeiter", vergaß aber nicht darauf hinzuweisen, daß Reformen auch bezahlt werden müßten.

Obwohl die Mehrzahl der Anwesenden sicher Sozialdemokraten waren, ging es doch in den meisten Arbeitsgruppen, die dann gebildet wurden, ganz anders als vorgesehen zu. Von Not und Elend wissen die meisten Sozialarbeiter aus ihrer täglichen Praxis zu viel, ganz besonders, was die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit angeht, um mit Ehrenberg übereinzustimmen. So sehr sich die eingeschworenen Sozialdemokraten unter den Referenten auch mühten, kamen doch die wirklichen Verhältnisse zur Sprache und es konnten mehrere Resolutionen in den Arbeitsgruppen verabschiedet werden, die konsequente Forderungen stellten.

Mehrheitlich wurden im abschließenden Plenum u.a. die folgenden Forderungen beschlossen: **Aufnahme aller arbeitslosen Schulabgänger in die Gewerkschaft! Arbeitslose Schulabgänger sollen ein Arbeitslosengeld entsprechend der Ausbildungsvergütung erhalten, wobei diese – für alle einheitlich – die Möglichkeit zu einer selbständigen Existenz bieten muß! Es müssen genügend Ausbildungsplätze geschaffen werden!**

Eine knappe Mehrheit fand auch die Forderung, **die Kosten für Ausbildung, Fortbildung und Umschulung** nicht länger aus dem Fonds der Arbeitslosenversicherung zu zahlen, sondern **durch eine Arbeitgeberumlage zu tragen.** In einer Arbeitsgruppe zur Lage der Jugend wurden außerdem die Forderungen nach einer **polytechnischen Einheitsschule** und als Schritt dahin die **Übernahme arbeitsloser Jugendlicher in Facharbeiterklassen** aufgestellt sowie die Forderung nach **80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.** Im Plenum wurde diese Forderung allerdings nicht angenommen.

Gegen die Forderung wurde eingewandt, sie werde nur zu einer Erhöhung der Beiträge führen und deshalb könne man sie nicht erheben, bevor nicht die Finanzierung anders laufe. Es war nicht gelungen, den Zusammenhang mit der Forderung nach Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten klar herauszuarbeiten.

Insgesamt hat sich auf der Tagung gezeigt, daß sich auch unter den Sozialarbeitern die Einsicht ausbreitet, daß mit wohlgemeinter Flickschusterei gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht anzukommen ist. Viele sind deshalb zunehmend bereit, Forderungen zu unterstützen, unter denen sich die Ausgebeuteten gegen ihre Ausbeuter zusammenschließen und zur Wehr setzen können.

–D./Red.–

Anmerkung: Die "Arbeiterwohlfahrt" ist eine in der Weimarer Republik gegründete sozialdemokratische organisation.

Auf ein Kind wird keine Rücksicht genommen

Interview mit einer alleinstehenden Mutter, geschieden. Die Tochter ist fünf Jahre alt. Die Mutter arbeitet als Aushilfskraft an einem Essener Krankenhaus, um das nötige Geld für sich und die Tochter zu verdienen.

Wo und wie ist dein Kind versorgt, wenn du arbeitest?

An dem Krankenhaus, wo ich arbeite, gibt es einen Betriebskindergarten. 40 Kinder und Säuglinge sind dort in vier Kellerräumen untergebracht. Tageslicht kommt nur aus vergitterten Luftschächten in die Räume.

Völlig unsinnig ist, daß der Kindergarten zur selben Minute aufmacht, wie die Arbeitszeit bei mir beginnt. Entweder man bekommt Ärger mit Kollegen und Vorgesetzten oder man schickt das Kind alleine los. Wenn ich Nachtschicht hätte, kann ich vormittags das Kind nicht in den Kindergarten bringen, um mich auszuschlafen.

Für die 40 Kinder steht keine ausgebildete Kindergärtnerin zur Verfügung, nur vier Hilfskräfte und eine Kinderpflegerin. Das Essen zum Frühstück, Abendessen und für den Nachmittag müssen die Kinder selbst mitbringen. Nur das Mittagessen ist frei. Dann bekommen sie meist die Magenschonkost, die auch die Patienten im Krankenhaus erhalten. Und dafür muß ich 118 Mark im Monat zahlen. Das Geld wird gleich vom Lohn miteinbehalten.

Auch wenn meine Tochter krank ist, muß ich den vollen Betrag zahlen, obwohl sie gar nicht im Kindergarten ist. Ein Krankenzimmer gibt es dort nicht.

Sind denn genügend Plätze für alle Bewerber vorhanden?

Trotz der Zustände im Kindergarten muß man froh sein, einen Platz zu bekommen. Bei meiner ersten Arbeitsstelle mußte ich ein Jahr warten, bis ein Platz im Kindergarten frei wurde ehe ich anfangen konnte zu arbeiten. Diejenigen, die größere Kinder haben, sind gänzlich aufgeschmissen, weil es an dem Krankenhaus keinen Hort für Kinder über 6 Jahren gibt.

Welche Schwierigkeiten sind dir daraus erwachsen, daß du geschieden bist und das Kind hast?

Als mein Mann mich verließ, war ich mitten in der Ausbildung als Krankenschwester. Ich bin hin zum Sozialamt, weil man mit der Ausbildungsvergütung nicht – schon gar nicht mit Kind – auskommt. Beim Sozialamt hat man mich ungeheuer moralisch unter Druck gesetzt. Sie wollten, daß ich zu meinem Mann zurückkehre, um das Geld nicht für mich zahlen zu müssen. Dann hat eine Sozialarbeiterin einen Hausbesuch bei mir gemacht, um meinen Antrag zu überprüfen. Nur wenn sie zustimmt, wird mein Antrag behandelt. Schließlich habe ich 170 Mark bekommen.

Während meiner Ausbildung als Krankenschwester wurde mir gekündigt. Weil ich nun arbeitslos war, fiel ich vom Zuständigkeitsbereich des Sozialamtes in den des Arbeitsamtes. Die Sozialhilfe wurde sofort eingestellt. Ich bekam nur noch 80 DM Arbeitslosengeld, weil ich ja während der Ausbildung nicht viel verdient hatte. Von 360 DM im Monat kann man aber nicht leben. Ich mußte nun schneller als das Arbeitsamt eine neue Stelle finden. Denn, vermittelt das Arbeitsamt eine Stelle, muß man sie nehmen, ob sie einem paßt oder nicht. Und das Arbeitsamt ist nicht verpflichtet zu berücksichtigen, daß man ein Kind hat, das untergebracht werden muß. Ich möchte eigentlich meine Ausbildung als Krankenschwester wieder aufnehmen. Aber es ist nicht sicher, ob mir das Arbeitsamt einen solchen Zuschuß zahlt, daß ich nur geringe finanzielle Einbußen hätte.

Welche Veränderungen müßten deiner Meinung nach durchgesetzt werden?

Ich finde die Forderung richtig, die der KBW dazu aufgestellt hat. Es muß per Gesetz durchgesetzt werden, daß an allen Arbeitsstätten unentgeltliche Kinderkrippen und Kindergärten eingerichtet werden und daß das alles vom Betriebsrat kontrolliert wird. Wenn ein Kind krank ist, muß ein Elternteil für die ganze Zeit der Krankheit freigestellt werden und nicht nur – wie jetzt – für fünf Tage im Jahr. Und während der Arbeitszeit muß die Möglichkeit bestehen, sich um das Kind zu kümmern.

Außerdem muß unbedingt die Arbeitszeit verkürzt werden.

(aus Ortsbeilage Essen, gekürzt)

Was hat ein Arbeiter in der DDR zu sagen?

"Informieren Sie sich über die DDR aus erster Hand" stand auf den Plakaten, mit denen die DKP in Wetzlar zum Besuch einer Veranstaltung aufforderte. Etwa 25 Leute waren gekommen, darunter auch Mitglieder der Ortsaufbaugruppe des KBW. Zwei Referenten aus der DDR, die sich zur Zeit auf einer Rundreise durch die BRD befinden, sollten zum Thema sprechen: "Was hat ein Arbeiter in der DDR zu sagen?"

Es sprachen dann allerdings keine Arbeiter aus der DDR, sondern ein Schulrat und ein ehemaliger Arbeiter, der mittlerweile zum Obermeister befördert wurde und Mitglied der Volkskammer ist. Aus ihrer Sicht war alles eitel Sonnenschein, der Aufbau des Sozialismus schreitet voran, zu den Verhältnissen hier bestünden himmelweite Unterschiede usw.. Doch in der nachfolgenden Diskussion wurden daran erhebliche Zweifel laut.

Fließbandarbeit im Sozialismus?

Eine Frage lautete, warum in der DDR die Fließbandarbeit nicht abgeschafft worden sei. Im Kapitalismus sind Band- und Akkordarbeit ein Mittel, um aus dem Arbeiter das letzte herauszuholen. Gerade das Fließband macht deutlich, daß die Arbeiter nicht die Herren der Produktion sind, sondern ihr völlig unterworfen werden, 8 Stunden am Tag gegen die Zeit ankämpfen zu müssen und trotzdem nicht mitkommen, wenn die Bandgeschwindigkeit erhöht wird.

Im Sozialismus müssen die Arbeiter die Produktion beherrschen und nicht umgekehrt. In einem chinesischen Betrieb haben die Arbeiter zum Beispiel aus dem Fließband ein Beförderungsband gemacht, das an jedem Arbeitsplatz mit Knopfdruck zu bedienen ist. Kein Meister bestimmt hier das Tempo für alle, sondern alle zusammen; jeder einzelne bedient das Band.

Für den Obermeister aus der DDR war Bandarbeit dagegen kein Problem: "Grundsätzlich übernehmen wir alle fortschrittlichen Produktionstechniken und entwickeln sie weiter." Ausbeutungstechniken – hätte er besser sagen sollen. Außerdem behauptete er, das Bandtempo sei dem durchschnittlichen Arbeitstempo angemessen.

Wir hielten ihm ein Beispiel aus dem Berliner Glühlampenwerk entgegen: dort hat die Bandgeschwindigkeit mittlerweile ein Tempo erreicht, daß die Frauen auf ihre Pausengymnastik verzichten, um die Norm einzuhalten. Zu dieser Arbeitshetze kommt hinzu, daß die Brigaden an den Bändern in der Prämie voneinander abhängig sind, so daß "der eine dem andern sein Deubel" ist.

Ausbau des Prämienlohns oder Befreiung von der Lohnsklaverei?

Wie das obengenannte Beispiel zeigt, trägt der Prämienlohn Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter und zerstört ihre Solidarität. Wir fragten deshalb, welchen Anteil solche Prämien am Arbeitseinkommen ausmachen, wer über ihre Verteilung bestimmt und warum solche Prämien noch in großem Umfang zur Leistungssteigerung verwandt werden, wenn das Arbeitsergebnis doch eh allen zugute kommen soll.

Zunächst meinte der Obermeister, daß Rivalität zwischen Arbeitsgruppen nicht unerwünscht sei. Aus den Zahlenangaben wurde deutlich, daß die Prämien etwa ein Drittel des gesamten Arbeitseinkommens ausmachen, aber nur zum Teil abgesichert sind (z. B. als 13. Monatseinkommen). Der Rest der Prämien bestimmt sich nach der Normerfüllung und wird von der Betriebsleitung ausgeteilt.

An dem Prämienlohn machten wir deutlich, daß die Arbeiter in der DDR das Interesse an der gesellschaftlichen Produktion verloren haben. Das Arbeitsergebnis kommt eben nicht allen in gleicher Weise zu, so daß die Arbeiter nur mit individuellen Prämien zur Planerfüllung gebracht werden können. Diese Prämien sind aber zugleich in der Hand der Betriebsleitung ein Druckmittel, mit dem sie die Belegschaft untereinander ausspielen und unter ihre Fuchtel bringen kann. Als Beispiel führten wir die Auseinandersetzung im Carl-von-Ossietzky-Werk in Teltow an. Seit einem Vierteljahr versucht die Betriebsleitung hier, gegen den Willen der Belegschaft mit der Nachtarbeit das 3-Schichten-System einzuführen, wobei sie nicht nur Versetzungen mit Lohneinbußen, sondern auch den Prämienentzug angedroht hat.

Der Prämienlohn in DDR-Betrieben hat aber auch nichts mit dem sozialistischen Prinzip zu tun, wonach jeder nach seiner Leistung entlohnt werden soll. Denn im Sozialismus sind es die **Arbeiter**, die sich untereinander einschätzen sollen, wieviel jeder von ihnen leistet und was er verdient. In China haben die Bauern in den Volkskommunen z. B. ein System von Arbeitspunkten entwickelt, nach dem sie ihre Arbeiten untereinander einschätzen, in chinesischen Fabriken werden die Lohngruppen diskutiert usw..

Das ist auch der erste Schritt dahin, das Lohnsystem überhaupt abzuschaffen. Denn wenn alle gelernt haben, ihr Bestes zu geben, weil das Ergebnis allen zugutekommt, dann kann man Schritt für Schritt davon abgehen, nach der unterschiedlichen Leistungs**fähigkeit** des einzelnen zu entlohnen und immer mehr Güter unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Privilegien für Funktionäre? Warum arbeitet die Betriebsleitung nicht auch in der Produktion?

In einem kapitalistischen Betrieb sind die Vorgesetzten von der körperlichen Arbeit befreit und ebenso die meisten Angestellten. Die körperliche Arbeit gilt als minderwertig, und was der Arbeiter zu sagen hat, wird kaum beachtet.

Im Sozialismus müssen die Erfahrungen und Bedürfnisse der Arbeiter in die Produktionsplanung eingehen, weil sonst der Plan nicht klappt. Solange es noch Spezialisten und eine besondere Betriebsleitung gibt, müssen sie von den Arbeitern lernen und sind diesen verantwortlich. Umgekehrt müssen die Arbeiter lernen, die Betriebe selbst zu verwalten. Um zu verhindern, daß sich zwischen beiden ein feindlicher Gegensatz entwickelt, ist man in China beispielsweise dazu übergegangen, das Verwaltungspersonal in den Betrieben zu verringern und alle "Kopfarbeiter" (einschließlich der Betriebsleitung) regelmäßig auch in der Produktion arbeiten zu lassen.

Wie die Referenten aus der DDR bestätigten, gibt es bei ihnen derartige Bestrebungen nicht. Nur im letzten Herbst halfen sie bei der Ernte aus, als dort Planrückstände auftauchten.

Auf die Frage, warum in der DDR Parteifunktionäre besser gestellt sind als normale DDR-Bürger, stellten sie sich dumm und bestritten jegliche materielle Vorteile. Darauf rechneten wir ihnen an einem Beispiel vor, daß ein Parteifunktionär 600 Mark mehr Rente bekam als seine in Trennung lebende Frau, die heute noch arbeiten gehen muß. Während er eine Neubauwohnung erhielt, wird seine Frau bis an ihr Lebensende in ihrer Altbauwohnung bleiben müssen.

Sozialismus ohne Streikrecht?

Die heftigsten Auseinandersetzungen entwickelten sich an der Frage, warum es in der DDR kein Streikrecht gebe. Die Referenten behaupteten, das sei im Sozialismus überflüssig, weil die Arbeiterklasse nicht "gegen sich selbst" streiken könne.

In Polen hat aber die Arbeiterklasse unter roten Fahnen gestreikt und erreicht, daß die polnische Regierung unter Gomulka abtreten mußte. In China gingen während der Kulturrevolution Millionen von Arbeitern auf die Straße und brachten die politische Linie von Liu Schao-tschi zu Fall, die den Profit in den Vordergrund rückte und die alten Methoden wieder einführen wollte.

Mit diesen Beispielen belegten wir, daß im Sozialismus laufend ein Kampf zweier Linien stattfindet, und die Arbeiterklasse aufpassen muß, daß ihr die politische Macht nicht wieder aus den Händen genommen wird von Leuten, die eine ihren Interessen entgegengesetzte Linie vertreten. Im Sozialismus kann dieser Gefahr nur durch die breiteste Einbeziehung der Massen in die Politik und den Kampf um die richtige Linie begegnet werden. Da der Streik ein wichtiges Machtmittel der Arbeiter darstellt, hat die neue Verfassung der Volksrepublik China das Streikrecht ausdrücklich anerkannt.

In der DDR herrscht nicht die Arbeiterklasse, sondern eine neue Kapitalistenklasse ist an der Macht.

Den Beweis, daß die Arbeiter in der DDR das Sagen haben, konnten die Referenten auf dieser Veranstaltung nicht erbringen. Stattdessen mußte man sich nach der Diskussion fragen:

Wer hat eigentlich ein Interesse
- an der Leugnung von Klassengegensätze in der DDR?
- an der Leugnung von materiellen Privilegien für die Funktionäre?
- an der Trennung von Kopf- und Handarbeit?
- an der Vorenthaltung des Streikrechts für die Arbeiterklasse?
- an der Befürwortung von Ausbeutungsmethoden und der Spaltung der Arbeiter durch Prämien?
- an dem Ausbau des Profitprinzips in der Planung usw.?,

wenn nicht gerade die Vertreter einer neuen bürgerlichen Klasse, die über die Arbeiterklasse die Macht ausübt? Und als solche Vertreter mußten wohl auch die beiden Referenten gelten, wie sehr sie auch immer betonten, daß sie sich der Arbeiterklasse verbunden fühlen.

–M.R., Ortsaufbaugruppe Wetzlar–

Osteuropa - ein Pulverfaß

Die Arbeiterklasse in den revisionistischen Ländern nimmt die ständig steigende Ausbeutung, die Arbeitshetze, die mangelnde Versorgung mit Lebensmitteln und die Ausplünderung durch Steuern und auf dem Warenmarkt nicht widerspruchslos hin. Neben kurzen Streiks in einzelnen Betrieben stehen Streiks, die sich über Monate hinziehen, Streiks, die ganze Städte und Industrieregionen lahmlegten. Ihre Kette reißt nicht ab. Hier eine unvollständige Übersicht:

1957 Polen: Streiks in Lodz
1960 Streiks in Polen
1967 UdSSR: Streik in der Traktorenfabrik Charkow (Peking Rundschau 4/74)
1969 UdSSR; Wasserkraftstation Kiew (Peking Rundschau 4/74)
1970 Streiks in Polen, u. a. in der Autofabrik Zeran in Warschau
Dezember: Streiks auf der Danziger Werft und im Hafen;
der Streik greift über auf die Städte Gdingen, Zoppot und Stettin. Solidaritätsstreiks in Warschau, Nova Huta, Breslau, Posen u. a.
1971 Januar: auf der Danziger und Stettiner Werft wird wieder gestreikt.
23. Januar: sämtliche Stettiner Betriebe stehen still.
Mitte des Jahres: Streiks in zahlreichen Betrieben, u. a. im Textilwerk Lodz.
Ungarn: Ende 1971: Streiks in mehreren Budapester Großbetrieben (Spiegel 10/75)
1972 UdSSR: Streiks in Dnepropetrowsk (Peking Rundschau 4/74).
Im Jahr 1972 gehen in der UdSSR durch Bummelstreiks 49 Millionen Arbeitstage verloren, das sind mehr als die Streiktage in den USA und Großbritannien zusammen (die sowjetische Zeitschrift "Planovae Khozyaistow" laut Peking Rundschau 38/74).
1974 Polen: die Hafenarbeiter in den Ostseehäfen führen laut Presseberichten einen monatelangen Bummelstreik durch (vgl. KVZ 1974/17/75)
1975 CSSR: Protestaktionen der Eisenbahnarbeiter in Prager Industriekombinaten, in den Ostslowakischen Eisenhüttenwerken; Streikagitation für einen Generalstreik (Spiegel 18/75).
1975 Polen: Streiks in Warschau und Lodz (Neue Züricher Zeitung vom 12. April);
Ungarn: dem Spiegel gegenüber erklärt der Sekretär des Zentralrats der ungarischen Gewerkschaften, Karoly Herczeg, er schließe weitere Streiks nicht aus (Spiegel 10/75).

(die Angaben über Polen, soweit nichts anderes angegeben, aus "Rote Fahnen über Polen" 1972)

Die neue Bourgeoisie antwortet mit Unterdrückung

Diese Streiks brechen aus, obwohl die neue Bourgeoisie mit allen Mitteln der Spaltung und der Korruption einer kleinen Schicht der Arbeiter und mit einer sozialen Demagogie ohnegleichen versucht, den Arbeitern einzureden, sie würden sich selbst schaden, wenn sie streikten. Wo Spaltung, Korruption und Demagogie nicht ausreichen, wird mit einem gigantischen Spitzelsystem versucht, die Arbeiter zu überwachen und einzuschüchtern und jede Regung ihres Widerstandes kriminalisiert.

In der DDR wurden in diesem Frühjahr die neuen Gesetzesbestimmungen verfügt. Die eine eröffnet weitere Möglichkeiten, jemand in Vorbeugehaft zu sperren. Neben einer Reihe weiterer Gründe kann auch, so wörtlich, "soziales Fehlverhalten" zum Haftgrund gemacht werden (Spiegel 19/75). Gleichzeitig wurden die Strafvollszugsbestimmungen verschärft (Frankfurter Rundschau vom 3. Mai).

Was es unter diesen Bedingungen bedeutet, wenn der DDR-Generalstaatsanwalt Josef Streit in der "Neuen Berliner Illustrierten" ohne genaue Zahlenangaben erklärte, in der DDR nähme die "Kriminalität" wieder zu (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. Mai), kann man sich leicht vorstellen.

Und wo dies alles nichts hilft, läßt die neue Ausbeuterklasse die Waffen sprechen: Gegen die Streiks an der Jahreswende 1970/71 setzte die polnische Bourgeoisie Truppen und Schützenpanzer ein. Dutzende von Arbeitern wurden erschossen. Der Streik der polnischen Hafenarbeiter 1974 wurde nur dadurch gebrochen, daß Militär zum Streikbruch eingesetzt wurde.

So diktiert die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse die Einsicht, daß es sich hier um den Kampf von Klassen gegeneinander handelt. Und sicher verbreitet sich mit jedem niedergeschlagenen Streik, mit jeder zerschlagenen Demonstration in der Arbeiterklasse die Einsicht, die ein polnischer Arbeiter auf der Streikversammlung in der Stettiner Werft im Januar 1971 so formulierte:

"Da gehen so konkrete Gespräche unter den Arbeitern herum, daß bei uns die Gesellschaft in bestimmte Klassen geteilt ist. Die einen, die haben schon so einen Sozialismus, daß se nicht wissen, was sie mit ihm machen sollen, daß sie schon irgendwie die besseren sind. Und diesen Sozialismus haben sie, weil sie auch schon zuviel von diesen Mitteln zum Verschwenden haben. Wir wissen genau, wie sie diesen Sozialismus hier auf der Werft haben. Wenn sie mit dem Generaldirektor die Abrechnung machen, der seinen Posten verläßt, dann zeigt es sich erst, wieviel er im Laufe eines Jahres verdient hat! Da war hier der Genosse Skrzydlowski. Nach elf Monaten, bitte sehr, da bekam er mehr als 170 000 Zloty ausgezahlt. Nicht Grundgehalt, sondern alles zusammen mit den verschieden großen und kleinen Prämien. ... Ich habe noch etwas vorzubringen: Wir haben seit 1945 schon dafür gekämpft, daß es keine Klassenteilung geben soll, und da macht man von oben schon diese Klassenteilung."

Osteuropa – ein Pulverfaß

Mit jedem weiteren Raubzug auf dem Rücken der Arbeiter, mit jeder weiteren Ausplünderung, mit jeder Zerschlagung eines Streiks erzieht sich so die neue Ausbeuterklasse, allen voran die imperialistische Bourgeoisie der UdSSR, ihre eigenen Totengräber. Je klarer die Einsicht der Arbeiter, desto erbitterter ihre Kämpfe.

1970/71 ließen sich die polnischen Arbeiter noch weitgehend durch den Wechsel von Gomulka zu Gierek täuschen. 1974 sind sie schon in der Lage, einen monatelangen Bummelstreik durchzuführen, und das, obwohl sie sich dabei nicht ihrer Gewerkschaften bedienen konnten und obwohl Truppen als Streikbrecher eingesetzt wurden.

Die neuen Ausbeuterklassen können gar nicht anders als ängstlich auf die Arbeiterklasse starren, denn sie wissen, daß der Schwelbrand des Klassenkampfes schlagartig auflodern kann und auflodern wird.

Je schärfer die Klassenauseinandersetzungen in der UdSSR und in den übrigen revisionistischen Ländern werden, desto sicherer werden sich die sowjetischen Arbeiter nicht für die Interessen ihrer neuen Ausbeuterklasse auf die Schlachtfelder schicken lassen, desto sicherer werden sie sich weigern, ihre Waffen auf streikende Arbeiter zu richten.

An die Stelle des Bündnisses mit der neuen Ausbeuterklasse, in das sie diese zu zwingen versucht, werden die Arbeiter wieder die alte Losung treten lassen: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

–Mo–

„Machtvolle Antwort der Bremer Arbeiterjugend"

...auf die elenden Verhältnisse im Ausbildungswesen und gegen die Versuche der Kapitalisten und ihrer Regierung sie zu zementieren DGB Jugenddemonstration

Am vergangenen Donnerstag, den 15.5., beteiligten sich über 3 000 Menschen an einer Demonstration gegen die Ausbildungsmisere und Jugendarbeitslosigkeit und für eine bessere Berufsausbildung, zu der der DGB-Kreisvorstand und der DGB-Kreisjugendausschuß aufgerufen hatten. Vor allem die Bremer Arbeiterjugend hat diese Demonstration getragen. Es haben sich aber auch ältere Kollegen aus den Betrieben und zahlreiche Oberschüler und Studenten beteiligt.

Diese Demonstration war die machtvolle Antwort der Bremer Arbeiterjugend auf ihre elende Ausbildung und gegen die Absicht der Kapitalisten und der Bundesregierung, diese Verhältnisse zu zementieren. Über 1 000 Jugendliche sind in Bremen arbeitslos, und jetzt mit dem Schuljahresende kommen erneut einige Hundert dazu.

In den Betrieben und Behörden haben die Kapitalisten und der Staat in den letzten Monaten den Druck auf die Lehrlinge und ihre Ausbeutung verschärft. Lehrlinge und Jugendvertreter, die für die Interessen der Arbeiterjugend eingetreten sind, wurden gemaßregelt oder entlassen – wie auf der AG Weser-Werft, bei BMW oder jetzt im Post-Ausbildungszentrum.

Angesichts dieser Lage wurde schon seit Monaten in der Bremer Arbeiterjugend über die Notwendigkeit einer großen Demonstration und die Forderungen diskutiert, mit denen der Ausbildungsmisere und der Jugendarbeitslosigkeit entgegengetreten werden kann. Die vom KBW und KAJB vorgeschlagenen Forderungen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen das Kommando der Kapitalisten über die Berufsausbildung in Richtung auf eine einheitliche Ausbildung für alle Jugendlichen fanden in den gewerkschaftlichen Organen, in Schülerringen und Schülervertretungen, in Schulklassen und Jugendzentreninitiativen meist klare Mehrheiten. Für diese Forderungen traten u. a ein: Die Schülerringe Maschinenbau und E-Technik am Berufsschulzentrum, die NGG-Jugend, HBV-Jugend, der Ortsjugendausschuß der Postgewerkschaft, die Bremer Gesamtschülervertretung (GSV), die GEW-Betriebsgruppe an der allgemeinen Berufsschule, die Vollversammlung der Berufsschullehrerstudenten an der Universität, die ÖTV-Jugend am St. Jürgens-Krankenhaus. Die Schülervertreter der Berufsschule für Elektrotechnik haben vor wenigen Wochen die Einheitsschule gefordert. Darüberhinaus haben die Betriebsräte und Vertrauensleute der Bremer Großbetriebe die DGB-Jugend-Demonstration unterstützt und teilweise wie der Vulkan-Betriebsrat die Forderung nach Anerkennung der jugendlichen Arbeitslosen und nach Zahlung eines ausreichenden Arbeitslosengeldes vertreten. Ohne große Resonanz blieben die von SPD und DKP vertretenen DGB-Forderungen nach mehr Lehrstellen und Mitbestimmung.

Weil diese Auseinandersetzungen um die richtigen Forderungen in der Bremer Arbeiterjugend zunehmend Klarheit geschaffen haben, ist in der DGB-Jugend-Demonstration am 15. Mai die Mehrheit mit Transparenten und Sprechchören gegen die Berufsausbildung als Privatsache der Kapitalisten und besonders für die Einheitsschule eingetreten.

Auf der Abschlußkundgebung sprach u. a. der DGB-Bundesjugendsekretär Walter Haas. Seine Rede fand nicht viel Anklang, weil die von ihm vertretenen Forderungen nach Mitbestimmung, mehr Lehrstellen nicht geeignet waren, die Ausbildungsmisere wirksam bekämpfen zu können. Schweigen und teilweise Pfiffe und Zwischenrufe erntete er,



Über 3000 demonstrierten in Bremen für eine bessere Berufsausbildung

als er die FDP in der Regierungskoalition als Hemmnis einer fortschrittlichen Ausbildungsreform hinstellte und allzu offen SPD-Wahlpropaganda machte. Beifall bekam er nur, wo er die Kapialisten anprangerte und als er die Selbstbestimmung über die Ausbildung forderte. Die Forderung nach Selbstbestimmung nahm er aber gleich wieder zurück, denn im nächsten Satz erklärte er, sie sei über wirksame Mitbestimmung zu verwirklichen.

Die Reden auf der Kundgebung, die nicht den Willen der Mehrheit der Demonstranten ausdrückten, wurden oft von Sprechchören, die die Einheitsschule forderten, unterbrochen. Zum Abschluß wurde in einer Ecke des Kundgebungsplatzes spontan die Internationale angestimmt, und ein Großteil der Kundgebungsteilnehmer sang mit.

Die DGB-Jugend-Demonstration in Bremen war nach den großen Manifestationen in Hamburg, Stuttgart, Frankfurt und Dortmund ein weiterer Schritt zum Zusammenschluß der Arbeiterjugend gegenüber den Kapitalisten und ihrem Staat. Damit war die Demonstration auch ein Schritt zur Überwindung der ideologischen Zersplitterung in der Arbeiterjugend und hat die Klarheit über die richtigen Forderungen der Arbeiterjugend vorangebracht. Die erfolgreiche Demonstration ist eine gute Grundlage, um jetzt für die einzelnen Forderungen in den Betrieben, Berufsschulen und Schulen Kampfschritte einzuleiten, die die Kapitalisten und ihren Staat zur Erfüllung der Forderungen zwingen. Der jetzt in Bremen beginnende Wahlkampf zu den Bürgerschaftswahlen am 28.9. erleichtert es der Arbeiterjugend, die Politiker der Kapitalistenklasse zu stellen und den eigenen Forderungen Gehör zu verschaffen.

Für den 14.6. hat der DGB-Landesbezirk Niedersachsen zu einer DGB-Jugend-Demonstration nach Hannover aufgerufen. In dieser Demonstration gilt es für die Bremer Arbeiterjugend, gemeinsam mit der Arbeiterjugend Niedersachsens die Forderungen der Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Ausbildungselend zu erheben.

W.M. Bremen

Für Jugendzentren in Selbstverwaltung

Mit allen Mitteln versuchen die Stadträte die Selbstverwaltung zu verhindern

Nur durch Kampf können die Jugendlichen selbstverwaltete Jugendzentren aufbauen. Diese Erfahrung mußte die Seesener Jugend immer wieder machen. Nach monatelangem Kampf war es den Jugendlichen gelungen, der Stadt ein Haus als Jugendzentrum abzutrotzen. Jetzt versuchen die "Stadtväter" diesen Erfolg wieder rückgängig zu machen.

Sofort, nachdem die Jugendlichen das Haus hatten, begannen sie, es für ihre Zwecke zu gestalten. In eigener Arbeit haben sie das Jugendzentrum hergerichtet. Sie haben wochenlang tapeziert, gepinselt, geputzt und diskutiert, wie alles am besten zu machen ist. Sie haben über eine Hausordnung nachgedacht, einen Entwurf ausgearbeitet, um diesen auf einer Vollversammlung zu verabschieden. Sie haben sich ein eigenes Statut gegeben, das klar und einfach von den Interessen der Jugendlichen ausgeht und ihre Belange demokratisch regelt. Mit großen Schritten gingen die Jugendlichen voran. Sie hatten auch genaue Vorstellungen über einen Jugendpfleger, der ihre Interessen klar vertreten soll und nicht die der Stadt.

Die Stadt aber konnte den Jugendlichen das Recht, sich den Jugendpfleger selbst auszuwählen, nicht zugeben. Und so gingen die "Volksvertreter" hin und sprachen: "Wir werden dem Druck der Straße nicht nachgeben." Einen Dreck scherten sie sich um die Demonstration von über 100 Jugendlichen, um über 600 Unterschriften und um den Beschluß einer Jugendvollversammlung. Dafür verbreiteten sie Gerüchte, setzten Polizei ein und hetzten auf die Kommunisten. Ihr Ziel: die Selbstverwaltung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Ihr Mittel: Spaltung. Spaltung in Jugendliche und Erwachsene, Spaltung in Rocker und "anständige Jugendliche", Spaltung in Kommunisten und "Demokraten". Zu Hilfe kam ihnen dabei die bürgerliche lokale Presse, die eine Falschmeldung nach der anderen verbriet. So bereitete die Stadt ihren Gegenschlag vor.

Für diesen Schlag hatte sie sich den Zeitpunkt ausgesucht, als im Jugendzentrum die ersten größeren Schwierigkeiten auftraten. Hier war an der Frage über die inhaltliche Arbeit im



Mosbach. Am 10.5. demonstrierten ca. 120 Jugendliche in Mosbach für ihre Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung. Vier Jahre lang war es bisher der Stadt gelungen, die Erfüllung der Forderung zu verhindern, da sie mit den Jugendlichen nur verhandeln wolle, wenn diese dem Stadtjugendring beitreten. Über den Stadtjugendring sollte so der Einfluß der Stadt auf das Jugendzentrum gesichert werden. Davon haben die Jugendlichen jetzt genug. Sie forderten die Stadt auf, die Kosten für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in ihren Etat aufzunehmen. Ihre Forderungen wurden an der Rathaustür angeschlagen, so daß die Herren Stadträte jetzt wissen, daß die Jugendlichen jetzt nicht mehr von ihrer Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum ablassen werden.

Jugendzentrum die Auseinandersetzung entbrannt und nur langsam wurde die Position besiegt, die das Jugendzentrum zu einer besseren Kneipe machen wollte. In dieser Situation schlug die Stadt zu. Die Stadtväter sagten: "Jetzt sind Ferien, darum müßt Ihr bei Euren Eltern bleiben. Deshalb bleibt das Jugendzentrum zu."

Die Jugendlichen waren über dieses Vorgehen empört, aber es kam zu keinem nennenswerten Widerstand. Zuviele Illusionen auf einmal wurden bei den Jugendlichen zerstört, und zuerst einmal trat Resignation auf oder blinde Wut. Außerdem fehlte eine Leitung, die den Kampf hätte organisieren können.

Wenn unsere "Stadtväter" glauben, daß sie die Jugendlichen besiegt haben, haben sie sich zu früh gefreut. Nichts da! Die Jugendlichen lernen ihre Interessen zu erkennen, lernen, daß sie es nicht nötig haben, als billiges Arbeitsvolk in den Fabriken die Kapitalisten zu bereichern, sondern daß sie sehr wohl in der Lage sind, ihr Schicksal selbst in die Hände zu nehmen. Daß dies die Jugendlichen von der Selbstverwaltung lernen – davor muß der Stadtrat Angst haben. Angst davor, daß die Jugendlichen weiterhin und verstärkt das in die Tat umsetzen, was sie in ihrem Lied so zum Ausdruck bringen: "Uns unser Recht nun einfach zu nehmen, lernen wir von der Selbstverwaltung."

–H. /R.
Ortsaufbaugruppe Seesen–

Der Druck auf die Lehrlinge nimmt zu

Höchst: "Übernahme aller Lehrlinge nach der Prüfung" gefordert

Anfang Mai flatterten etlichen Lehrlingen der Höchst AG, die am 16. Juni Prüfung machen, Briefe ins Haus, in denen ihnen kurz und bündig mitgeteilt wurde, daß sie nach der Prüfung nicht übernommen werden, das heißt arbeitslos sind. Obwohl einige von ihnen – die Zahlenangaben schwanken zwischen 50 und 140 – bereits einen Betrieb innerhalb des Werkes hatten, der sie übernehmen wollte, setzt die Werksleitung sie jetzt ohne weitere Begründung auf die Straße.

Gleichzeitig hat der Betriebsrat der Jugendvertretung mitgeteilt, daß nächstes Jahr noch mehr Lehrlinge nicht übernommen werden sollen. In der gegenwärtigen Krise versuchen die Höchst-Kapitalisten jetzt auch auf Kosten der Lehrlinge ihre Profite zu sichern. Einige werden rausgesetzt, den anderen wird mit dem gleichen Schicksal gedroht und damit der Leistungsdruck verschärft.

Die "Ausbildungskapazitäten" werden ausgebaut, der Etat für das Ausbildungswesen aber um 400 000 DM gekürzt. Der Leistungsdruck und die Konkurrenz unter den Lehrlingen wird durch das "Zertifikatsystem" besonders verschärft. Für jede Ausbildungsphase gibt es einen Schein, der je nach Leistung später oder früher ausgegeben wird, wodurch erreicht werden soll, daß jeder gegen jeden kämpft, um möglichst schnell den Schein zu erhalten. Diese "Leistungsnachweise" dienen als Grundlage für die Entscheidung, ob einer übernommen wird oder nicht.

Dabei nimmt jetzt der Druck auf die Lehrlinge besonders stark zu. Herr Gruber von der Geschäftsleitung sagte, daß die Lehrlinge bei Höchst eine besonders privilegierte Schicht gegenüber den arbeitslosen Jugendlichen sind und daß daraus eine Verpflichtung zu guter Leistung und mehr Disziplin erwächst. Er drohte also ganz offen damit, daß es ja noch viele arbeitslose Jugendliche gibt, die auch gerne eine Lehrstelle hätten und sofort den Platz von jemandem übernehmen könnten, der sich dieses "Privilegs" nicht würdig erweist. Das ganze dient dann dazu, bei jeder Kleinigkeit Aktennotizen zu verteilen, die gewerkschaftliche Arbeit von Jugendvertretern zu behindern (vor zwei Wochen wurde Lehrlingen die " 'ran" weggenommen), wegen Verspätung eine fristlose Kündigung "anzudeuten", mehr Leistung aus jedem rauszupressen und die Solidarität unter den Lehrlingen zu untergraben, die sich nicht mehr trauen, aufzumucken.

Dagegen haben sich einige Leute aus dem dritten Lehrjahr zusammengesetzt und ein Flugblatt geschrieben, das zusammen mit der Jugendgruppe der IG Chemie verteilt wurde. Sie beschreiben darin, wie sie laufend unter Druck gesetzt werden und wenden sich gegen das "Zertifikatsystem". Sie fordern auf, der Jugendgruppe beizutreten und mit dieser den Kampf gegen das "Zertifikatsystem" zu führen. Das ist ein richtiger Schritt, denn die Gewerkschaft ist die Organisation der Arbeiterklasse, die dazu dienen soll, die Arbeiter zusammenzuschließen und die Konkurrenz unter ihnen zu verhindern. Gerade unter den Jugendlichen ist dies eine wichtige Aufgabe, weil nur 14 % in der IG Chemie organisiert sind und noch zu wenige an der Jugendgruppe teilnehmen. Von der Jugendgruppe aus und in Zusammenarbeit mit den Jugendvertrauensleuten kann und muß der Kampf **gegen das Zertifikatsystem** und für die **Übernahme aller Lehrlinge nach der Prüfung** geführt werden.

Die Jugendvertretung hat mittlerweile auf Initiative der Jugendgruppe einen Antrag an den Betriebsrat gestellt, die Angelegenheit auf der nächsten Betriebsratssitzung zu behandeln mit der Aufforderung, "die Zahl der Nichtübernahmen zu senken". Diese Formulierung kam in der Jugendvertretung nur mit knapper Mehrheit durch und ist falsch, weil sich damit keine einheitliche Front der Jugendlichen aufbauen läßt.

Die Jugendvertretung hat sich offensichtlich von Betriebsrat und Geschäftsleitung einschüchtern lassen. In der Jugendgruppe wird jetzt diskutiert, mit welchen öffentlichen Protestmaßnahmen für die Forderung "Übernahme aller Lehrlinge nach der Prüfung" eingetreten werden kann.

–J., Betriebsaufbauzelle Höchst AG–

Einstellung aller Lehrer gefordert

Kassel. Die Vollversammlung der Examenskandidaten der Kunstlehrer-Studenten an der Hochschule Kassel forderte am 14.5. die Einstellung aller Lehrer und Lehramtsanwärter in den Schuldienst. Sie forderte weiter die Anerkennung arbeitsloser Lehrer als Arbeitslose und verurteilte die politische Bespitzelung und Anhörungsverfahren gegenüber Bewerbern für den öffentlichen Dienst. Sie beschloß folgendes gemeinsames Vorgehen: "Wir erklären alle bereits heute, daß wir die politische Überprüfung durch den Staat ablehnen und zwar öffentlich und sagen, daß wir uns zum Grundgesetz bekennen, aber jede weitere Äußerung zur politischen Einstellung ablehnen."

Limburg/Oberlahn. Gegen die Nichteinstellung von mehr als 1 000 Lehrern zur Anstellung und einer ähnlichen Anzahl von Referendaren haben sich ca. 60 Lehramtsreferendare auf einer Vollversammlung des Studienseminars 4 (Limburg) ausgesprochen. Sie fordern "die Einstellung aller Referendare und Lehrer zur Anstellung in den hessischen Schuldienst". Diese Resolution wurde auch vom Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der Kreise Limburg und Oberlahn unterstützt. Auch der Kreisvorstand der GEW Limburg hat sich am 15.5. mit einer Protestresolution gegen die Nichteinstellung an die Öffentlichkeit gewandt.

Niedersachsen. Nach Meldungen der GEW-Zeitung "Erziehung und Wissenschaft" (Nr.6/75) haben Finanzminister Kasimier und Kultusminister Mahrenholz von Niedersachsen versichert, daß hier 1975 alle Lehramtsbewerber eingestellt würden. Ganz anderes erfuhr aber ein Referendarbewerber mit den Fächern Geografie und Politik. Er wurde abgelehnt. Auf Nachfrage erfuhr er vom Kultusministerium, man beabsichtige in diesem Jahr in ganz Niedersachsen keine Referendare mit dieser Fächerkombination mehr einzustellen, aber auch bei anderen Fächern stünden keine Ausbildungsplätze mehr zur Verfügung.

Verfügung.

„Volle Beibehaltung der Fahrkostenerstattung"

Trotz Schikanen der Schulbehörde führten die Schüler Warnstreiks gegen die Rücknahme der Fahrkostenerstattung durch

In Rheinland-Pfalz soll die vor 5 Jahren beschlossene Fahrtkostenerstattung für Schüler wieder rückgängig gemacht werden. Mit Warnstreiks und Demonstrationen haben die Schüler den Kampf gegen diese Absicht der Landesregierung aufgenommen.

Schüler aus allen Kaiserslauterer Schulen bildeten ein Aktionskomitee, um den Kampf gegen die Rücknahme der Fahrtkostenerstattung zu organisieren. In Vollversammlungen an den Schulen und mit einer Demonstration durch die Kaiserslauterer Innenstadt am 10.5. wurde der Widerstand organisiert und entwickelt. Innerhalb einer Woche unterschrieben über 6 500 Menschen eine Protesterklärung gegen diese Maßnahme der Landesregierung.

Die Schulbürokratie reagierte als erstes mit Einschüchterungsversuchen und Drohungen. Mitglieder der Kommunistischen Schülergruppe, die in einem Flugblatt Vorschläge, wie der Kampf zu führen sei, gemacht und Warnstreiks vorgeschlagen hatten, wurden zum Direktor bestellt und mit Schulverweisen bedroht. Umläufe wurden durch die Klassen geschickt, in denen verkündet wurde, daß ein Streik verboten sei. Am Rittersberggymnasium ließ es sich Direktor Schank nicht nehmen, per Lautsprecher die Schüler in einer längeren Rede vor einem Warnstreik zu warnen.

Am nächsten Tag, dem 13.5., erschien ein Flugblatt des Aktionskomitees, das feststellte, daß man den Drohungen nicht nachgeben dürfe und daß ein Warnstreik jetzt mehr denn je notwendig sei. Die Klassensprecherversammlung des Hohenstaufengymnasiums beschloß, am nächsten Tag zu streiken. Ein entsprechender Beschluß wurde auf einer trotz Verbot durchgeführten Vollversammlung des Rittersberggymnasium gefaßt. Am Altsprachlichen und am Burggymnasium wurden Vollversammlungen verboten. An der Gesamtschule war bereits am Tag zuvor ein Warnstreik beschlossen worden. Dieser Beschluß wurde auf einer erneut einberufenen Vollversammlung in Abwesenheit des Direktors revidiert.

Am Abend des 13.5. tagte das Aktionskomitee. Hier wurde gegen den Widerstand der DKP/SDAJ-Mitglieder beschlossen, den Warnstreik zu unterstützen und Streikposten zu stehen.

Trotz der Drohungen und Einschüchterungsversuche begann am Mittwoch, den 14.5., der Warnstreik. Polizeistreifen und photographierende Direktoren konnten die Schüler nicht einschüchtern. So verließen rund 350 Schüler das Altsprachliche, das Rittersberg und das Burggymnasium, die Realschule und das Aufbaugymnasium, versammelten sich auf dem Rathausplatz und zogen nach einer kurzen Kundgebung in einer Demonstration durch die Innenstadt.

Ohne Gegenstimmen wurde im Stadtzentrum auf einer Kundgebung eine Resolution verabschiedet, in der es u. a. heißt:

Die Landesregierung begründet alle ihre Maßnahmen damit, daß kein Geld da sei.

Genügend Geld ist jedoch da, um es mit Investitionsspritzen den Unternehmern in den Rachen zu werfen.

Genügend Geld ist da, wenn es um die Erhöhung der Gehälter der Ministerialbürokraten und der Diäten der Abgeordneten geht.

Genügend Geld ist da, wenn es um den Ausbau von Polizei und Heer geht.

22 Millionen sind da, um die US-Kasernen in Kaiserslautern zu renovieren.

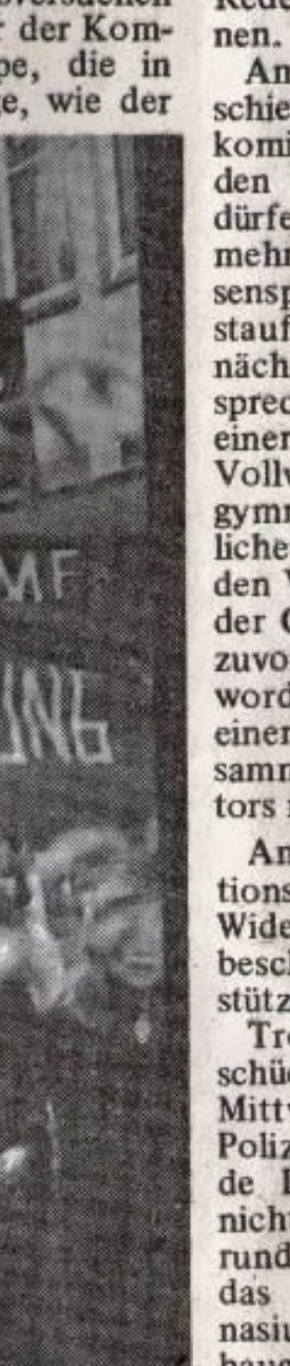
Wir erklären: Die Bildungspolitik dieser Regierung ist nicht in unserem Interesse. Ergebnis dieser Politik wird eine Verwahrlosung des Bildungswesens sein.

Wir fordern: Volle Beibehaltung der Fahrkostenerstattung für die Schüler! Kein Abbau der Fahrkostenerstattung!

Angesichts dieser Demonstration schrieb das Aktionskomitee am nächsten Tag, den 15.5., zu Recht in einem Flugblatt: "Die Tatsache, daß 350 Schüler trotz der massiven Drohungen und gezielten Einschüchterungsversuchen das Risiko eines Rausschmisses bewußt auf sich genommen haben, zeigt die Kampfkraft der Bewegung gegen den Beschluß der Landesregierung."

Am Freitag, dem letzten Schultag vor den Pfingstferien, veranstaltete das Aktionskomitee dann in der Fußgängerzone eine Kundgebung und informierte mit Ständen. Rund 100 Schüler unterstützten nach der Schule diese Aktion, bei der auch Solidaritätsresolutionen des GEW-Kreisvorstandes und des AStA der Universität Kaiserslautern verlesen wurden. Entscheidend wird nun sein, den Protest gegen den Abbau der Fahrtkostenerstattung landesweit auszudehnen.

–G./H., Kaiserlautern/Red.–



Kaiserslautern: Demonstration der Schüler

Gegen den Ersatzgelder-Erlaß

Hohenheim. Auf einer Vollversammlung am 14.5. beschlossen die Studenten der Universität Hohenheim Maßnahmen gegen den sogenannten Ersatzgeld-Erlaß. Dieser Erlaß von 1972, der jetzt konsequent durchgeführt werden soll, sieht vor, daß die Studenten alle für Praktika, Skripten, Diplomarbeiten usw. entstehenden Kosten selbst tragen. Über 3/4 der anwesenden Studenten unterstützen die Forderung: "Volle Bezahlung der Ausbildungskosten durch den Staat!"

Die Vollversammlung fordert die Studenten auf, in den Praktikas Vollversammlungen zur Vereinheitlichung des Vorgehens gegen den Erlaß durchzuführen und jegliche Zahlung des Ersatzgeldes zu verweigern. Für Juni ist ein aktiver Warnstreik geplant.

Juso-AStA mit Hilfe der CDU-Studenten

Heidelberg. Mit 25 zu 24 Stimmen wurde an der Universität Heidelberg am 14.5. der Kandidat der Juso-Hochschulgruppe zum neuen AStA-Vorsitzenden gewählt. Dagegen kandidierte die Einheitsliste, eine gemeinsame Liste der Kommunistischen Hochschulgruppe und der Institutsgruppen. Im gegenwärtigen Studentenparlament stellt die Einheitsliste mit 23 von 63 Sitzen die stärkste Fraktion dar. Nur mit Hilfe der Stimmen der Aktion Demokratische Hochschule (ADH), einer reaktionären Studentengruppierung, gelang es der Juso-Hochschulgruppe, jetzt den AStA-Vorsitzenden zu stellen.

Teilerfolg

Kassel. Die 500 Studenten des Fachbereichs Wirtschaft haben ihren Streik gegen die verschärften Prüfungsbedingungen nach vier Wochen mit einem Teilerfolg abgeschlossen. Geplant war, daß sich die Studenten auf 5 Themen vorbereiten, wovon eines geprüft wird. Für dieses Semester erreichten die Studenten, daß sie sich auf 3 Themen vorbereiten müssen. Ihr Streikziel war: Vorbereitung auf 2 Themen.

Eigene Tätigkeit dementiert

...aber die Punktekartei entpsricht der Überprüfungspraxis

Das Innenministerium von Baden-Württemberg hat dementiert, daß die Bewerber für den öffentlichen Dienst durch den Verfassungsschutz anhand einer Punktekartei überprüft und beurteilt würden.

Der Inhalt dieses Punktesystems war in verschiedenen Zeitungen, u.a. in der KVZ, veröffentlicht worden. (vgl. KVZ Nr.Nr. 17/75)

Es handle sich um eine "gezielte Fälschung linksradikaler" Kreise, hat das Innenministerium erklärt, denn der Verfassungsschutz ermittle nur, bewerte aber das Ermittlungsergebnis nicht.

Aus den Ablehnungsbescheiden für Bewerber im öffentlichen Dienst weiß man, daß ihnen stets solche Tätigkeiten vorgeworfen werden, wie sie auch in dieser Punktekartei bewertet werden: Verteilen von Flugblättern, Teilnahme an Demonstrationen sind Beispiele dafür.

Weiterhin genügt nach dieser Punktekartei die Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation für die Ablehnung eines Bewerbers für den öffentlichen Dienst. Auch dies entspricht der Praxis, mit der der öffentliche Dienst gesäubert und Bewerber nicht eingestellt werden.

Wundern kann es da auch nicht, wenn das Innenministerium allein dementiert hat, es gebe kein Punktesystem. Aber freilich bewertet dieses Ministerium tagtäglich, wen es aus dem öffentlichen Dienst entlassen, wen es nicht einstellen soll.

Bekannt ist auch, daß Bürokraten sich schwer tun, wenn sie ihre Tätigkeit nicht in Schablonen pressen können. Dazu paßt eine Punktekartei aber trefflich. Nicht schlecht wäre, wenn das Innenministerium sein Dementi jetzt verstärkt, indem es veröffentlicht, wie die Überprüfung und Bespitzelung zur Einleitung der politischen Inquisition tatsächlich vor sich geht.

-e.r.-

„Alltäglicher Vorgang"

120 Unterschriften für Übernahme in Schuldienst

Am Hilda-Gymnasium in Pforzheim soll die Studienreferendarin Gabi Ripke nicht in den Schuldienst übernommen werden. Wie schon über 200 Lehrer und Lehramtsbewerber in Nordbaden war auch sie zu einem Anhörungsverfahren geladen worden, da "Zweifel" an ihrer Verfassungstreue bestünden. Über den Ablauf des Gespräches berichtete sie in einem veröffentlichten Protokoll:

"Zu Beginn der Anhörung wies mich Dr. Reichl vom Oberschulamt darauf hin, daß ich alle Angaben, die mich belasten würden, verweigern könnte; in einem Nachsatz fügte er hinzu: "Aber Sie wissen ja, wie das ausgelegt wird."

Am Hilda-Gymnasium in Pforzheim stieß der Schritt des Kultusministeriums auf keine Gegenliebe. Zwei Monate lang wurde an der Schule über den Berufsverbote-Erlaß, den Bericht der Referendarin über ihre Anhörung und über ihre "Stellungnahme" an die Anhörungsbeamten diskutiert. 120 Lehrer und Schüler des Hilda-Gymnasiums unterschrieben jetzt eine Erklärung, in der sie sich für die Übernahme der Referendarin in den Schuldienst aussprechen.

"Uns ist bekannt, daß eine Anhörung der Studienreferendarin Gabi Ripke beim Oberschulamt stattgefunden hat und daß jetzt darüber entschieden werden soll, ob sie in den Schuldienst übernommen wird.

Auch wenn sie wahrscheinlich nicht am Hilda-Gymnasium bleiben kann, da bei uns kein zusätzlicher Bedarf an Englisch- und Gemeinschaftskundelehrern besteht, setzen wir uns dafür ein, daß diese Referendarin in den Schuldienst übernommen wird.

Da wir aus eigener Erfahrung und aus Gesprächen der Schüler untereinander wissen, daß ihr Unterricht sehr vielseitig und abwechselungsreich ist, sind wir dafür, daß Gabi Ripke in den Schuldienst übernommen wird."

Gegen „Radikalenerlaß"

Heidelberg. Auf unserer letzten Personalversammlung in der Orthopädischen Klinik hat sich die überwältigende Mehrheit der etwa 300 anwesenden Kollegen gegen den "Radikalenerlaß" ausgesprochen. Der Stiftungsvorstand der Klinik wurde aufgefordert, diesen Erlaß nicht mehr anzuwenden. Was war vorausgegangen?

Die Orthopädische Klinik ist eine Stiftung öffentlichen Rechts mit ca. 800 Beschäftigten, Stiftungsvorstand ist das Kultusministerium von Baden-Württemberg. Als im Herbst 1973 der Erlaß des Innenministers Schieß im öffentlichen Dienst in Kraft trat, galt er nicht für unsere Klinik. Trotzdem hat die Verwaltung zumindest in einem Fall einen bereits eingestellten Kollegen entsprechend dem Schieß-Erlaß vom Verfassungsschutz überprüfen lassen.

Weil wegen einer Kandidatur des Kollegen für das Studentenparlament vor Jahren "Zweifel an seiner Verfassungstreue" für das Kultusministerium bestanden, wurde er zu einer Stellungnahme über seine politische Einstellung aufgefordert.

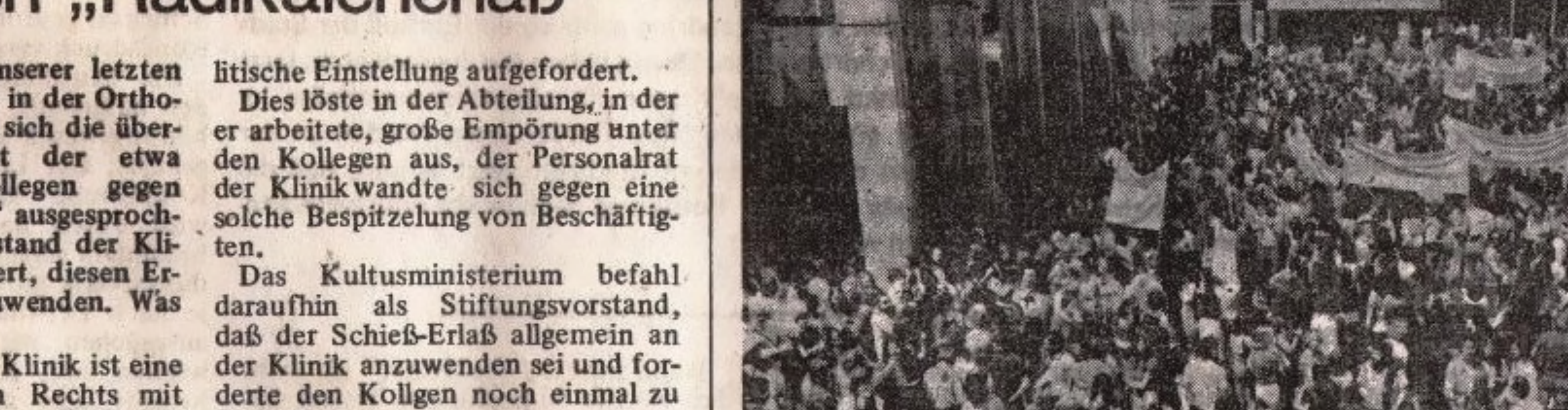
Dies löste in der Abteilung, in der er arbeitete, große Empörung unter den Kollegen aus, der Personalrat der Klinik wandte sich gegen eine solche Bespitzelung von Beschäftigten.

Das Kultusministerium befahl daraufhin als Stiftungsvorstand, daß der Schieß-Erlaß allgemein an der Klinik anzuwenden sei und forderte den Kollgen noch einmal zu einer Stellungnahme auf.

Die Folge war ein Beschluß des Personalrats gegen den Schieß-Erlaß und eine Erklärung fast aller Kollegen der Abteilung, in der der überprüfte Kollege arbeitet, gegen den Erlaß.

Als dann auf der Personalversammlung am 13.5. von einigen Kollegen dieser Abteilung ein Beschlußantrag gegen die Anwendung des Schieß-Erlaß eingebracht wurde, wagten der anwesende Klinikdirektor Cotta und der Verwaltungsdirektor nichts dagegen zu sagen und der Antrag wurde mit überwältigender Mehrheit angenommen.

–Zelle Orthopädie–



Reutlingen. Gegen den Sparerlaß des Kultusministeriums, der vorsieht, daß wegen Kündigung freigewordene Assistentenstellen erst nach 6 Monaten wieder besetzt werden können, führten die Studenten der Fachhochschule Reutlingen letzte Woche einen eintägigen Warnstreik durch. Sie forderten die sofortige Wiederbesetzung einer Assistentenstelle. Zur gleichen Zeit führten die Studenten der Pädagogischen Hochschule Reutlingen einen 3-tägigen Warnstreik gegen die Einführung des Numerus Clausus und gegen die Berufsverbote durch. Auf einer gemeinsamen Kundgebung, zu der sich die zwei Demonstrationszüge einfanden, legten sie ihre Forderungen öffentlich dar.

Ein guter Anfang

Aachen. Am Mittwoch, dem 14. Mai, wurde in Aachen auf einer Veranstaltung ein Komitee gegründet unter den Forderungen "Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!"

Schon bei der Vorbereitung der Veranstaltung hatten wir gemerkt, daß unser Vorschlag in der Bevölkerung auf reges Interesse stieß. Bei unseren Gesprächen in der Stadt hatten wir eigentlich immer nur Zustimmung erhalten für unseren Vorschlag, das Volk solle über das Abtreibungsverbot selber Entscheidung treffen.

Die Komiteegründung war für unsere kleine Gruppe ein großer Erfolg. Fast hundert Menschen waren gekommen, etwa die Hälfte davon gehörten keiner Organisation an. Manche mußten sogar wieder gehen, weil der Raum brechend voll war.

Zu Beginn wurden kurze Theaterszenen aufgeführt, die zeigten, daß es die soziale Notlage ist, die Menschen zur Abtreibung zwingt, und daß die Strafandrohung des § 218 die Frauen in die Hände von Kurpfuschern treibt, weil ärztliche Hilfe verweigert wird.

In einer anschließenden Diskussion wurde sehr heftig über unseren Vorschlag diskutiert. Einig waren sich alle Anwesenden in der Forderung "Weg mit dem § 218!". Die "Aachener Frauengruppe" fand mit ihrer Argumentation, daß der Kampf gegen den § 218 in erster Linie Sache der Frauen und nicht des Volkes sei, unter den übrigen Anwesenden keine Zustimmung. Auch die trotzkistische SHG fand keine Anhänger mit ihrer Behauptung, der Kampf für einen Volksentscheid gegen den § 218 führe die Bewegung in eine Niederlage.

Zum Schluß stellten wir eine Resolution zur Abstimmung, die die Forderungen des KBW enthielt. Ergebnis: 55 dafür, 23 dagegen, 8 Enthaltungen.

29 Menschen, darunter eine ganze Reihe Hausfrauen und Berufstätige, erklärten durch ihre Unterschrift ihre Absicht, in dem auf der Veranstaltung gegründeten Komitee zu arbeiten, das diese Forderungen unter der Aachener Bevölkerung verbreiten will.

U.K., Kommunistisches Kollektiv Aachen

Was soll der JUSO-Vorschlag bringen?

Auf ihrem letzten Bundeskongreß haben die Jungsozialisten einen Beschluß zur Verteidigung der Fristenlösung gefaßt und einen Vorschlag, wie sie doch noch durchgesetzt werden kann, verabschiedet.

Die Jungsozialisten stellen in ihrem Beschluß fest, daß dieses Urteil *"die Hoffnung von Millionen Frauen auf einen sozialen Schwangerschaftsabbruch zerschlägt"*.

Das ist nur teilweise richtig. Denn viele Frauen und Männer – obzwar der Beschluß der Jungsozialisten keine Männer kennt – hatten auch nicht die Hoffnung, daß die Fristenlösung einen "sozialen Schwangerschaftsabbruch" ermögliche. Denn was soll sozial sein an einer Lösung, die die Strafandrohung durch den Staat und die Bevormundung durch Beratungsstellen – die als Zuträger der Strafbehörde dienen – beibehält?

Gegenüber dieser Idealisierung der Fristenlösung hält selbst noch das evangelische Zentralinstitut für Familienfragen die tatsächlichen Verhältnisse fest, wenn es in seinem Tätigkeitsbericht 1974 schreibt: *"Die Strafandrohung bei Abtreibung wirke sich in der Praxis so aus, daß viele betroffene Frauen – wenn schon nicht die Abtreibung – so doch in jedem Fall die Beratung vermeiden werden, aus Angst vor der Aufdeckung der Abtreibung."* (Frankfurter Rundschau vom 15.5.)

Würden die Jungsozialisten von dieser Lage ausgehen, so könnten sie auch schwerlich die Fristenlösung verteidigen, die die Unterdrückung durch den § 218 lockert, aber nicht aufhebt.

Um dennoch die Fristenlösung als "Hoffnung von Millionen" ausgeben zu können, gehen die Jusos daher nicht von der sozialen Lage der Millionen, sondern von den Vorstellungen der CDU/CSU und des Papstes aus.

Dazu schreiben sie, *"daß sich das Urteil der Mehrheit der Bundesverfassungsrichter an den weltanschaulichen Vorstellungen der katholischen Kirche und der CDU/CSU orientiert"*. Das ist freilich richtig – obwohl auch in der SPD mancher lieber ein Indikationenmodell als die Fristenlösung will – aber wird damit mehr bewiesen, als daß die Unterdrückung und Bevormundung beim Indikationenmodell schärfer ist als bei der Fristenlösung.

Das Recht auf Abtreibung, das die Massen in den vorhandenen Ausbeutungsverhältnissen brauchen, geben aber beide nicht, weder das Indikationen- noch das Fristenmodell.

Nachdem so die Jungsozialisten die Fristenregelung im Vergleich mit den Vorstellungen der CDU/CSU als kleineres Übel dargestellt haben, fragen sie, wie man das noch erreichen kann.

Man muß eine *"konsequente Mobilisierung"* für die Fristenlösung aufnehmen, sagen sie dazu. Eine "konsequente Mobilisierung" tut not, aber schwer wird dies gehen für eine Forderung, die die Fesseln des § 218 nur lockert, nicht zerschlägt.

Und wie soll die Mobilisierung erfolgen? Jedermann weiß, daß sie nurmehr gegen den Staat, seine Verfassung und den Spruch des Gerichtes durchgeführt werden kann. Es müßten die Jungsozialisten also zumindest fordern, daß dieses Urteil auch gegen den Willen des Gerichtes und des bürgerlichen Staates weg muß, und wer anders als das Volk könnte das durchsetzen.

Aber eine solche Konfrontation will dieser staatserhaltende Beschluß der Jungsozialisten nicht, denn der Wille des bürgerlichen Staates ist ihnen wichtiger als der der Massen. Also sinnen sie darauf, die Interessen der Massen mit denen des bürgerlichen Staates auszusöhnen.

Dazu schreiben sie, *"das Bundesverfassungsgericht als letzte Kontrollinstitution gegenüber staatlichen Entscheidungen darf nicht zu einem verlängerten Arm von im Bundestag unterlegenen Minderheiten werden"*. Offensichtlich soll das Gericht zum "verlängerten Arm" der Mehrheit im Bundestag, zum Langarm der SPD und FDP werden, denn, so meinen die Jungsozialisten, es müßten bloß die richtigen Richter im Verfassungsgericht sitzen.

Und was hätten die Volksmassen davon? Rein nichts! Denn Richter, die ihre Stellen den Hinterzimmermauscheleien bürgerlicher Politiker verdanken, die von den Volksmassen nicht kontrolliert und zur Rechenschaft gezogen werden können, solche Verfassungsrichter, auch wenn sie der SPD angehören, sie nützen dem Volke nichts. Andere Richter sieht aber die Verfassung nicht vor.

Mobilisierung der Massen zum Zwecke der Kürung von SPD-Mitgliedern als Verfassungsrichter, das aber ist der Vorschlag des Juso-Beschlusses. So fordern sie zum Schluß, *"daß die Vertreter der SPD aus Bundestag und Bundesrat bei der im Herbst anstehenden Neuwahl von Verfassungsrichtern mehr als bisher Juristen mit einer fortschrittlichen Verfassungsinterpretation vorschlagen und unterstützen"*.

Aber wie soll ein Verfassungsrichter fortschrittlich sein, der die Aufgabe hat, eine Verfassung zu verteidigen, die das Privateigentum der Kapitalisten schützt?

Darüber hinaus übersehen sie noch, daß nicht einmal SPD-Juristen als Verfassungsrichter für die Durchsetzung der Fristenlösung garantieren könnten. Denn erstens hat das Gericht bereits entschieden, und zweitens wehrt sich die bürgerliche Klasse gegenwärtig gegen jede Lockerung der Unterdrückung durch den § 218. Eben das kann man an den Reihen der Gegner der Fristenlösung innerhalb der SPD und an der scharfen Front gegen die völlige Streichung des § 218 gut sehen.

Was also bieten die Jungsozialisten der Bewegung gegen den § 218 an? Daß sie sich wieder auf den parlamentarischen und gesetzlichen Rahmen besinnt und auf eine Umbesetzung des Gerichtes hofft.

Einen Fuß auf den Boden wird dieser Vorschlag kaum bekommen, denn zum Kampf gegen den § 218 trägt er nichts bei, eher schon ist er ein Vorschlag, wie Jungsozialisten Verfassungsrichter werden können. Dafür wird man aber die Arbeiterklasse und das Volk nicht gewinnen können. Gewinnen kann man sie nur mit einer Forderung, die ihren Interessen entspricht: **"Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden!"** –e.r.–



Auf der 1. Mai-Demonstration in Westberlin

*

Würzburg. Auf Initiative der Sympathisantengruppe des KBW haben sich am 14.5. 20 Menschen zu einem Komitee gegen den § 218 zusammengeschlossen.

Essen. Um die Gründung eines Komitees gegen den § 218 vorzubereiten, haben sich 15 Menschen zu einem Initiativkreis zusammengeschlossen.

Freiburg. Die Initiativgruppe Freiburg führte am Freitag, den 16.5. zusammen mit der Stadtteilzelle des KBW eine Veranstaltung für die ersatzlose Streichung des § 218 durch. 45 Menschen folgten der Einladung. Zum Schluß trugen sich 11 Menschen in eine Liste ein, die die Arbeit der Initiative unterstützen wollen.

Mönchengladbach. Verboten hat der Direktor am neusprachlichen Gymnasium eine Podiumsdiskussion, die die Schülermitverwaltung mit Vertretern der bürgerlichen Parteien, des KBW und des Komitees "Weg mit dem § 218" veranstalten wollte. Der Direktor begründete das damit, er könne es mit seinem Beamteneid nicht vereinbaren, daß an der Schule die Fristenlösung oder andere Forderungen vertreten würden, die gegen das Urteil des Verfassungsgerichts verstießen und daß gegen das Gericht gehetzt werde.

Wiesbaden. Nach der Gründung von Komitees im Stadtteil Bieberich und in Stadtmitte hat sich am 12.5. auch in Klarenthal auf Initiative der Stadtteilzelle des KBW ein Komitee gegen den § 218 mit 15 Mitgliedern gebildet.

Braunschweig. 25 Menschen kamen zu einer Versammlung der Ortsgruppe, die die Gründung eines Komitees vorbereiten soll.

Mannheim. In einem Leserbrief an das ÖTV-Magazin hat die Fachgruppe Vorschulerziehung sich entschieden gegen den § 218 ausgesprochen und die Durchführung eines Volksentscheides zur Frage des § 218 gefordert. Außerdem weist die Fachgruppe darauf hin, daß es überall an Kindertagesstätten und Kindergärten fehlt, um es den Frauen besser zu ermöglichen, ihre Kinder zu versorgen und zum Unterhalt der Familien beizutragen.

„Die Ärzte lächelten nur milde"

Vor ca. 1 1/2 Jahren hatte ich plötzlich starke Unterleibsschmerzen. Nachdem mir vorher drei verschiedene Ärzte versichert hatten, ich könnte keine Kinder bekommen, ging ich in die Uniklinik. Bei der Untersuchung konnte die Ärztin nichts feststellen Nach ca. 14 Tagen waren die Schmerzen jedoch so schlimm und ich machte selbst einen Schwangerschaftstest. Er war positiv. Ich ging sofort in die Klinik. Jetzt meinte die Ärztin, der Test wäre positiv, aber es wäre zu 90 % eine Eileiterschwangerschaft und ich müßte in der Klinik bleiben.

Ca. 3 Wochen war ich dann in der Frauenklinik. Ich lag in einem 6-Bett-Zimmer und bekam gesagt: "Da es bei Ihnen nicht 100 % sicher ist ob eine Eileiterschwangerschaft vorliegt, können wir nicht sofort den Eingirff vornehmen, wenn's akut wird, operieren wir Sie." Im gleichen Satz: "Sie sind Schülerin? Nicht verheiratet, oder? " Die Oberschwester maß mich mit mitleidigem Blick und erklärte bei jeder Visite dem Arzt auf's neue daß ich die Schülerin sei.

Ich war verzweifelt, was sollte ich mit einem Kind anfangen in meiner Lage? Ich schilderte den Ärzten, daß ich (als Schülerin bekam ich 380 DM und zahlte 180 DM Miete) das Kind nicht austragen könne. Sie sollten mich doch gleich operieren, ich wollte nicht warten, bis es akut wird, ich hatte ganz einfach Angst. Ich erklärte ihnen, daß ich aus einer Arbeiterfamilie komme, wo das Geld gerade zum Leben reicht, es unmöglich wäre, dem Kind überhaupt eine Existenz, d. h. Wohnraum, Kleidung, Erziehung, Zuwendung zu gewährleisten. Aber Ärzte und Oberschwester belächelten mich nur milde und spielten sich zu meinen Richtern auf! Ich verließ auf eigene Verantwortung die Klinik. Nach langem Suchen fanden wir einen Arzt in der Schweiz

Aber dazu mußten wir mindestens 1 500 DM flüssig machen, woher sollte ich die nehmen? Meine Eltern konnten mir nichts geben. Meine Freundin leerte ihr Sparbuch, ich nahm meine letzten paar Mark zusammen, von denen ich eigentlich diesen Monat leben wollte, den Rest mußte sich mein Freund bei allen möglichen Bekannten zusammenleihen.

Für die 1. Untersuchung in der Schweiz mußten wir gleich 250 Franken bezahlen. Dann wurden wir zu einem Psychiater geschickt, der bestätigte (für 300 Franken), daß ich seelisch nicht in der Verfassung wäre, ein Kind zu bekommen, dadurch sicherte sich der Arzt vor dem Gesetz ab. Erst jetzt bekam ich einen Termin für die Operation. .. Man erklärte mir, ich muß 1 000 Franken im voraus bezahlen, da es ja Komplikationen geben könnte.

In der Klinik selbst waren 10 2-Bett-Zimmer, alle belegt mit sogenannten Patientinnen, pro Person ca. 1 500 Franken. Am 1. Tag wurde vorbereitet, am 2. Tag operiert und noch halb in Narkose wurde ich dann entlassen mit einem Rezept für die Nachbehandlung und der Verpflichtung, noch drei Tage in einem Hotel Bettruhe zu behalten. Kostenpunkt insgesamt 1 850 Franken. Die Nachwirkung war ein Selbstmordversuch. Die Situation in der Klinik, wo aus den Notlagen der Patienten Geld geschöpft wurde, wo man wie ein Stück Vieh behandelt wurde und die lange Autofahrt zurück, da wir den Aufenthalt im Hotel nicht mehr bezahlen konnten, was zu erheblichen Komplikationen führte, die nicht mehr völlig zu beheben sind, hatten mich völlig fertig gemacht.

Heute weiß ich, daß es vielen anderen Familien und jungen Mädchen so ergeht wie mir. Daß Ärzte diese Notlagen ausnutzen können, ist nur möglich durch den § 218. Mag es durch ein Indikationsmodell sein oder die Fristenlösung, der Staat selbst zwingt einen durch Strafandrohung in die Hände solcher Ärzte.

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Benda, verdient 11.410 DM. Den Frauen solcher Herren dürfte ein ungewolltes Kind keine solche Schwierigkeiten machen, denn sie haben die Gelegenheit, diese "unbequemen Nebenerscheinungen" in einem Sanatoriumsaufenthalt entfernen zu lassen!

Wenn aber die Arbeiterklasse durch den Zwang zum Kinderkriegen noch mehr in soziales Elend gestürzt wird und dadurch die Arbeiterfamilie noch mehr abhängig wird von ihrem Arbeitgeber, da das Geld für einen zusätzlichen Esser her muß, wagen es diese Herren vom Bundesverfassungsgericht, große Debatten zu führen, ob der Mensch ab dem 2. oder 3. Monat ein Mensch ist.

Diejenigen, die Geld haben, und das sind nur wenige in unserem System, können unabhängig vom Gesetz eh abtreiben lassen, aber die Mehrheit der Menschen, die alle Werte in unserem System erarbeiten, sollen durch solch einen Paragraphen noch mehr in soziale Nöte und Abhängigkeit von den Kapitalisten geraten und sich bevormunden lassen. Und ich trete deshalb für die völlige Streichung des § 218 ein.

–b–

Wir weisen noch einmal auf den Termin des Treffens mit den Komitees und Initiativen gegen den § 218 hin, zu dem der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) eingeladen hat.

Das Treffen findet am **31.5./1.6.** statt.

Anmeldung beim zentralen Büro des KBW, 6800 Mannheim
Sandhofer Str. 29
Tel.: 0621 / 36 0 12

Berichtigung

In der KVZ Nr. 19 ist ein Artikel irrtümlich mit der Forderung "Weg mit dem Bundesverfassungsgericht" überschrieben! Richtig muß die Überschrift lauten "Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!".

Teilnahme in Uniform an den Mai-Kundgebungen:

Großes Durcheinander in den Stäben

Die Teilnahme vieler Soldaten in Uniform an den gewerkschaftlichen Mai-Kundgebungen und -Demonstrationen unter klassenkämpferischen Forderungen war ein großer Erfolg. Überall, wo die Soldaten mit ihren Forderungen zum Beispiel nach freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung in der Bundeswehr oder nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit oder nach Kündigungsrecht für Zeitsoldaten auftraten, kamen ihnen die Kolleginnen und Kollegen mit großer Sympathie entgegen. Die Soldaten sind ein fester Bestandteil der Arbeiterklasse und des Volkes, das zeigte sich schon daran, daß überall dort, wo die Soldaten klar auftraten, die Arbeiter und Angestellten sie vor dem Zugriff der von den Kommandeuren ausgeschickten Feldjäger schützten. Die militärischen Polizeischergen mußten unverrichteter Dinge abziehen. Überhaupt nur dort, wo sich die Soldaten nicht auf die Kraft und Solidarität der Arbeiterklasse und des Volkes verließen, und beim Erscheinen ihrer Vorgesetzten oder der Feldjäger Hals über Kopf davon zu laufen versuchten, hat die Bundeswehrführung es gewagt, zum Gegenschlag auszuholen und versucht, die Soldaten zu bestrafen. Wie sie sich überhaupt angesichts dieser breiten politischen Bewegung unter den Soldaten verhalten soll, darüber ist die Bundeswehrführung offenbar in große Verwirrung geraten. In den Kommandostäben herrscht großes Durcheinander, die Offiziere bis hinauf ins Verteidigungsministerium streiten sich darüber, wie sie gegen die politische Bewegung unter den Soldaten vorgehen sollen. Einen Eindruck von dem Durcheinander zeigt die folgende Korrespondenz aus

streiten sich darüber, wie sie gegen die politische Bewegung unter den Soldaten vorgehen sollen. Einen Eindruck von dem Durcheinander zeigt die folgende Korrespondenz aus

Hamburg. Außerdem sieht man daran gut, daß die Lage günstig ist, daß die Soldaten- und Reservistenkomitees überall an Einfluß gewonnen haben und daß sie ihren Einfluß weiter ausdehnen können. Eine gute Gelegenheit, das zum Ausdruck zu bringen, bieten zum Beispiel die noch anstehenden DGB-Demonstrationen zur Jugendarbeitslosigkeit.

–Red.–

wie es hieß – vor wenigen Tagen erreichte. In diesem Telegramm – mehrere Seiten dick – wurden eine ganze Reihe von Fällen aufgeführt, in denen es gestattet bzw. verboten ist, Uniform zu tragen:

Erlaubt ist es: auf Veranstaltungen des DGB, sofern sie "unpolitischen" Charakter haben; auf Berufsversammlungen (Feste. z. B. der Klemptnerinnung); im Theater usw.; auf Veranstaltungen, zu denen man als Vertreter der Bundeswehr eingeladen ist, und positiv die Bundeswehr vertritt.

Dort, wo sich kritisch über die Bundeswehr geäußert wird, ist es verboten, in Uniform aufzutreten. Denn die Bevölkerung könnte ja den Schluß daraus ziehen, daß die, die auf einer Demonstration in Uniform an der Seite der Arbeiter mitgehen, die gesamte Bundeswehr repräsentieren und dem sei doch nun wirklich nicht so. Ansonsten wird den Soldaten in diesem Telegramm noch empfohlen, wenn eine Veranstaltung zu "politisch" wird, sich unauffällig zu verdrücken.

Nach diesem Telegramm hätten wir uns also ohne weiteres an der 1.Mai-Demonstration des DGB in Hamburg beteiligen können. Die Bundeswehrführung wollte aber wohl 100 % sicher gehen und uns erstmal gehörig einschüchtern, daß auch ja keiner auf die Idee kommt, in Uniform zu demonstrieren.

–XY, 2./Pz Gren Btl. 72–

Widerruf

Heidelberg. Drei Zivildienstleistende und ein Student, der einen Antrag

Widerruf

Heidelberg. Drei Zivildienstleistende und ein Student, der einen Antrag

auf Wehrdienstverweigerung gestellt hat, haben jetzt in einer gemeinsamen Erklärung an das Kreiswehrersatzamt ihre Kriegsdienstverweigerung widerrufen. Zum Schluß der Erkärung heißt es:

Wir sind der Überzeugung, daß nur der bewaffnete Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes diese in die Lage versetzen wird, die politische Macht zu erringen, um die herrschende Ausbeuterordnung ein für alle Mal zu beseitigen.

Es ist deshalb notwendig, in der Bundeswehr gegen die rechtlose Lage der Soldaten anzukämpfen und den Unterdrückungscharakter der Bundeswehr zu entlarven. Es ist richtig, sich in der Bundeswehr militärische Kenntnisse anzueignen, um so der Arbeiterklasse und dem Volk am besten dienen zu können.

Aus diesen Gründen widerrufen wir unseren Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer.

Heidelberg, den 8.Mai 1975
Rainer Bless, Zivildienstgruppe 2 Heidelberg, Zdl.
Peter Platt, Zivildienstgruppe 2 Heidelberg, Zdl.
Günther Fray, Bodelschwingheim Weinheim, Zdl.
Achim Mayer, Heidelberg, Neuenheimer Feld 685, Student (noch nicht anerkannt).

Das Demonstrationsverbot für Soldaten in Uniform wurde zurückgenommen

Hamburg. Am 30.4.1975, kurz vor Dienstschluß, ließ uns der Kompaniechef durch seinen Stellvertreter vor dem Kompaniegebäude antreten. Wir ahnten Schlimmes. Der wird doch wohl keinen Nachtdienst anordnen! Doch dann kamen nur zwei Sätze: "Befehl vom obersten Dienstherrn: Es ist für Soldaten verboten, an Mai-Kundgebungen teilzunehmen. Irgendwelche Fragen . . .? ! Wegtreten!"

Eine gute Woche später wurde dieser Befehl teilweise wieder zurückgenommen. Die Kompanie wurde wieder versammelt und ein Telegramm vorgelesen, welches schon über 14 Tage alt war, das Bataillon aber erst –

35 Tage Bau wegen 1. Mai-Demonstration

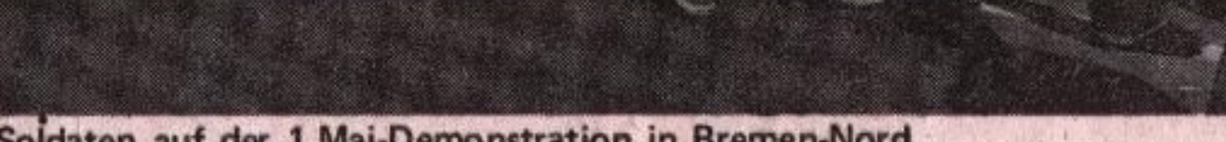
Mit Disziplinarstrafen sollen die Soldaten eingeschüchtert werden, damit sie auf die Teilnahme in Uniform an Demonstrationen verzichten

Mannheim. Am 15. Mai wurden 3 Soldaten der Ludwig-Frank-Kaserne wegen Teilnahme in Uniform an der 1. Mai-Demonstration und der anschließenden Kundgebung des KBW mit insgesamt 35 Tagen Arrest bestraft: Gefreiter Weckenmann (2./970) 15 Tage, die Funker Valoch und Feuling (beide AusbKp 971) je 10 Tage.

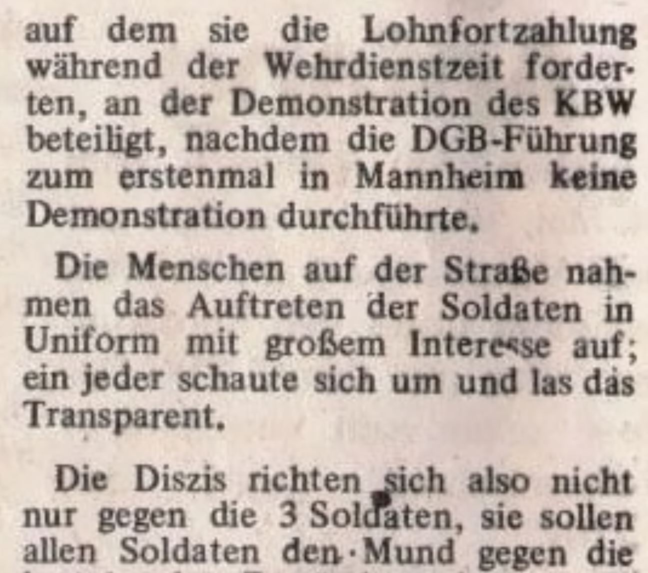
Am 1. Mai hatten sich 5 Soldaten in Uniform mit eigenem Transparent auf dem sie die Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit forderten, an der Demonstration des KBW beteiligt, nachdem die DGB-Führung zum erstenmal in Mannheim keine Demonstration durchführte.



Soldaten auf der 1.Mai-Demonstration in Bremen-Nord.



Soldaten auf der 1.Mai-Demonstration in Bremen-Nord.



Die Menschen auf der Straße nahmen das Auftreten der Soldaten in Uniform mit großem Interesse auf; ein jeder schaute sich um und las das Transparent.

Die Diszis richten sich also nicht nur gegen die 3 Soldaten, sie sollen allen Soldaten den Mund gegen die bestehenden Zustände verbieten, um noch besser über sie verfügen zu können. Dagegen müssen sich alle Soldaten zur Wehr setzen.

Es kommt jetzt darauf an, daß sich die Soldaten mit den 3 Bestraften solidarisieren, daß sie der örtlichen Bundeswehr-Führung zeigen, daß sie ihre Gesinnungsurteile nicht widerstandslos hinnehmen und sich für die Rücknahme der Diszis einsetzen. Durch eine Unterschriftensammlung, die es in allen Kompanien durchzuführen gilt, soll versucht werden, daß möglichst viele Soldaten mit ihrer Unterschrift gegen die Disziplinarstrafen protestieren und damit die verantwortlichen Offiziere zur Rechenschaft ziehen. Denn bei geschlossenem Widerstand der Soldaten gegen ihre weitere Entrechtung wird sich das Offiziersgesindel künftig viel genauer überlegen müssen, Diszis solcher Art auszuteilen.

Für die Rücknahme des Disziplinararrestes für Weckenmann, Valoch und Feuling!

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Kaserne!

M., Antimilitaristische Gruppe Mannheim

Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Kaserne!

M., Antimilitaristische Gruppe Mannheim

1.Teil eines Interviews mit einem französischen Soldaten in der Karlsruher Garnison

Die französischen Besatzungstruppen in Westdeutschland

Frage: Seit Ende des 2. Weltkrieges gibt es in der BRD Stellungen der französischen Armee. Warum?

Antwort: Die offizielle Begründung für die Anwesenheit französischer Truppen in Westdeutschland ist die, daß die Pfufferzone zwischen Rußland und dem französischen Hinterland mit französischen Soldaten verstärkt werden muß. In den NATO-Papieren (aus der Zeit als Frankreich neben dem zivilen auch dem militärischen Zweig der NATO angehörte) ist die erste Pfufferzone der Rhein. Daher gilt der Rhein auch als erste massive Kampffront, was auch die Anwesenheit von massiven Einheiten der Amerikaner und der Bundeswehr, wie Raketenbasen und Flughäfen, zeigen.

Die andere Seite, warum die französischen Soldaten in der BRD stationiert sind, bezieht sich auf die innerpolitischen Aufgaben der Armee in Frankreich. Durch die völlige Isolation der in der BRD stationierten Rekruten soll ein letztes Arsenal an Kampftruppe für die herrschende Klasse Frankreichs herangezüchtet werden.

Ein Beispiel dazu: Im Mai 1968, als sich in Frankreich Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten zu Tausenden erhoben, wurden die französischen Soldaten in der BRD völlig isoliert: Radios, Zeitungen, Kontaktnahme mit dem Heimatland waren verboten. Es mußte von den Herrschenden verhindert werden, daß die FFA (Forces francaises en Allemagne) sich mit der Bewegung solidarisierte.

Ein anderes Beispiel ist der Einsatz der FFA als Streikbrecher bei den Müllarbeiter und Poststreiks 1974/75 in Paris (es waren Karlsruher Einheiten). Aber die Soldaten setzten sich zur Wehr gegen diesen üblen Einsatz: z. B. wurde einfach der Mülldreck auf dem Kasernengelände abgeliefert, schickten die Soldaten die Post absichtlich in die falsche Richtung. Dieser Protest hat sich weiterentwickelt: 1975 legten die Soldaten von Vincennes (bei Paris) ihren Protest in einem Flugblatt nieder, das auch in verschiedenen französischen Zeitungen abgedruckt wurde.

Ein dritter Grund für die Stationierung französischer Einheiten in der BRD ist der mögliche Einsatz dieser Truppen gegen die Arbeiterklasse und das Volk von Westdeutschland. In gemeinsamen Manövern zwischen Bundeswehr und FFA wird das Zusammenspiel dieser Truppen geübt. Weiterhin stützt sich die Zusammenarbeit dieser Staaten auf die Westeuropäische Union, die zuerst als Militärbündnis gegen Deutschland, als Vorläufer dann zur NATO gegründet worden war. Heute gehören ihr Frankreich, England, Deutschland, die Benelux-Länder und Italien an, die sich zur gegenseitigen militärischen Hilfe verpflichtet haben.

Frage: Welche Franzosen werden für die FFA ausgesucht?

Antwort: Viele Leute meinen, die französischen Soldaten wären – entsprechend zu den amerikanischen in der BRD – Freiwillige. Das stimmt aber nicht; Freiwillige gibt es unter uns höchstens ein Prozent. Die Stationierung hier in Westdeutschland hat hauptsächlich disziplinarische, politische Gründe: Junge Männer, die sich im zivilen Leben aktiv am Kampf gegen das bürgerliche System beteiligt haben, werden nach Deutschland geschickt. Zum überwiegenden Teil nicht Franzosen aus grenznahen Gebieten, sondern von weither. Die sozialen, politischen und beruflichen Bindungen der Rekruten sollen zerstört werden. Die Einheiten der französischen Armee in der BRD können also ohne weiteres als Strafkolonien bezeichnet werden.

Das kann man auch an der Tatsache ablesen, daß in die BRD ehemalige Truppenteile aus den französischen Kolonien verlegt wurden. Die alten Offiziere, die sich schon in der Unterdrückung fremder Völker bewährten, sollen sich auch im Zerbrechen der jungen Soldaten bewähren!

Das Zeichen der FFA in Karlsruhe zum Beispiel – es ist eine Burg und ein Büffelkopf – rührt ebenfalls aus den Kolonialkriegen her: der Büffelkopf war das Zeichen der französischen Armee in Algerien. In der BRD ist im allgemeinen Infanterie stationiert; es ist nicht selten, daß die Soldaten bis zu 120 km pro Woche marschieren müssen. So gab es kürzlich erst einen Toten bei diesen mörderischen Einsätzen.

Frage: Welchen Bedingungen unterliegen die französischen Soldaten in der BRD?

Antwort: Die französischen Soldaten in der BRD sehen sich vor großen Schwierigkeiten: nach Hause ist es sehr weit, zur deutschen Bevölkerung haben sie keinen Kontakt. Es ist nicht erstaunlich, daß in der Armee die Selbstmordrate am höchsten ist.

Und daß diese Situation nicht ein Zufall, sondern Berechnung ist, zeigt folgendes Beispiel: Soldaten, die auf der Demonstration in Karlsruhe dabei waren, sollten ein Gutachten unterschreiben, daß sie verrückt wären. Eine psychiatrische Klinik in Freiburg dient – solange sie in den Händen der militärischen Hierarchie ist – ebenfalls dazu, uns noch mehr fertig zu machen.

Frage: Wie sieht der Widerstand in der französischen Armee aus?

Antwort: Selbstverständlich hat sich die gesamte gesellschaftliche Entwicklung auch auf die Armee niedergeschlagen. Der Klassenkampf in Frankreich und der Widerstand in der Armee hängen eng zusammen.

Seit Mai 1968 hat die Frage der Armee in der öffentlichen Diskussion eine immer größere Bedeutung. Als 1974 Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden mußten, wurde auch in der Armee unter den Soldaten mehr über die Politik geredet. Verschiedene Organisationen der Linken befaßten sich mit der Frage der Armee. Die Ligue Communiste, eine trotzkistische Organisation, brachte in Zusammenarbeit mit französischen Soldaten eine Erklärung heraus, die zuerst von 100 Soldaten unterzeichnet wurde und daher unter dem Namen "Aufruf der 100" verbreitet wurde. In kürzester Zeit waren 5 000 bis 6 000 Unterschriften unter diesem Aufruf, der zwar an sich viele reformistische Forderungen enthielt, aber ein wichtiges Dokument für den Beginn einer Diskussion in der gesamten französischen Armee war.

Der Erfolg dieses Aufrufs waren kleine Reförmchen (z. B. 40 Centime pro Tag mehr), aber schon das war einigen Offizieren schon zuviel. In der südfranzösischen Stadt Draguignan wurde für diese Forderungen eine Demonstration durchgeführt. 15 wurden verhaftet, aber aufgrund der großen Solidaritätsbewegung wurden "nur" 3 verurteilt. Diese Solidaritätsbewegung organisierte sich und es entstanden eine Reihe Komitees – gerade auch in den BRD-Einheiten.

2. Teil: "Der Kampf der französischen Soldaten" in der nächsten KVZ

ABC-Abwehr-Tag „Die Soldaten halten sich bereit"

Diez/Westerwald. Am 25.4.75 hatte das Nachschub-Bataillon 310 in Diez seinen ABC-Abwehrtag, der des öfteren für Übungszwecke angesetzt wird. Das Übungsziel ist, die Soldaten zu drillen im Schutz vor atomarer Verstrahlung (A), vor biologischen (B) und chemischen (C) Kampfstoffen. Für diesen Tag wird dann jedesmal eine bestimmte Lage ausgegeben, die einen Ernstfall darstellen soll. Die folgende Lage wurde angegeben: (sinngemäß)

"*Aufgrund der momentanen Situation ist es zu Spannungen zwischen der Zivilbevölkerung und der Bundeswehr gekommen. Radikalen Gruppen ist es gelungen, diese Situation für sich auszunutzen und Teile der Bevölkerung gegen die Bundeswehr aufzuwiegeln. Es ist mit Übergriffen von Teilen der Bevölkerung auf die Freiherr von Stein-Kaserne zu rechnen. Die Soldaten halten sich daher bereit.*" Mit der Abwehr von atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen hat diese Lage wenig zu tun, wohl aber zeigt diese Lage gut den Einsatz der Bundeswehr im Innern gegen das eigene Volk.

–Ein Soldat des **Nachschubbataillons 310**–

Proteste gegen Panzerübungsplatz

Wetzlar. Die Bundesregierung plant, in der Nähe von Hüttenberg im südlichen Kreis Wetzlar einen Panzerübungsplatz einzurichten. Das Verteidigungsministerium versuchte, diesen Plan durchzusetzen und die Bevölkerung zu überraschen. Das ist ihm nicht gelungen. Die Gemeinden protestierten, unter anderem haben auch die SPD-Ortsvereine scharfe Resolutionen gegen diesen Plan beschlossen.

Einschränkung der NATO-Pause

Bruchsal. Oberstleutnant Flügel, Standortkommandant in der Dragoner-Kaserne, hat die NATO-Pause von 30 Minuten auf 15 Minuten verkürzt. Außerdem hat er verboten, daß die Soldaten während dieser Frühstückspause in die Kantine gehen. Sie müssen an ihren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bleiben. Erlaubt ist nur, daß sie einen Soldaten beauftragen, für die Pause in der Kantine für alle einzukaufen. Die Soldaten betrachten diesen Befehl als eine Schikane. Sie **sind darüber empört.**

Westdeutsche Hilfe für die Junta in Chile

Die Bundesregierung stimmt neuen Krediten zu

Trotz aller Proteste gegen das Vorhaben der Bundesregierung, die Auslandsschulden des chilenischen Staates "umzuschulden", d. h. zu stunden, und so der wirtschaftlich schwer angeschlagenen Junta einen weiteren Kredit zu gewähren, hat die Bundesregierung jetzt beschlossen, die Junta zu unterstützen.

Am vorletzten Montag und Dienstag (siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.5.75) haben die USA, die BRD und Frankreich ihre Bereitschaft zur Umschuldung erklärt. Diese drei Staaten haben den größten "Gläubigeranteil" an den chilenischen Auslandsschulden, nämlich 80 %!

Aber nicht genug damit. Dieser Beschluß der drei imperialistischen Staaten veranlaßte jetzt auch die Weltbank, der Junta einen 20 Mio. Dollar Kredit für ein Landwirtschaftsprojekt, das "den ärmsten Bevölkerungsschichten zugute kommt" (FAZ) zu gewähren. *"Aus Anerkennung und Achtung vor der Satzung (der Weltbank) sowie aus Überzeugung, daß es sich um ein gutes, den entwicklungspolitischen Zielen der Weltbank entsprechendes Projekt handle, hat auch die deutsche Seite der Darlehensvergabe zugestimmt."* (Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Es ist notwendig, alle Menschen, die den gerechten Widerstand des chilenischen Volkes unterstützen, zum Protest gegen diese Maßnahmen der Bundesregierung aufzurufen! Wie alle imperialistischen Staaten versucht die BRD, über die Weltbank politisch und ökonomisch Fuß zu fassen, und wie alle imperialistischen Staaten hat sie ein Interesse an der Ausbeutung der chilenischen Arbeiterklasse und an der Ausplünderung der nationalen Reichtümer des Volkes, wozu sie die Junta als Garant dieser Ausbeuterordnung unterstützt. Diesen imperialistischen Machenschaften der Bundesregierung muß das westdeutsche Volk entschieden entgegentreten:

Keine Unterstützung der Junta durch
Keine Unterstützung der Junta durch die Bundesregierung und die westdeutsche Kapitalistenklasse!
Keine Umschuldungsverhandlungen mit der Junta!

Gigantischer Menschenhandel

Unmittelbar im Zusammenhang mit der Umschuldung ist bekannt geworden, daß Pinochet mit einer Flüchtlingsorganisation über die Freilassung von 1 500 politischen Gefangenen nach Westeuropa verhandelt hat. Gerüchten zufolge soll die Innenministerkonferenz der westdeutschen Bundesländer **Ende April** über eine weitere Aufnahmequote von 500 chilenischen Flüchtlingen in die BRD verhandelt haben. Die Umschuldungsverhandlungen stellen sich also bei näherem Hinsehen nicht nur als eine direkte Unterstützung der Junta dar, sondern auch als ein gigantischer Menschenhandel. Erstens macht die Junta an der Ausweisung der politischen Gefangenen (ähnlich wie die imperialistischen Aasgeier in der Endphase der Befreiung des vietnamesischen Volkes) immense Profite, denn sie erhebt eine "Auswanderungssteuer" von ca. 500 DM pro Kopf, das wären also bei 1 500 Gefangenen ca. 750 000 DM!

Zweitens wird die Bundesregierung (wie sie das bisher auch getan hat) die Aufnahme von ein paar Flüchtlingen als Rechtfertigung für ihre Unterstützung der Militärjunta benutzen: Kredit gegen Menschen.

Drittens führt die Junta sogar noch durch diesen Menschenhandel einen Schlag gegen den chilenischen Widerstand durch: Sie verweist die potentiellen Träger des Widerstandes des Landes, spaltet sie auf unterschiedliche Länder auf und unterwirft sie so der Kontrolle der Ausländerbehörden der imperialistischen Staaten; sie entledigt sich also der Mühe, diese Gefangenen zu überwachen und zu kontrollieren. Die westdeutsche Ausländerpolizei hat schon oft genug bewiesen, wie gut sie diese Funktion erfüllen kann.

Der Pfiff bei der Sache ist, daß die Junta nur die Gefangenen des Landes verweist (oder ausreisen "läßt"), die sie willkürlich festgenommen, aber noch nicht verurteilt hat. Die wirklich dringlichen Fälle, die Geiseln z. B., die sie foltert, um Informationen über den Widerstand aus ihnen herauszupressen und die "rechtmäßig Verurteilten", diejenigen also, die der schlimmsten Unterdrückung ausgesetzt sind, behält sie in den Kerkern, Konzentrationslagern und Folterhäusern des Landes. (So hat sich z. B. die englische Regierung bereit erklärt, die 84 Verurteilten des Luftwaffenprozesses aufzunehmen und hat bereits Visa für sie ausgestellt – die Junta läßt sie nicht ausreisen.)

Das heißt natürlich nicht, daß wir
Das heißt natürlich nicht, daß wir uns gegen die Ausreise von politischen Flüchtlingen sperren, aber das heißt, daß wir uns verstärkt um diejenigen Gefangenen kümmern müssen, die die Junta willkürlich festhält und foltert, ohne offiziell anzugeben, daß diese Leute festgenommen sind und wo sie festgehalten werden (es existiert hier eine Liste von ca. 800! solcher Fälle), und um diejenigen, die zu unmenschlichen Kerkerstrafen verurteilt worden sind.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

–B.S., Westberlin–



"Keine Unterstützung für die Junta!" Das war eine der Hauptparolen auf der großen Chile-Solidaritätsdemonstration im letzten September. Die SPD reagierte damals, indem sie ankündigte, ihre Bundestagsfraktion werde im Bundestag einen Antrag auf Einstellung jeder Hilfe an die Junta einbringen und durchsetzen. Das hat sie bis heute nicht getan.. Die Bundesregierung unterstützt die Junta trotz des großen Tamtam von Minister Matthöfer nach wie vor.

Veranstaltungen mit einem Vertreter der ZANU

In mehreren Städten wurden Solidaritätsveranstaltungen mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe organisiert

Bochum

Am Samstag, den 10. Mai, führte der Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika (BASA) eine Solidaritätsveranstaltung mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe durch. Etwa 200 Menschen waren der Einladung des Aktionskreises Südliches Afrika gefolgt.

Höhepunkt der Veranstaltung war der Bericht des Genossen Mutumbuka von der ZANU über die Entwicklung des Befreiungskampfes. Er zeigte, wie das Volk von Zimbabwe sich unter der Führung der ZANU immer mehr zusammenschließt und den bewaffneten Kampf gegen das rassistische Kolonialregime führt. Aus diesem Grund versuchen die rhodesische Smith-Regierung und das Vorster-Regime von Südafrika mit allen Mitteln die ZANU zu schlagen: Sie ließen den Generalsekretär der ZANU ermorden und die gesamte Führung der ZANU in Zambia verhaften. Doch genausowenig wie die Kolonialisten und Imperialisten das Volk von Mozambique und Vietnam in seinem gerechten Kampf für Unabhängigkeit und Demokratie aufhalten konnten, genauso sicher steht ihr Untergang in Zimbabwe fest.

Diese Aussage wurde unterstrichen durch das Theaterstück "Das Volk von Zimbabwe erwacht". Es zeigte, wie die elende Lage des Volkes es zum Widerstand zwingt, wie nach brutaler Unterdrückung friedlicher Demonstrationen die Führer des Widerstandes erkannten, daß nur der bewaffnete Kampf die Gewaltherrschaft der weißen Rassisten beseitigen kann. Grundlage des bewaffneten Kampfes ist die politische Gewinnung des Volkes. Ein Volk, das bewußt für Unabhängigkeit und Freiheit eintritt, ist im Volkskrieg unschlagbar.

Die Ziele der ZANU fanden bei den Teilnehmern der Veranstaltung große Unterstützung. In einer Spendensammlung und Verlosung kamen insgesamt 1 043 DM für die ZANU zusammen. Die Versammlung bekundete ihre Solidarität durch die Verabschiedung einer Solidaritätsresolution, die der örtlichen Presse zugehen soll.

Die Veranstaltung war ein wichtiger Schritt in der Herstellung der Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe. Sie muß zum Ausgangspunkt genommen werden, die Solidaritätsbewegung in Bochum weiter zu verbreitern.

So., Bochumer Aktionskreis Südliches Afrika

Göttingen

Göttingen. Am 14.5. fand in der Göttinger Universität eine von der Gruppe für internationale Zusammenarbeit (GIZ) organisierte Veranstaltung statt zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe (Rhodesien) gegen das weiße Siedlerregime.

Ein Vertreter der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) berichtete über die Fortschritte und Schwierigkeiten im Befreiungskampf seines Volkes nach der Befreiung der portugiesischen Kolonien.

Auf der Veranstaltung waren trotz sehr kurzfristiger Ankündigung knapp 400 Menschen anwesend. Von den Anwesenden wurden über 1 300 DM für die Anschaffung einer Druckereieinrichtung für die ZANU gespendet. Diese ist dringend notwendig; denn die bürgerliche Regierung des Nachbarstaates Sambia hat im Zuge der Durchsetzung der "Entspannungspolitik" gegen die ZANU das gesamte in Sambia befindliche Vermögen der ZANU beschlagnahmt und die öffentliche Arbeit der ZANU allein schon technisch ernsthaft behindert.

Angesichts der Verschärfung des Kampfes im südlichen Afrika selber und der Entwicklung der Solidaritätsbewegung in Westdeutschland wurde auf der Veranstaltung der Vorschlag gemacht, in Göttingen ein Afrika-Komitee ins Leben zu rufen.

–H., Göttingen–

–H., Göttingen–

Hamburg

Hamburg. Am Sonntag, dem 11. Mai, fand in Hamburg eine Veranstaltung des Afrika-Komitees Hamburg zu Zimbabwe statt. Obwohl die Veranstaltung sehr kurzfristig auf diesen Termin hatte verlegt werden müssen, weil der europäische Vertreter der ZANU, Rex Chiwara, für den ursprünglichen Termin plötzlich absagen mußte, waren ca. 400 Menschen gekommen, unter ihnen auch zahlreiche Afrikaner.

Nach einer kurzen Einführung und einem Dia-Vortrag durch das Afrika-Komitee sprach als Vertreter der ZANU der Genosse Mutumbuka, der wenige Tage zuvor aus Lusaka/Sambia gekommen war. Er konnte so sehr lebendig die aktuelle Lage des Kampfes des Volkes von Zimbabwe darstellen und deckte vor allem auch das verlogene "Entspannungs"gerede der Rassisten und Imperialisten auf. Er versicherte, daß die ZANU ihren konsequenten bewaffneten Kampf weiterführen wird bis zur wirklichen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des Volkes von Zimbabwe und mit dem Ziel des Sozialismus. Die ZANU werde in Zimbabwe eine Regierung von der Art der Banda-Regierung nicht zulassen. Sie kämpfe für wirkliche Gleichheit und nicht für den Übergang der Macht an eine schwarze Bourgeoisie.



Das Sammlungsergebnis zeigte die große Solidarität mit dem Kampf der ZANU: Es wurden 2 238,71 DM gesammelt und sieben Schreibmaschinen (darunter eine halbelektrische), die wir gleich noch am selben Abend abgeholt haben. Zwei Schreibmaschinen hat der Genosse Mutumbuka gleich mitgenommen. Dazu kommen noch mehrere kleinere Beträge, die auf kleineren Veranstaltungen des Komitees, von Einzelpersonen und Gruppen etc. gesammelt wurden; u. a hatten Studenten im Schröderstift (einem Wohnheim) eine Tombola veranstaltet und dabei 100 DM gesammelt.

Auf der Veranstaltung wurden außerdem noch 349,30 DM zur Deckung der Ausgaben des Afrika-Komitees im Zusammenhang mit der Veranstaltung gesammelt.

–M.S., Afrika-Komitee Hamburg–

Hannover

Hannover. Am Dienstag, den 13. Mai, fand in der Volkshochschule eine Solidaritätsveranstaltung der AAB (Anti-Apartheids-Bewegung) mit dem Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe (Rhodesien) statt, die von der Ortsgruppe des KBW unterstützt wurde.

130 Kollegen und Freunde waren gekommen, um von Genossen Mutumbuka von der ZANU – Rex Chiwara von der ZANU war verhindert – die Ziele und Kampfschritte des Volkes zu erfahren.

Eine Genossin der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG) bewies an einigen westdeutschen Schulbüchern, daß diese die imperialistische Ideologie von den unselbständigen Schwarzen, denen die "Kulturländer" zum Wohl verhelfen müßten, verbreiten. Es wurden Beispiele der Zusammenarbeit westdeutscher Konzerne wie Klöckner mit Rhodesien genannt.

Auf die Frage nach den politischen Aufgaben der Solidaritätsbewegung in der BRD antwortete der Genosse Mutumbuka: Es geht über materielle Hilfe hinaus darum, den Imperialismus als Urheber für die Lage im südlichen Afrika anzugreifen und nicht nur Protest gegen die Erscheinungsform dabei, die Apartheid-Politik, zu erheben. – Die 130 Versammelten bekräftigten ihre internationale Solidarität mit den richtigen Zielen der ZANU mit einer Geldsammlung, die ca. 800 DM (!) erbrachte.

–GH–

Heidelberg

Heidelberg. Auf einer kurzfristig einberufenen öffentlichen Mitgliederversammlung des Komitee Südliches Afrika sprach am 16.5 der Genosse Mutumbuka, Mitglied des Politbüros der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), vor ca. 250 Menschen über den Befreiungskampf in Zimbabwe (Rhodesien).

Auf der Versammlung wurden 845 DM gesammelt, am nächsten Tag wurden über 500 guterhaltene Kleidungsstücke beim Komitee abgegeben, die an das ZANU-Büro in England geschickt werden. Geldspenden können überwiesen werden auf das Konto 130 32 95, Bezirkssparkasse Heidelberg, c/o J.Burger, ZANU.

Papua-Neuguinea Kupferstreik zerschlagen

Durch einen massiven Polizeieinsatz ist es der Regierung von Papua-Neuguinea Anfang letzter Woche gelungen, den Streik der Arbeiter der Kupfermine von Panguna zu zerschlagen. Die Polizei, die teilweise mit Tränengas vorging, nahm während des dreitägigen Streiks fast tausend Arbeiter fest.

Die streikenden Kupferarbeiter hatten die Wiedereinstellung eines entlassenen Gewerkschaftsführers verlangt, sowie höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Während des Streiks hatten sie die Grube besetzt gehalten und die Verwaltungsgebäude sowie eine Polizeistation gestürmt.

Die Panguna-Kupfermine, eine riesige Anlage, liegt auf der Salomoneninsel Bougainville, die zu dem von Australien verwalteten UN-Treuhandgebiet Neu-Guinea gehört, Neu-Guinea soll zusammen mit dem australischen Papua-Territorium als Papua-Neuguinea noch in diesem Jahr ein unabhängiger Staat werden.

Die Panguna-Kupfermine gehört zu der Bougainville Copper-Gesellschaft. Die Grube wurde im Jahre 1973 in Betrieb genommen. An den Kosten der Erschließungs- und Bauarbeiten in Höhe von umgerechnet 1,28 Mia. DM beteiligten sich neben 33 anderen Banken auch die Dredner Bank.

–L.N., Kommunistische Studentengruppe Bonn–

Koreanischer Geheimdienst raus aus Westdeutschland

Duisburg. 119 südkoreanische Bergarbeiter der Schachtanlage Walsum protestierten gegen die Entlassung eines Landsmannes, der vor wenigen Wochen schwere Vorwürfe über südkoreanische Geheimdiensttätigkeit in Duisburg (wie berichtet) erhoben hatte. Der Koreaner, der nach einer "Schlägerei" entlassen wurde, soll nach Mitteilung der evangelischen Kirche "obwohl er unschuldig ist" bereits am Donnerstag ausgeflogen werden. Er befürchtet Repressalien in seinem Heimatland. Die Duisburger Polizei ermittelt in diesem Fall. Amnesty International und das Frankfurter Außenamt der evangelischen Kirche in Deutschland haben sich eingeschaltet. (Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 13.5.1975)

Gegen den Terror des südkoreanischen Geheimdienstes protestierten Anfang April zahlreiche in der BRD lebende Koreaner in Frankfurt.

Streik bei Chrysler/Großbritannien

Am Montag letzter Woche haben die 4 000 Arbeiter des Chrysler-Werks in Coventry den Streik für höhere Löhne und verbesserte Arbeitsbedingungen begonnen. Die Werksleitung hat festgestellt, daß der tägliche Produktionsausfall 750 000 Pfund (etwa 4 Mill. DM) beträgt.

Der Kampf des palästinensischen Volkes im Libanon und in Jordanien

Interview mit einem Vertreter der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP)

Die Redaktion der KVZ hatte die Gelegenheit zu einem Interview mit einem leitenden Mitglied der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (FDLP). In diesem Interview wird die Auffassung der FDLP zu verschiedenen Fragen des Kampfes des palästinensischen Volkes wiedergegeben.

KVZ: In der KVZ Nr. 18 veröffentlichten wir Eure Analyse der jüngsten Angriffe auf den palästinensischen Widerstand im Libanon. In welcher Weise entwickelt sich der Kampf der nationalen und fortschrittlichen Kräfte gegen die Reaktion weiter?

FDLP: Durch den Rücktritt ihrer beiden Minister in der liberalen Regierung hat die Phalange-Partei den Sturz der Regierung bewirkt. Der Rücktritt von Ministerpräsident Solh hat das Land in eine Krise gestürzt, die sich in eine Richtung entwickeln kann, die die Gefahr enthält, daß die Reaktion einen noch härteren Angriff gegen die palästinensische Widerstandsbewegung führen wird. In der Tat greifen die reaktionären Kräfte zu immer offeneren Konfrontationsformen, nachdem die demonkratische und nationale Bewegung im Libanon einen neuen Aufschwung durch die Erfolge, die sie in den letzten Monaten erringen konnte, erlebte.

So konnte sie die breitesten Massen für den Volkswiderstand gewinnen, um die Grenze des Libanon gegen Israel zu verteidigen. Sie konnten auch die Regierung dazu zwingen, zusätzliche Zugeständnisse an die Werktätigen und Arbeiter zu machen. Zum Beispiel mußten die Löhne erhöht werden und Pläne zurückgenommen werden, die den Fischfang an der libanesischen Küste auf einer monopolistischen Grundlage reorganisieren sollten.

Die Phalange-Partei als Speerspitze der reaktionären Kräfte im Libanon versucht durch die Infragestellung der politischen und militärischen Präsenz der Widerstandsbewegung die kämpferische Solidarität zwischen progressiven Kräften und Widerstandsbewegung zu sprengen. Damit verfolgen sie das Ziel, die progressive Bewegung in die Enge zu treiben und das Land noch enger an den US-Imperialismus zu binden und es auch noch stärker unter die Kontrolle der arabischen Reaktion zu bringen. Die Phalangisten sind aus den von ihnen verursachten blutigen Ereignissen im April dieses Jahres geschlagen herausgekommen. Das hat zur Stärkung der Solidarität zwischen der libanesischen progressiven Bewegung und dem Widerstand geführt. Diese haben offen erklärt, daß jeder Anschlag gegen eine Seite als Anschlag auf das palästinensisch-libanesische Bündnis betrachtet wird. Die libanesische progressive Bewegung hat Forderungen gestellt, die dem jetzigen Stand der Klassenkämpfe entsprechen: Zum Beispiel die Forderung zur Umorganisierung der Armee, nach einer Gesetzgebung, die den ständig steigenden Preisen Einhalt gebieten soll, sie haben die Bewaffnung der Massen im Süden des Libanon gefordert, damit sie gegen die israelischen Angriffe kämpfen können. Der Aufschwung der Klassenkämpfe und die Teilsiege, die von der progressiven libanesischen Bewegung errungen wurden, haben das reaktionäre Lager in Alarmbereitschaft versetzt. Die Phalangisten rüsten fieberhaft auf und bereiten sich vor auf die nächste Runde.

In der jetzigen Kampfetappe versucht die Reaktion, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen, um die Armee auf ihre Seite zu ziehen und somit die Errungenschaften der progressiven Bewegung im Libanon zu liquidieren, wie auch die politische und militärische Existenz der Widerstandsbewegung.

Daher gewinnt die Frage der Stärkung des Bündnisses zwischen dem palästinensischen Widerstand und der progressiven Bewegung im Libanon eine überragende Rolle, um zu verhindern, daß die libanesische Reaktion ihr Ziel erreicht, das Land in einen Bürgerkrieg zu stürzen. Zugleich kommt es darauf an, die demokratischen und nationalen Errungenschaften für das Volk zu vermehren.

KVZ: Welche Entwicklung hat der Kampf um die Durchsetzung der Beschlüsse von Rabat in Jordanien erreicht?

FDLP: Die Beschlüsse von Rabat zwangen Hussein, die PLO (Palästinesische Befreiungsorganisation) als alleinige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Die FDLP betrachtet die Beschlüsse als eine politische Waffe, die dazu dienen soll, den Kampf um die Rückkehr der Widerstandsbewegung nach Jordanien und den Kampf gegen die israelischen Besatzer zu entfachen. Das Hussein-Regime hat sich aber geweigert, die Beschlüsse von Rabat in die Tat umzusetzen und ging dazu über, palästinensische und jordanische Genossen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation (alle sind Mitglieder der FDLP, darunter Taysir al-Zubri der zum ZK gehört, die Red.) zu 3 bis 7 Jahren Gefängnis zu verurteilen. Das ist ein offenes Zeichen dafür, daß das jordanische Regime einen Schritt weiter auf dem Wege der Unterdrückung des palästinensischen nationalen Widerstandes weitergegangen ist.

Trotz dieser Erpressung geht der Kampf mit der Hauptstoßrichtung der Isolierung des Hashemitenregimes auf arabischer, internationaler und vor allem lokaler Ebene weiter auf dem Wege zu seinem Sturz. Der Kampf konzentriert sich nach wie vor auf folgende Achsen: Erstens, Entlarvung der Verräterrolle des Regimes, was den Kampf gegen Israel betrifft, die ganz klar durch seine Weigerung am Oktoberkrieg teilzunehmen offengelegt wurde, wie auch durch seine Weigerung, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu respektieren und durch die direkten Schranken, die es aufbaut, um es am Kampf zu hindern. Die zweite Achse besteht im Kampf um demokratische Freiheiten, für das Recht auf gewerkschaftliche und politische Organisierung, das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die dritte Achse besteht in der Ablösung der direkten Abhängigkeit sowohl finanziell als auch politisch von den imperialistischen Mächten.

Der Kampf um diese drei Achsen bildet den Inhalt des Kampfprogrammes der FDLP in Jordanien. Die Festnahme der 26 Genossen und die zunehmenden Repressionsmaßnahmen des Regimes sind lediglich der Ausdruck der Verschärfung der Kampfbedingungen, die den König dazu zwingen immer offener die wachsende Opposition zu unterdrücken.

KVZ: Die großen internationalen Erfolge der PLO gründen sich nicht zuletzt auf den Aufschwung der Massenkämpfe in den von Israel besetzten Gebieten. Wie ist der Stand der Kämpfe dort?

FDLP: Der Auftritt der PLO vor der UNO-Vollversammlung in der Person von Arafat bildete den Anlaß für einen massiven und vollständigen Aufstand des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten, der 10 Tage anhielt (November 1974, d.Red.). Zum Anlaß des 15. Mai, dem Datum der Gründung des Staates Israel, hat die PLO die Volksmassen zum Generalstreik aufgerufen. Die palästinensischen Arbeiter haben die Arbeit bestreikt, die Läden wurden geschlossen, das öffentliche Leben wurde lahmgelegt. Überall wurde die palästinensische Fahne hochgehoben, Flugblätter verteilt und im ganzen besetzten Gebiet militärische Anschläge verübt.

Zwischen diesen beiden wichtigen Ereignissen, die einige Monate auseinanderliegen, liegt eine reiche Periode von Kämpfen, die von den palästinensischen Volksmassen getragen wurden. Die Beteiligung der breiten Volksschichten am Widerstand gegen den israelischen Feind hat an Umfang zugenommen. So haben die Bauern Komitees gebildet, um gegen die Beschlagnahme ihrer Ländereien durch die Israelis zu kämpfen, ähnliche Komitees werden in den Gebieten, in denen die Kolonisierung gefördert wird, gebildet. Tausende von politischen Gefangenen manifestierten des öfteren ihren Protest gegen die unmenschliche Vorgehensweise der israelischen Besatzungsbehörden und immer mehr Arbeiter wehren sich gegen die menschenunwürdige Behandlung durch die Israelis und gegen die Versuche, ihr Einkommen niedrig zu halten. Immer mehr nimmt der bewaffnete Kampf eine Form an, die sich mit den anderen Kampfformen vervollständigt und das Niveau des Kampfes um die Ablehnung der Besatzung hebt. Dabei spielt das Etappenprogramm der PLO eine wichtige Rolle durch die Zusammenfassung und Mobilisierung der Volksmassen um ein Kampfprogramm, das ihren nationalen und Lebensinteressen entspricht.

KVZ: Ford führt in nächster Zeit erneut ein Treffen mit Sadat durch, um den US-imperialistischen Teillösungsplan gegen den palästinensischen Widerstand und die nationale arabische Bewegung durchzusetzen. Wie sind die Aussichten?

FDLP: Durch die von Kissinger verfolgte Schritt-für-Schritt-Politik versuchte der US-Imperialismus, den arabischen Völkern eine Teillösung aufzuzwingen zwischen Israel und Ägypten, die lediglich dazu dient, Ägypten, und was Ägypten in militärischer, menschlicher und ökonomischer Hinsicht für unseren Kampf repräsentiert, aus der Konfrontation mit Israel herauszunehmen und dadurch den Konflikt für die nächsten Jahre zu paralysieren. Die von Israel gestellten politischen Bedingungen für einen Teilrückzug aus der Sinai-Wüste kommen einer Anerkennung des Staates Israel gleich und haben einen heftigen Protest ausgelöst innerhalb Ägyptens. Darüberhinaus ist dieser Versuch auf den heftigen Widerstand der arabischen Volksmassen und der PLO gestoßen. Das hat dazu geführt, daß die Mission von Kissinger zum Scheitern gebracht wurde. Eine entscheidende Rolle hat die ägyptische Arbeiterklasse gespielt durch den Streik und die Fabrikbesetzung, die in Al Mahalle Al Kubra von 60 000 Arbeitern mit der massiven Unterstützung der Bevölkerung durchgeführt wurde. Die konzessionistische Sadat-Politik hat auch einen großen Protest in den Reihen der Armee ausgelöst, die davon überzeugt ist, daß sie ihres Sieges vom Oktober beraubt worden ist. Das Zusammenwirken dieser Faktoren hat zum Scheitern der Mission von Kissinger geführt, konnte aber die Zielsetzung der US-Politik nicht ändern. Nach wie vor versucht der US-Imperialismus und vor allem nach seiner schweren und historischen Niederlage in Indochina seine Präsenz im Nahen Osten zu verstärken. Seine Zielsetzung, eine Teillösung auf Kosten der palästinensischen und arabischen Völker zu erzwingen, soll in nächster Zeit durch das Treffen Ford – Sadat erneut erreicht werden. Dieses Treffen bezweckt die Wiederbelebung der Mission von Kissinger in einer anderen Form.



Beirut. Demonstration der Palästinenser zusammen mit der fortschrittlichen Bewegung im Libanon

Das Hussein-Regime gegen die PLO

Das jordanische Regime setzt seine Angriffe gegen die palästinensische Revolution fort!

Unter der Anklage, einer illegalen Organisation anzugehören, wurden 20 Mitglieder der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas (FDLP) von einem Militärgericht in Amman zu Gefängnisstrafen zwischen drei und neun Jahren verurteilt. Unter ihnen befindet sich der Genosse Taysir al-Zubri, Mitglied des Zentralen Komitees der FDLP.

Er wurde zu sieben Jahren verurteilt. Der Genosse Ali Amer, der Vorsitzende der Studentenunion an der jordanischen Universität in Amman, wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Zuvor hatte das Gericht es abgelehnt, daß die Gefängnisärzte, die die Folterungen an den verhafteten Genossen festgestellt hatten, als Zeugen erscheinen. Sieben weitere FDLP-Genossen erhielten Gefängnisstrafen zwischen einem und fünf Jahren, weil sie von Jordanien aus eine militärische Operation gegen die israelischen Besatzer geführt haben.

Diese Urteile sind Bestandteil der Angriffe, die das jordanische Regime gegen die palästinensische Revolution führt. Seitdem es auf der arabischen Gipfelkonferenz von Rabat unter dem Druck der anderen arabischen Staaten und der Massenbewegung der palästinensischen Bevölkerung am Westufer gezwungen wurde, die PLO als alleinigen, rechtmäßigen Vertreter des palästinensischen Volkes anzuerkennen, hat es nicht aufgehört zu versuchen, die Beschlüsse von Rabat zu unterlaufen. Obwohl diese Beschlüsse das Recht der PLO, von allen Grenzen aus militärische Operationen gegen die zionistischen Besatzer durchzuführen, garantieren, hat das jordanische Regime regelmäßig Fedayyin festgenommen, ja sogar sie von Einheiten der jordanischen Armee niederschießen lassen. So geschehen am 4.4.1975 gegen eine Einheit der FDLP, die nach einer Operation im besetzten Westufer von der jordanischen Armee beschossen wurde. Drei Fedayyin wurden schwer verletzt ins Gefängnis transportiert.

Politische Unterstützung erhält das jordanische Regime bei seinen Manövern vom US-Imperialismus und von Israel, die sich weigern, die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen und sein Recht, in allen von den Zionisten befreiten Gebieten seine unabhängige nationale Herrschaft unter der Führung der PLO zu errichten.

Hussein versucht, die Initiative zurückzugewinnen.

Im Windschatten des Teilabkommens zwischen Ägypten und Israel, das Kissinger bei seiner letzten Reise im Nahen Osten zustandebringen wollte, wollte auch Hussein sich das Recht auf die Vertretung der palästinensischen Bevölkerung im Westufer wieder erschleichen. Als Kissinger erfolglos abziehen mußte, begann das jordanische Regime nach neuen Möglichkeiten zu suchen, um die PLO zu isolieren. Der Vorschlag, den der ägyptische Präsident Sadat machte, nur **eine** gesamtarabische Delegation zur geplanten Genfer Konferenz zu schicken, wurde von Hussein sofort aufgegriffen. Die regimetreue Zeitung al-Dustur schrieb in ihrem Leitartikel am 28.3.1975: *"Eine einheitliche arabische Delegation würde einerseits die Weigerung Israels, mit der PLO zu verhandeln, unterlaufen. Andererseits bliebe der PLO die peinliche Situation (!) erspart, direkt mit Israel verhandeln zu müssen."* Vor Armeeinheiten erklärte Hussein zwei Tage später, es wäre jetzt an der Zeit, die arabische Einheitsfront, die durch die Beschlüsse von Rabat zerstört worden sei, auf dem Wege einer gesamtarabischen Delegation wiederherzustellen. Zu den besetzten Gebieten sagte er: *"Wir (!) hängen sehr an diesem Land ... Nie werden wir das besetzte Jerusalem vergessen können. Die palästinensische Frage ist die Frage eines arabischen Volkes und eines arabischen Landes, das die größten Heiligtümer des Islams beherbergt. Von unseren Vätern und Großvätern haben wir die Verantwortung geerbt, dafür zu kämpfen und dafür zu sterben."* (al-Dustur vom 1.4.75)

Hussein, der Henker von Amman – Werkzeug der Imperialisten

Das kommt aus dem Mund des Verräters, den das palästinensische Volk den "Henker von Amman" nennt! Denn was er von seinem Vater und Großvater geerbt hat, ist die Funktion, die ihnen der britische und amerikanische Imperialismus zugedacht haben: nämlich das palästinensische Volk zu unterdrücken und dem zionistischen Staat Handlangerdienste bei seinen Aggressionskriegen gegen die arabischen Staaten und Völker zu leisten. 1948, bei dem ersten dieser Aggressionskriege, verhandelte sein Großvater, Abdallah, mit den zionistischen Führern über die Aufteilung des restlichen Palästina zwischen Israel und dem damaligen Ostjordanien. Die Verhandlungen endeten damit, daß der Teil Palästinas, der von den Vereinten Nationen den Palästinensern zugesprochen worden war, zum größten Teil von Abdallah annektiert wurde, nämlich das Westufer

Fortsetzung nächste Seite oben, linke Spalte

Hussein-Regime..

Forts. von S. 14

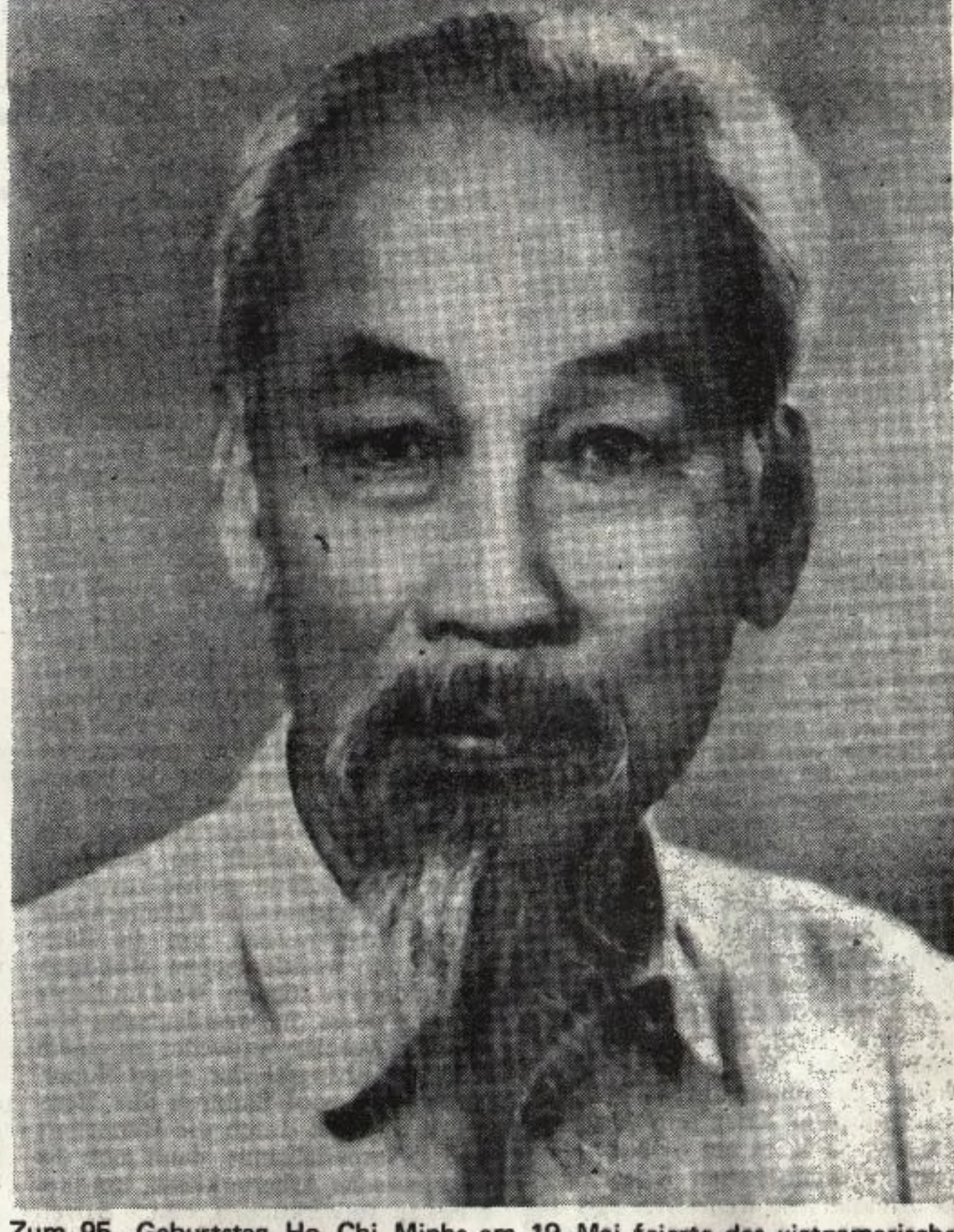
des Jordans, das Hussein jetzt wieder haben will.

Den Namen "Henker von Amman" hat sich Hussein durch den Vernichtungskrieg eingehandelt, den er im September 1970 gegen die palästinensische Bevölkerung in Jordanien geführt hat. 20 000 Palästinenser sind bei diesen Massakern gefallen. 1973 schließlich weigerte sich Hussein, an dem Oktoberkrieg teilzunehmen. Zugleich beteiligten sich aber seine Streitkräfte im Auftrag der Imperialisten an der Unterdrückung des Volkes von Oman (siehe KVZ Nr.19, S.14). 1975 führte er die arabische Einheit und die Palästina-Frage im Mund. Was heißt das?

Das heißt, daß das jordanische Regime wieder einen Angriff auf das palästinensische Volk und auf die palästinensische Revolution vorbereitet. Es will nämlich die politischen Erfolge, die die PLO auf der internationalen und auf der arabischen Ebene erzielt hat, wieder rückgängig machen, indem es das von der UNO anerkannte Alleinvertretungsrecht der PLO in Frage stellt.

Sollten alle arabischen Staaten, die nach Genf gehen, eine einheitliche Delegation bilden, so muß gerade die PLO eine eigene, selbständige Delegation stellen. Alles andere wäre eine Konzession an den zionistischen Staat, denn es hieße, dem palästinensischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung und auf Rückkehr in seine Heimat absprechen.

–Nidal–



Zum 95. Geburtstag Ho Chi Minhs am 19. Mai feierte das vietnamesische Volk vom 15. bis 17. Mai den historischen Sieg über den Imperialismus.

Das vietnamesische Volk feiert den Sieg

"Die Teilung des Landes existiert nicht mehr"

Zum 95. Geburtstag Ho Chi Minhs am 19.Mai 1975 konnte das vietnamesische Volk mit ungeheurer Begeisterung im ganzen Land den großen historischen Sieg über den Imperialismus feiern. Die Worte Ho Chi Minhs in seinem Testament vom 10. Mai 1969 sind Wirklichkeit:

"Ungeachtet der Schwierigkeiten und Entbehrungen wird unser Volk gewiß den Sieg davontragen. Die amerikanischen Imperialisten müssen sich mit Gewißheit aus dem Staube machen. Unsere Landsleute in Nord und Süd werden gewiß wieder unter einem Dach vereint sein. Unser Land wird die vorzügliche Ehre haben, im heroischen Kampf zwei große imperialistische Mächte, die französische und die amerikanische, besiegt und einen würdigen Beitrag zur nationalen Befreiungsbewegung geleistet zu haben."

3 Tage, vom 15. bis 17. Mai, dauerten die Feierlichkeiten. Hanoi und Saigon, das dabei offiziell in Ho Chi Minh-Stadt umbenannt wurde, waren in ein Meer von Fahnen der Nationalen Befreiungsfront FNL und der Demokratischen Republik Nordvietnam gehüllt. Im "Zeichen des Sieges, der nationalen Einheit, Unabhängigkeit und Freundschaft mit allen Völkern, unabhängig von ihrem jeweiligen politischen Regime" eröffnete Nguyen Huu Tho, der Präsident der FNL, die Feiern und erklärte:

"Wir begrüßen diesen Tag mit großer Begeisterung, der die großartige Wiedervereinigung unseres Volkes markiert. Die Teilung des Landes existiert nicht mehr."

Es gilt nun, Ho Chi Minh auch auf dem weiteren Weg zu folgen und "ein friedliches, wiedervereinigtes, unabhängiges, demokratisches und blühendes Vietnam aufzubauen": Die 45 Millionen Vietnamesen werden wie ein Mann bei der Erfüllung dieser Aufgabe zusammenstehen.

–H.L.–

Stuttgart Kulturabend der vietnamesischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland

Stuttgart. Aus Anlaß des großartigen Sieges ihres Volkes veranstalteten die vietnamesischen Studenten in der BRD am 15. und 16.5 einen Kulturabend.

Mit Liedern aus Vietnam, Szenen und Tänzen wurden die Erfahrungen und der Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die fremde Aggression dargestellt. Besonders deutlich wurde daran, welche bedeutende Kraft die nationale vietnamesische Kultur für den Kampfeswillen des Volkes hat, und daß es ein wesentliches Element sein wird, um die vom Imperialismus geschaffene Spaltung und dekadenten Einflüsse in Vietnam zu beseitigen, und die Nationale Versöhnung zu verwirklichen.

Das Kulturprogramm des Abends stieß auch bei den rund 1 700 deutschen Besuchern auf lebhaften Beifall. Es trug damit auch dazu bei, die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem vietnamesischen Volk zu festigen und weitere Impulse für die Unterstützungsarbeit zu geben.

Der Abend schloß mit der Szene, in der symbolisch durch die Zusammenknüpfung der Fahnen der Befreiungsfront Südvietnams und der der Demokratischen Republik Vietnam und die Errichtung eines Hauses das nächste Ziel in Vietnam angegeben wurde: Das vietnamesische Volk unter einem gemeinsamen Dach wiederzuvereinen. Auf dem Dach standen die Worte Ho Chi Minhs: "Nichts ist wertvoller als Unabhängigkeit und Freiheit".

–N.F., Indochina-Komitee Heidelberg–

Mannheim Unterstützt den Aufbau des Sozialismus in Indochina

Die Ortsgruppe Mannheim des KBW hatte schon vor dem 1. Mai den Beschluß gefaßt, 8 000 DM für eine Mobile Operationseinheit zu sammeln. Auf der Kundgebung am 1. Mai kamen über 500 DM zusammen. Trotz Sammlungsverbot wurde an den KVZ-Verkaufsständen gespendet. Auf einem Flohmarkt im Stadtteil Rheinau waren es 200 DM. Beim Straßen- und Hausverkauf in Käfertal bisher 88 DM. Dort, wo die Genossen in den Betrieben offensiv die Notwendigkeit der Unterstützung beim Aufbau des Sozialismus in Vietnam und Kambodscha mit den Kollegen diskutierten, gab es gute Sammlungsergebnisse. In der Mannheimer Großdruckerei z. B. 115 DM für Vietnam und 55 DM für Kambodscha; bei BBR sammelte ein Genosse 72,70 DM für Kambodscha.

Breite Unterstützung fand das Solidaritätsfest am Freitag letzter Woche, zu dem die Ortsgruppe eingeladen hatte und zu dem etwa 350 Menschen gekommen waren. In kurzen Beiträgen wurde die Bedeutung des Sieges in Indochina für die Völker der Welt und für unsere Aufgaben hier betont. Ein Genosse aus dem Iran stellte dies beispielhaft dar an dem Kampf, der in seinem Heimat gerade jetzt verstärkt geführt wird.

Die Mannheimer Musikgruppe "Drum Links" hat in Szenen den Kampf des vietnamesischen Volkes dargestellt und auch mit ihren antiimperialistischen Liedern viel zum Gelingen des Festes beigetragen. Die Schüler hatten einen Basar organisiert, der Kommunistische Arbeiterjugendbund nahm an seiner Tee-Ecke allein 191 DM ein. In einer Malecke wurden Linolschnitte hergestellt und für 97 DM verkauft. Aus einem Forschungsprojekt an der Universität wurden 1 000 DM gespendet. Die Versteigerung einer Vietcong-Fahne brachte 1 400 DM. Die groß ausgestellte Spendensäule wuchs allein an diesem Abend um 3 500 DM auf 6 000 DM an. Ein Fußballturnier in zwei Wochen soll dazu beitragen, das gesteckte Ziel zu erreichen.

–E.R., Mannheim–

Köln Rektorat und Stadtverwaltung konnten Indochina-Solidaritätsfest nicht verhindern

Köln. Am 14.5. fand an der Uni Köln unter freiem Himmel ein Siegesfest aus Anlaß der Befreiung Vietnams und Kambodschas vom US-Imperialismus statt.

Etwa 600 Studenten besuchten dieses Fest. Über 2 000 DM beträgt der Reinerlös. Er wird zu gleichen Teilen an die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams und an die Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) überwiesen. 6 Fachschaften hatten zu diesem Fest aufgerufen. Der Rektor der Universität hat alles unternommen, um dieses Fest zu verhindern. In der ganzen Uni war angeblich kein geeigneter Raum vorhanden. Nachdem darauf die Fachschaften beschlossen hatten, das Fest in einem großen Tanzzelt auf dem campus stattfinden zu lassen, setzte er weitere Hebel in Bewegung: Am Vorabend des Festes kam von der Stadtverwaltung per Boten (!) eine Rücknahme der bereits gegebenen Genehmigung zur Errichtung eines Festzeltes auf der Uni-Wiese. Offenbar war die Behörde von der Uni-Bürokratie zu diesem Schritt veranlaßt worden.

Wir riefen am 14.5. mit Flugblättern, Wandzeitungen und Megaphonansagen die Studenten dazu auf, den Schikanen der Uni-Bürokratie und der Stadtverwaltung eine entschlossene Antwort zu geben und das Fest unter freiem Himmel zu feiern.

Aus der Mensa bekamen wir doch noch einen Stromanschluß, so daß wir in der Lage waren, das gesamte vorgesehene Programm durchzuführen: Wir zeigten einen Film über die Befreiung von Da Nang, einen Dia-Vortrag, eine Fotoausstellung wurde aufgebaut und Wandzeitungen an Leinen aufgehängt. Auf dem Platz herrschte eine ausgezeichnete Stimmung. Die Polizei, die die Vorgänge von Anfang an beobachtet hatte, hielt sich wohlweislich zurück. Es hätte auch eines großangelegten Polizeieinsatzes bedurft, um 600 Studenten daran zu hindern, ihrer Freude über die großartigen Siege der Völker Indochinas Ausdruck zu verleihen.

Rektorat und Stadtverwaltung mußten somit eine volle Niederlage hinnehmen. Keines ihrer Ziele haben sie erreicht, im Gegenteil: Dadurch, daß wir für das Festzelt die Miete einsparen konnten, haben sie unfreiwillig dazu beigetragen, den Reinerlös erheblich zu steigern!

–R.L., Kommunistische Hochschulgruppe Köln–

Fortgesetzte Aggression gegen Kambodscha

Erklärung der Kambodschanischen Regierung zu dem "Mayaguez"-Zwischenfall (Auszug)

Der Informationsminister der Kambodschanischen Regierung, Hu Nim, hat am 15. Mai eine Erklärung zu dem "Mayaguez"-Zwischenfall veröffentlicht. In dieser Erklärung wird offengelegt, daß die US-Imperialisten fortgesetzt Akte der Aggression aus der Luft, zu Lande und zu Wasser gegen das befreite Kambodscha begehen. Wir drucken die Erklärung in Auszügen ab:

(. . .) Ihre Flugzeuge führten täglich Spionageaufträge aus der Luft aus über Kambodscha, besonders über Phnom Penh, Sihannoukville und über den kambodschanischen territorialen Gewässern; sie zeigen sich sehr arrogant bei ihrem Unternehmen, das kambodschanische Volk einzuschüchtern. Zu Land halten die US-Imperialisten ihre strategischen Streitkräfte verborgen. Sie konzentrieren sich auf Aktionen in den Städten wie Zerstörungen, Subversion, Sabotage und Brandstiftungen, um unsere wirtschaftlichen, militärischen und strategischen Grundlagen zu zerstören. (. . .)

Auf dem Meer betreiben sie ihre Aktivitäten unaufhörlich. Ihre Spionageschiffe lassen sich fast jeden Tag in die Territorialgewässer Kambodschas treiben, besonders in den Bereichen vor dem Hafen von Sihannoukville. Sie konzentrieren sich auf diese Aktivitäten unter dem Deckmantel von Fischerbooten, von denen täglich 2 bis 3 heimlich herankommen, mit Thailändern und Khmer an Bord, um Verbindung aufzunehmen mit ihren Spionageringen auf unserem Festland. Als wir sie festnahmen, haben sie alles gestanden. In einigen Booten fanden sich zig Kilo Sprengstoff und mehrere Funkgeräte. Alles war bestimmt für ihre Agenten und für ihre Aktivitäten: der Zerstörung von Fabriken, Häfen, wirtschaftlichen Zentren und militärstrategischen Basen. Alle waren geständig, einer nach dem andern, daß sie Agenten des CIA seien, daß sie in Thailand ausgebildet und organisiert worden seien, und heimlich von dem Golf von Thailand aus in die kambodschanischen Territorialgewässer eingedrungen seien."

In der Erklärung werden dann Beispiele genannt für das Aufbringen solcher Fischerboote mit Sabotage-Aufträgen. Am 11. Mai wurde ein Boot nahe der Insel Koh Pring gestoppt:

"Dieses Boot, das als Fischerboot getarnt war, hatte 7 bewaffnete Thailänder an Bord, zwei der Thailänder waren mit Raketen vom Kaliber 12,7 mm bewaffnet. Weiter fanden sich Sprengstoff, Bomben und Minen, Funkgeräte für große Entfernungen."

Die 7 Thailänder gestanden, daß sie als Agenten des CIA den Auftrag hatten, Spionage- und Sabotageaufträge in Kambodscha auszuführen. Derselbe Vorfall wiederholte sich am 12. Mai. Bereits am 7. Mai war ein Schiff unter panamaischer Flagge, das wie ein Handelsschiff aussah, in die kambodschanischen Territorialgewässer eingedrungen. Die kambodschanische Küstenwache hatte das Schiff bereits gestoppt und untersucht, aber weiterfahren lassen. Der Informationsminister stellt fest:

"Das zeigt klar unseren guten Willen, obwohl offensichtlich war, daß dieses Schiff den Auftrag hatte, Auseinandersetzungen in unseren Hoheitsgewässern zu provozieren."

Ganz ähnlich begann am 12.5. das Eindringen der "Mayaguez" in die kambodschanischen Hoheitsgewässer:

Aber "gerade als wir dabei waren, Auskünfte von der Besatzung zu verlangen, erschienen 2 US-Flugzeuge vom Typ F 105. Sie kreisten über dem Schiff, der Insel Koh Way und der Insel Koh Tang bis zum Abend. Am Morgen des 13. Mai erschienen zwischen 4 und 6 US-Flugzeuge vom Typ F 105 und F 111. Sie haben den ganzen Tag und die ganze Nacht wild geschossen und bombardiert, um die "Mayaguez", auf die Inseln Koh Way und Koh Tang und im Bereich des Hafens Sihannoukville."

Am 14.Mai setzte die US-Luftwaffe ihre Bombardements fort. Unter anderem wurde der kambodschanische Flughafen Ream nahe Sihannoukville bombardiert. Was will die "Mayaguez"? In der Erklärung wird festgestellt, daß sie mit Waffen aller Art beladen und mit den modernsten Navigationsgeräten ausgerüstet ist, also sich nicht in den Hoheitsgewässern verirrt hat, sondern eine Provokation Kambodschas darstellt. Der Informationsminister verweist auf die Erfahrungen mit dem US-Imperialismus, der immer wieder solche Provokationen gegen die Völker der Welt begangen hat:

"Jetzt starten sie einen neuen Coup in den Territorialgewässern Kambodschas, um sich einen Vorwand zu schaffen für einen Angriff auf die Nation und das Volk Kambodschas. Aber wir sind überzeugt, daß die Völker der Welt wie das amerikanische Volk, die amerikanische Jugend und diejenigen amerikanischen Politiker, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten, klar erkennen, daß die Nation und das Volk von Kambodscha, das ein kleines und armes Volk ist, weder die Absicht noch die Mittel oder die Möglichkeiten haben, ein amerikanisches Schiff auf hoher See festzuhalten. Wir konnten es festhalten, weil dieses Schiff unsere Territorialgewässer schwer verletzt hat und sich in der Nähe unserer Küsten befindet. Lügnerisch klagen uns die US-Imperialisten als Piraten an. Das ist die Höhe! Tatsächlich sind sie die Piraten; sie sind dabei, Nation und Volk von Kambodscha zu provozieren in unseren Territorialgewässern. Das tun sie in derselben Weise wie früher, als sie subversive Aktivitäten betrieben mit dem Ziel des Staatsstreiches, der das unabhängige, friedliche, neutrale Kambodscha zerstörte. Sie haben die Gewohnheit, Kambodscha anzugreifen, ohnegleichen zu zerstören, zu verwüsten und großes Unglück und ungeheure Leiden über das Land zu bringen. Jetzt suchen sie Vorwände, um die Weltöffentlichkeit, das amerikanische Volk und die amerikanischen Politiker zu täuschen. Ihr Ziel ist, ein Land zu zerstören, das nicht vor ihnen auf die Knie fällt."



Der mit Waffen aller Art beladene US-Frachter Mayaguez drang in der Nähe der kambodschanischen Insel Koh Tang in die kambodschanischen Hoheitsgewässer ein. Dieser Frachter, der über die modernsten Navigationsinstrumente verfügt, hat sich nicht vor der kambodschanischen Küste verirrt, sondern bewußt die kambodschanischen Hoheitsgewässer verletzt.

Verteidigung des BRD-Imperialismus:

Gruppe Roter Morgen auf halbem Weg zurück

Im Roten Morgen Nr. 20/75 findet sich eine Antwort auf die Polemik der KVZ gegen die Aussöhnung mit dem BRD-Imperialismus unter dem Deckmantel der Vaterlandsverteidigung. In diesem Artikel versucht sich der Rote Morgen von einigem Unsinn abzusetzen, den die Gruppe Rote Fahne in seiner Nachfolge in die Welt gesetzt hat. Die Gruppe Rote Fahne hatte einen Krieg des BRD-Imperialismus gegen die sozialimperialistische Sowjetunion, sofern die Sowjetunion der Angreifer ist, als einen *"gerechten Verteidigungskrieg"* bezeichnet, in welchem die Arbeiterklasse die Führung übernehmen müsse. Dabei hatte sie den imperialistischen Charakter der BRD genauso unterschlagen wie die Tatsache, daß der BRD-Imperialismus fester Bestandteil des imperialistischen NATO-Bündnisses unter Führung der USA ist. All dies hat sie als Ergebnis der konkreten Analyse der konkreten Situation ausgegeben. Als praktische Konsequenz hatte sie daraus abgeleitet die Stärkung des BRD-Imperialismus und seiner Militärmacht, soweit diese *"eindeutig"* gegen die beiden Supermächte gerichtet ist.

Mit dieser neuartigen Auffassung des *"gerechten Verteidigungskrieges"* aus dem Mund von Leuten, die sich Marxisten-Leninisten nennen, ist die Gruppe Roter Morgen nicht einverstanden. Der Rote Morgen wendet sich dagegen, daß *"Illusionen über den westdeutschen Imperialismus"* geschürt werden. Er schreibt:

"Damit aber ist der Charakter des drohenden imperialistischen Weltkrieges klar: Er ist seinem Wesen nach ein Kampf der beiden imperialistischen Supermächte um die Weltherrschaft. Der westdeutsche Imperialismus wird entweder von Anfang an auf der Seite einer der beiden Supermächte kämpfen, oder sich im Kriegsverlauf auf eine Seite schlagen oder nach anfänglichen Versuchen sich herauszuhalten, vor einer oder beiden Supermächten weitgehend kampflos kapitulieren. In jedem Fall wäre es ein imperialistischer Krieg, in dem es auf der Seite der kriegsführenden Parteien keine gerechte Seite gäbe, solange nicht die VR China oder die VR Albanien angegriffen würde. Für das Proletariat ist die Frage, ob der westdeutsche Imperialismus dabei auf der Seite des im militärischen Sinne Angegriffenen oder des militärischen Angreifers steht, unerheblich. Es bleibt in beiden Fällen ein imperialistischer, vom Standpunkt des Proletariats aus ungerechter Krieg.

Genau in dieser Frage schaffen die GRF-Führer in dem "Rote-Fahne"-Artikel, den die "K"BW-Führer sich herausgepickt haben, um gegen die korrekte marxistisch-leninistische Linie im Kampf gegen die beiden Supermächte und gegen die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges zu kämpfen, eine ziemliche Verwirrung. In der "Rote Fahne" vom 16. April geben die GRF-Führer die wahrscheinlichste Form des drohenden Krieges wie folgt an: "Verteidigungskrieg im Fall eines Angriffs von Seiten der einen oder der anderen beiden Supermächte auf Staaten der 2. Welt."

Als erstes fragt man sich natürlich, warum jetzt ausgerechnet der Angriff einer Supermacht auf die Bundesrepublik ohne Eingreifen der anderen Supermacht die wahrscheinlichste Möglichkeit eines drohenden imperialistischen Krieges sein soll. Wir gehen davon aus, daß die GRF-Führer einen Angriff des sowjetischen Sozialimperialismus für wahrscheinlicher halten. Wieso sollten dann die in Westdeutschland stationierten Truppen des US-Imperialismus nicht eingreifen? Außerdem: warum wäre der Angriff einer Supermacht (den unwahrscheinlichen Fall einmal vorausgesetzt) auf die Bundesrepublik eigentlich kein imperialistischer Krieg? Wie verträgt sich das mit folgenden Worten Lenins: **"Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier urteilt anders: Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der Feind steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird. (...) Nicht vom Standpunkt 'meines' Landes darf ich urteilen (denn so urteilt ein kläglicher Dummkopf, ein "nationalistischer Spießer, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt meiner Teilnahme an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution."** (Bd. 28, S.237)"

Roter Morgen 20/75, S. 5

Nachdem sich der Rote Morgen auf diese Weise von der 'Analyse' der Gruppe Rote Fahne abgesetzt und seine eigenen Spuren verwischt hat, ist man gespannt, wie er jetzt doch noch eine Rechtfertigung der 'Vaterlandsverteidigung' in der imperialistischen BRD zustandebringen will. Wer allerdings eine solche Rechtfertigung erwartet, wird sie in dem ganzen Artikel vergebens suchen. Es folgen noch einige Angriffe auf den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). Er erklärt die Analyse der internationalen Lage zu einer Frage der chinesischen Außenpolitik. Diese Kritik wird durch die Wiederholung aus den verschiedenen Ecken jedoch nicht richtiger. Der KBW teilt die Analyse der internationalen Lage durch die Kommunistische Partei Chinas. Deshalb vergißt er dennoch nicht, daß die Aufgaben, die sich daraus für die KPCh erheben, und die Aufgaben, die sich daraus für die westdeutschen Kommunisten ergeben, nicht die gleichen sind, auch wenn sich die Lösung dieser Aufgaben ergänzen im Kampf für den Sieg der proletarischen Weltrevolution (vgl. dazu KVZ Nr.8/75).

Nachdem der Leser des Roten Morgen durch Kritiken dieser Art auf weiteren Unsinn vorbereitet ist, schließt der Rote Morgen seinen Artikel mit einem Zitat von Ernst Aust:

" 'Nein, jeder Krieg zwischen den beiden Supermächten, sollte er ausbrechen und die Bundesrepublik in ihn hineingezogen werden, wäre für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein anti-faschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf, in dem wir uns mit jedem verbünden, der bereit ist, mit uns gemeinsam jeden Angreifer, jeden Besatzer vom Boden unserer Heimat zu verjagen, den wir führen mit dem Ziel, jeden Imperialismus, auch den westdeutschen, zu zerschlagen und das Banner der sozialistischen Revolution über ganz Deutschland zu hissen!' (S. 18).

Dieser Schluß steht in vollkommenem Widerspruch zu allen vorausgehenden Aussagen des Artikels. Einerseits wird in dem Artikel gezeigt, daß jeder Krieg, den der BRD-Imperialismus führen wird, sei es in einem imperialistischen Bündnis, sei es selbständig, ein imperialistischer Krieg, ein ungerechter Krieg sein wird. Andererseits heißt es am Schluß, jeder dieser imperialistischen Kriege wäre *"für uns deutsche Werktätige von Anfang an ein anti-faschistischer, antiimperialistischer Befreiungskampf"*.

Wie kann ein solcher Widerspruch zustande kommen? Er kann nur dadurch zustande kommen, daß von den verschiedenen 'Vaterlandsverteidigern' die Frage der Staatsmacht vollständig und mit großer Akkuratesse umschifft wird. Sie jedoch ist entscheidend. Wo befinden sich denn die deutschen Werktätigen im Falle eines imperialistischen Krieges, an dem der BRD-Imperialismus beteiligt ist? Sie befinden sich in der imperialistischen Armee, unter dem Kommando der Monopolbourgeoisie und unter dem Diktat des imperialistischen Staatsapparates. Wie aber können sie gezwungen sein, an einem imperialistischen Krieg teilzunehmen und dennoch von Anfang an einen anti-faschistischen, anti-imperialistischen Befreiungskampf führen? Solche Widersprüche sind die Folge der Tatsache, daß die 'Vaterlandsverteidiger' in der imperialistischen BRD die Frage von Krieg und Frieden von der Frage von Staat und Revolution vollständig getrennt haben. Deshalb sind sie selber in große Verwirrung geraten und deshalb stiften sie Verwirrung.

Wie sieht die Sache in der Realität aus?

Solange die westdeutsche Monopolbourgeoisie herrscht, solange die BRD ein imperialistischer Staat ist und Teil eines imperialistischen Bündnisses, ist es die Aufgabe der westdeutschen Arbeiterklasse, für den Austritt der BRD aus dem imperialistischen Bündnis, für den Abzug der fremden Truppen und für den Sturz der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu kämpfen. Vor und nach dem Sturz der westdeutschen Bourgeoisie muß sie alle Versuche der ausländischen Intervention, insbesondere die Interventionsversuche der beiden Supermächte, abwehren. Kommt ein Krieg des BRD-Imperialismus dem Sturz der Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie zuvor, so muß die westdeutsche Arbeiterklasse diesen Krieg nutzen, um die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie zu stürzen. Wird im Laufe dieses Krieges die westdeutsche Monopolbourgeoisie entweder zu einem bloßen Anhängsel der einen Supermacht und wird dadurch ihre Herrschaft abgelöst durch die Herrschaft des US-Imperialismus, dann muß die westdeutsche Arbeiterklasse, um ihre Ziele zu verwirklichen, einen Befreiungskrieg gegen den US-Imperialismus führen. Wird im Laufe dieses Krieges die westdeutsche Monopolbourgeoisie von der anderen Supermacht besiegt und wird ihre Herrschaft durch die Herrschaft der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion und deren Besatzerregime abgelöst, dann muß die westdeutsche Arbeiterklasse, um ihre Ziele zu erreichen, einen Befreiungskrieg gegen den Sozialimperialismus führen. Bevor die Arbeiterklasse einen Volksbefreiungskrieg führt, wird jedenfalls die Ersetzung der Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie durch die Herrschaft der einen oder der anderen Supermacht vorausgegangen sein.

Solange in Westdeutschland die westdeutsche Monopolbourgeoisie herrscht, stellt sich für die westdeutsche Arbeiterklasse der Sturz der westdeutschen Monopolbourgeoisie als nächste Aufgabe, sowohl im Krieg als auch im Frieden. Die Lösung dieser Aufgabe ist der Beitrag der westdeutschen Arbeiterklasse zum Kampf der Völker gegen alten und neuen Kolonialismus, gegen den Imperialismus und insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte. Gegenwärtig besteht die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Weder ist sie durch die Arbeiterklasse gestürzt, noch ist sie durch die Herrschaft einer der beiden Supermächte ersetzt. Dies ist die konkrete Situation, mit der es die westdeutsche Arbeiterklasse zu tun hat. Die wortreichen Spekulationen über irgendwelche Möglichkeiten einer anderen konkreten Situation dienen nur dazu, von der Wirklichkeit abzulenken. Weder helfen sie der Arbeiterklasse, ihre gegenwärtigen Aufgaben zu erfüllen, noch helfen sie, die Aufgaben festzulegen für eine andere Situation. Sie stiften Verwirrung. So helfen sie der westdeutschen Monopolbourgeoisie und dienen in keiner Weise dazu, dem Hegemoniestreben der beiden Supermächte einen Riegel vorzuschieben.

J.S.

versuchen sich herauszuhalten, vor einer oder beiden Supermächten weitgehend kampflos kapitulieren. In jedem Fall wäre es ein imperialistischer Krieg, in dem es auf der Seite der kriegsführenden Parteien keine gerechte Seite gäbe, solange nicht die VR China oder die VR Albanien angegriffen würde. Für das Proletariat ist die Frage, ob der westdeutsche Imperialismus dabei auf der Seite des im militärischen Sinne Angegriffenen oder des militärischen Angreifers steht, unerheblich. Es bleibt in beiden Fällen ein imperialistischer, vom Standpunkt des Proletariats aus ungerechter Krieg.

Genau in dieser Frage schaffen die GRF-Führer in dem "Rote-Fahne"-Artikel, den die "K"BW-Führer sich herausgepickt haben, um gegen die korrekte mar-

landsverteidigung' in der imperialistischen BRD zustandebringen will. Wer allerdings eine solche Rechtfertigung erwartet, wird sie in dem ganzen Artikel vergebens suchen. Es folgen noch einige Angriffe auf den Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW). Er erklärt die Analyse der internationalen Lage zu einer Frage der chinesischen Außenpolitik. Diese Kritik wird durch die Wiederholung aus den verschiedenen Ecken jedoch nicht richtiger. Der KBW teilt die Analyse der internationalen Lage durch die Kommunistische Partei Chinas. Deshalb vergißt er dennoch nicht, daß die Aufgaben, die sich da-

entscheidend. Wo befinden sich denn die deutschen Werktätigen im Falle eines imperialistischen Krieges, an dem der BRD-Imperialismus beteiligt ist? Sie befinden sich in der imperialistischen Armee, unter dem Kommando der Monopolbourgeoisie und unter dem Diktat des imperialistischen Staatsapparates. Wie aber können sie gezwungen sein, an einem imperialistischen Krieg teilzunehmen und dennoch von Anfang an einen anti-faschistischen, anti-imperialistischen Befreiungskampf führen? Solche Widersprüche sind die Folge der Tatsache, daß die 'Vaterlandsverteidiger' in der imperialistischen BRD die

Widerstand gegen den Hitler-Faschismus

Zwei Leverkusener Antifaschisten berichten

Zum 30-jährigen Jahrestag des Sieges über den Faschismus haben wir beim KVZ-Verkauf den antifaschistischen Widerstand in den Mittelpunkt unserer Agitation gestellt. Unsere Informationsstände und unsere Auffassungen stießen auf großes Interesse unter den Menschen.

In Rheindorf berichteten uns zwei Passanten vom Widerstand gegen den Faschismus:

Du sagst, Du hättest Dich aktiv am Widerstand beteiligt? Warst Du organisiert?

Ich war Mitglied des "Kampfbundes gegen den Faschismus".

Wer war dort organisiert?

Überwiegend Kommunisten oder Menschen, die mit der KPD sympathisierten.

Waren dort auch Sozialdemokraten?

Nein, die waren in der sogenannten "Eisernen Front". Nur war die nicht eisern, sondern aus Pappe. Die machten nichts als große Reden schwingen. Dabei wär' es absolut notwendig gewesen, eine einheitliche Front aller demokratischen Kräfte gegen den Faschismus aufzubauen, aber die Sozialdemokraten wollten mit den Kommunisten nicht zusammenarbeiten.

Warum, glaubst Du, haben die Sozialdemokraten eine solche spalterische und selbstmörderische Politik vor der faschistischen Machtergreifung betrieben?

Die SPD glaubte immer noch, die "parlamentarisch-demokratische Republik" retten zu können. Sie gab sich da Illusionen hin, obwohl die Weimarer Republik durch die Wirtschaftskrise, die 6 Millionen Arbeitslose sowieso im Eimer war. Die SPD sah nicht, daß das Kapital nur noch aus der Krise heraus konnte, indem es das parlamenatrische System zerstörte, d. h. Parlament, Parteien, Gewerkschaften, bürgerliche Presse zerschlug, die bürgerlich-demokratischen Grundrechte völlig außer Kraft setzte.

Hätte es denn eine Alternative zum Faschismus gegeben?

Nur eine Rätedemokratie, Herrschaft der Arbeiterklasse. Allein die Arbeiterklasse ist die Kraft, die den Faschismus besiegen kann. Und die Arbeiterklasse dachte damals revolutionär: fast 7 Millionen wählten die KPD. Leider war die Front durch die Sozialreformer gespalten, sonst hätte Hitler keine Chance gehabt.

Hast Du nach der faschistischen Machtergreifung noch Widerstand geleistet?

Ja, bis Mai 1933. Es wurde immer gefährlicher. Tausende unserer Genossen wurden von der Gestapo gejagt, verhört, gefoltert, in KZ's verschleppt. Ich fuhr öfters ins Bergische Land, um dort Flugblätter abzuholen und weiter zu verteilen. Aber es wurde immer schwerer. Viele Genossen wollten nicht mehr mitmachen, hatten gewaltig Schiß. Wenn der Faschismus mal dran ist, dann ist es verdammt schwer, von innen dagegen anzukommen, vor allem wenn es sich um eine so brutale Form handelt wie den Hitlerfaschismus. Wir riskierten damals ständig unser Leben.

Was denkst Du heute?

Ich bin Rentner. Ich finde es gut, was ihr macht. Es ist der richtige Weg, um das Kapital auszurotten und damit die Wurzel des Faschismus.

Ähnliche Auffassungen vertrat ein anderer; er berichtete uns:

"Mein Vater war schon Spartakist, dann KPD-Mitglied. Er hat früh gesehen, daß der Grund allen Übels – d.h. von Ausbeutung, Terror und Krieg – das Kapital ist, das radikal – mit Stumpf und Stiel – beseitigt werden muß. Er wiederholte immer, daß nur das Volk unter der Führung der Arbeiterklasse das schaffen kann, wenn es sich die Macht erobert hat. Auch gegen den Faschismus – wiederholte mein Vater – ist das einzige Mittel, das einzige Bollwerk die Arbeiterbewegung und die soziale Revolution.

Als die Nazi-Faschisten drankamen, hat er seine Einstellung auch konsequent vertreten. Während der ganzen Zeit der Faschistenherrschaft hat er sich – unter ständiger Lebensgefahr – aktiv am Widerstand beteiligt: z. B, Flugblätter, Zeitungen usw. geschrieben, verteilt, über die Grenze geschmuggelt. Er hat Genossen oder auch Juden vor der Verfolgung versteckt.

Einmal kam die Gestapo zu Nachbarn. Mein Vater hörte dies. In aller Eile, aber ruhig, hat er alles illegale Material, was in der Wohnung herumlag, auf den Hof geworfen. Zu unserm Glück kamen sie nicht. Mein Vater hat tagtäglich, ja stündlich sein Leben aufs Spiel gesetzt. Er hatte mächtig Glück, daß sie ihn niemals gefaßt haben.

Auch nach dem Krieg ist mein Vater der Sache treu geblieben. Er war weiterhin Mitglied der KPD und hat noch nach dem Verbot der KPD bis 1956 im Untergrund bis zu seinem Tod weitergearbeitet."

—M., Ortsaufbaugruppe Leverkusen—

Export des Abenteurertums

Die Gruppe Rote Fahne erweitert ihren Aktionsradius

Die Gruppe Rote Fahne hat in Ostberlin eine Aktion durchgeführt, *"um der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften in der DDR zu demonstrieren, daß gerade angesichts der Besatzungstruppen Breschnews die Lehren des antifaschistischen Kampfes gezogen werden müssen, das Vermächtnis des Genossen Stalin hochgehalten werden muß".* (Rote Fahne 19/75) Die Gruppe Rote

sen. Danach mußte sie feststellen, daß sie sich nicht in einem Sitzungszimmer westdeutscher Professoren befindet, sondern auf dem Gebiet eines anderen Staates, der nicht viel Federlesens macht. Jetzt geht die Gruppe Rote Fahne mit den Festnahmen hausieren und fordert "Solidarität". Am ehesten wird sie diese finden bei Günter Gaus, der qua Amt verpflichtet ist, sich um die Belange

Export des Abenteurertums

Die Gruppe Rote Fahne erweitert ihren Aktionsradius

Die Gruppe Rote Fahne hat in Ostberlin eine Aktion durchgeführt, *"um der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften in der DDR zu demonstrieren, daß gerade angesichts der Besatzungstruppen Breschnews die Lehren des antifaschistischen Kampfes gezogen werden müssen, das Vermächtnis des Genossen Stalin hochgehalten werden muß".* (Rote Fahne 19/75) Die Gruppe Rote Fahne ist also nach Ostberlin gefahren, um der Arbeiterklasse in der DDR eine Lehre zu erteilen und sie an ihre Pflichten zu erinnern. Dabei hat sie gesetzt auf die von ihr offensichtlich vermutete Harmlosigkeit des Regimes in der DDR und auf die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR. So konnte sie ein Abenteuer unternehmen, was sich jedem Marxisten-Leninisten in der DDR von selbst verbietet, wenn er seine Aufgaben ernst nimmt.

Vorläufig hat dieses Abenteuer zur Festnahme von 18 Teilnehmern an dieser Aktion geführt, die in ihrer ganzen Anlage an "go-ins" westdeutscher Studenten in Sitzungszimmer westdeutscher Professoren erinnert. Die Gruppe Rote Fahne hat auf dem Ehrenfriedhof in Treptow/ eine "revolutionäre" Erklärung verlesen. Danach mußte sie feststellen, daß sie sich nicht in einem Sitzungszimmer westdeutscher Professoren befindet, sondern auf dem Gebiet eines anderen Staates, der nicht viel Federlesens macht. Jetzt geht die Gruppe Rote Fahne mit den Festnahmen hausieren und fordert "Solidarität". Am ehesten wird sie diese finden bei Günter Gaus, der qua Amt verpflichtet ist, sich um die Belange westdeutscher Staatsbürger in der DDR zu kümmern.

Stets war es die Absicht von Trotzkisten, die Revolution exportieren zu wollen in andere Staaten. Die Gruppe Rote Fahne geht weiter. Da es die Revolution aus Westdeutschland bisher nicht zu exportieren gibt, hat sie ihr Spektakel exportiert. Der Arbeiterklasse in der DDR hat sie damit gewiß nicht gedient. Noch stets hat die Einmischung in die inneren Widersprüche anderer Staaten nicht zur Verschärfung der Widersprüche, sondern zu deren Verwischung beigetragen.

Auf die Marxisten-Leninisten wird diese Aktion eher entmutigend gewirkt haben, müssen sie doch den Eindruck bekommen, daß die Revolutionäre in Westdeutschland nicht ernst zu nehmen, sondern auf Spektakel aus sind.

Stellvertretend für die Massen zu handeln war stets die Linie der Gruppe Rote Fahne. Jetzt handelt sie bereits stellvertretend für die Arbeiterklasse der DDR. Dies ist zweifellos ein Fortschritt auf dem Weg ins kleinbürgerliche Abenteurertum und den Trotzkismus.

Die Gruppe Rote Fahne stellt fest: *"Das Auftreten unserer Partei in Berlin/DDR ist Ausdruck der Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes der Arbeiter in beiden deutschen Staaten und dient der Verbesserung der Kontakte zu allen fortschrittlichen Kräften in der DDR."* (Rote Fahne 19/75)

Der Auftritt der Gruppe Rote Fahne ist Ausdruck der Tatsache, daß sie keinen Begriff davon hat, worin der gemeinsame Kampf der Arbeiter der beiden deutschen Staaten nur bestehen kann: in ihrem jeweiligen Kampf gegen ihre jeweiligen unmittelbaren Gegner. Der Auftritt hat der Verbesserung der Kontakte von 18 Mitgliedern der Gruppe Rote Fahne zum Staatssicherheitsdienst der DDR gedient. Der Auftritt nützt den Revisionisten in der DDR und in der BRD. Er schadet den Marxisten-Leninisten dort wie hier.